Nr. 296. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. Dezember 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Besoldungsreform und Kirchensteuer in Elsaß-Lothringen.

Die im Februar 1912 dem neuen elsaß-lothringischen Landtag vorgelegte Besoldungsreform scheint bestimmt, zu ähnlichen Konflikten zwischen Regierung und Volksvertretung zu führen, wie in Rudolstadt; nur mit dem Unterschied, daß in Elsaß-Lothringen, wenn der Konflikt hier sich zuspitzt, auch die überwältigende Mehrheit des Bürgertums mit in der Opposition steht, während in dem thüringischen Kleinstaate die Sozialdemokratie den Kampf gegen die Regierungsansprüche allein zu führen hat. Diese veränderte Sachlage läßt allerdings mit ziemlicher Gewißheit voraussehen, daß die Regierung einer- und die bürgerliche Mehrheit der reichsländischen Zweiten Kammer andererseits den Konflikt nicht bis in seine letzten Konsequenzen ausspinnen wird, sondern daß man sich vorher auf einer mittleren Linie findet. Das elsaß-lothringische Zentrum, das in der Frage des kaiserlichen Gnadenfonds bei der Budgetberatung in diesem Frühjahre schließlich in seiner Mehrheit umfiel, um einen für die Regierung annehmbaren Beschluß herbeizuführen, dürfte auch hier am Ende zu dem Kompromiß bereit sein, das die Regierung der ewigen Verlegenheiten in Elsaß-Lothringen ihm notwendig ihrerseits in der entgegenkommendsten Weise fortwährend anbieten muß.

Die Besoldungsreform, welche die reichsländische Regierung gleich nach dem erstmaligen Zusammentreten des auf Grund der neuen Verfassung gewählten Landtages unter Berufung auf die wachsende Teuerung einbrachte, ist eine Doppelvorlage zur Reform der Beamten- und der Lehrergehälter und der ganzen einschlägigen Gesetzgebung. Oder wenigstens: sie sollte es sein. Denn was für die Lehrer beantragt wurde, war so wenig, daß die Lehrerschaft im ganzen Lande es von vornherein mit vollem Rechte zurückwies und auch die Fraktionen der Zweiten Kammer dies bei der Generaldebatte über die Vorlagen tun mußten. Die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Elementarschulen beziehen in Elsaß-Lothringen seit 1909 aus Mitteln der Gemeinden ein sogenanntes Grundgehalt von 1200 M. jährlich und die Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen eine Jahresbesoldung von 1100 M. An diesem Hungergehalt als Anfangsbesoldung wollten die Regierungsvorschläge nichts ändern, nur die Dienstalterszulagen, die den Gemeinden aus Landesmitteln ersetzt werden, sollten um ein Kleines aufgebessert werden, so daß ein Mehrbedarf für das nächste Jahr von 383 800 M. erforderlich würde. Die klerikale, das heißt im Grunde lehrerfeindliche Mehrheit der Budgetkommission der Zweiten Kammer hat diese Vorlage so wenig verbessert, daß für die Lehrer kaum etwas mehr herauskommt: alle weitergehenden Anträge der Fortschrittler und die grundsätzlichen Vorschläge der Sozialdemokraten, die die Lehrer aus der Staatskasse besolden und den Gemeinden nur die Leistung der Wohnung oder der Mietsentschädigung überlassen wollten, wurden hohnlachend niedergestimmt, so daß Sozialdemokraten und Fortschrittler schließlich gegen das ganze Gesetz als gegen eine lächerliche Posse stimmten. Sie wissen die Lehrerschaft im Lande dabei hinter sich. Das Ergebnis dieses Teiles der Kommissionsbeschlüsse ist so unbefriedigend, daß selbst die katholisch organisierte Lehrerschaft in Presse und Versammlungen dagegen Sturm läuft.

Etwas erfreulicher verlief die Kommissionsberatung für die Beamten, nämlich für die unteren und mittleren, die der Gehaltsaufbesserung wirklich bedürfen. Die Vorlage wollte hier — unter Zugrundelegung des Standes vom 1. April 1911 — einen Mehraufwand von 1 370 000 M. gewähren und zwar sollten mehr als bisher erhalten: die Unterbeamten rund 300 000 M., die mittleren Beamten rund 770 000 M. und die höheren Beamten rund 300 000 M. Da das mit der Regierung noch immer nicht auf dem besten Fuße lebende halbnationalistische Zentrum in Uebereinstimmung mit der gleichfalls widerspenstigen Lothringer Gruppe von vornherein die Neigung kund gab, den höheren Beamten im großen und ganzen die von der Regierung mit Nachdruck verlangte Gehaltsaufbesserung zu versagen und die Sozialdemokratie von Haus aus bestrebt sein mußte, bei den oberen Beamten nach Tunlichkeit das einzusparen, was zur Aufbesserung der wirklich bedürftigen unteren und mittleren Beamtenklassen benötigt wird, so kam die Kommissionsarbeit, obwohl die sozialdemokratische Fraktion mit ihren Anträgen zugunsten der Unteren und Mittleren nur zum geringen Teil durchdrang, doch zu ganz anderen Schlußergebnissen, als die Regierungsvorlage. Nach den Beschlüssen in dritter Lesung sollen für die Unterbeamten mehr aufgewendet werden 355 729 M. (gegen die Regierungsvorlage mehr 55 960) und für die mittleren Beamten 821 316 M. (gegen die Regierungsvorlage mehr 53 261 M.).

Andererseits stellt sich der Gesamtbedarf für die höheren Beamten nach den endgültigen Beschlüssen der Kommission um über 100 000 M. niedriger, als die Regierung vorgeschlagen hatte. Heruntergesetzt wurden u. a. für die Zukunft, bei neuer Stellenbesetzung, das Gehalt des Staatssekretärs von 36 000 auf 26 000 M., das Gehalt der Unterstaatssekretäre von 22 000 auf 18 000 M., das Gehalt des Ministerialdirektors von 15 000 auf 12 500 M., das Gehalt der Bezirkspräsidenten von 17 000 auf 12 500 M. usw. Darob natürlich wiederholte Erklärungen der Regierung, diese Beschlüsse seien für die Regierung unannehmbar. Es ist ein Schauspiel für Götter und Sozialdemokraten, die regierenden Herrschaften Dutzende von Malen ihr Unannehmbar aussprechen und sie dann jedesmal wieder einlenken zu sehen, wenn der Kommissionsvorsitzende fragt, ob dies das letzte Wort der Regierung sei und ob die Kommission hier ihre Arbeiten abbrechen solle? . . . Die Frage ist nur, ob nicht das Zentrum schließlich durch einen Generalumfall nach berühmten eigenen Mustern die schwankende Regierung endgültig in den Schatten stellt. Die Sozialdemokratie sieht der weiteren Entwickelung guten Mutes entgegen.

In eine neue Phase trat nun aber mittlerweile die ganze Besoldungsreform durch den plötzlich vor wenigen Wochen in der Kommission vom Zentrum eingebrachten Antrag auf Ausdehnung der Besoldungsreform auf die — Geistlichen. Dabei sind die Geistlichen in Elsaß-Lothringen erst 1909 ganz erheblich aufgebessert worden! Zunächst sollten es 650—700 000 Mark sein, die für die Geistlichen der verschiedenen Konfessionen aufgewendet werden sollten; nach einem in den letzten Tagen eingebrachten neuen Zentrumsantrag wären es rund 560 000 M., die für das Rechnungsjahr 1913 als vorläufige Teuerungszulage (für die Pfarrer der verschiedenen Konfessionen je 300 M., für die Vikare 150 M.) aufgewendet werden sollen. Die Sozialdemokratie begegnete diesen Ansprüchen, mit deren Prüfung die Kommission vom Plenum beiläufig gar nicht beauftragt war, natürlich ohne Bestreitung der Kommissionskompetenz mit dem Antrage auf Einführung der Kirchensteuer in Elsaß-Lothringen, — sei es für das gesamte Kultusbudget, sei es für den durch diese Erhöhung der Geistlichengehälter vom 1. April 1913 ab benötigten Mehraufwand, der unter gesetzlicher Regelung des Austritts aus den Kultusgemeinschaften von den Angehörigen der verschiedenen Konfessionen durch besondere Zuschläge auf die direkten Steuern zu erheben wäre. Und das Zentrum? Es stellte sich bei der allgemeinen Erörterung der Frage, wie die fortschrittliche Fraktion, grundsätzlich auf den Boden der Kirchensteuer, mit deren Einführung die in Elsaß-Lothringen noch nicht vorhandene gesetzliche Regelung des Austrittsverfahrens Hand in Hand gehen müßte; aber zwei Tage darauf brachten die zentrümlichen Apostel der Parität und der Gewissensfreiheit einen Antrag ein, der kein Wort von der gesetzlichen Regelung des Austrittsverfahrens enthält und den Kultusgemeinschaften nur das Recht zuerkennen will, zur Aufbringung einer Zulage zu dem aus staatlichen Mitteln zu zahlenden Grundgehalt der Geistlichen, das für die verschiedenen Kulte gleich sein soll, eine Kirchensteuer einzuführen. Es ist klar, daß es dem Zentrum lediglich darauf ankommt, für die unverheirateten katholischen Pfarrer dasselbe Grundgehalt (aus den Mitteln aller Steuerzahler, auch der Freidenker und Atheisten) wie für die verheirateten protestantischen und israelitischen Geistlichen vom Staate zu erlangen, und daß die katholische Kirche es dann ruhig ablehnen würde, von dem ihr zuerkannten „Rechte" der Einführung einer Kirchensteuer Gebrauch zu machen. Eine Art Wegelagerertaktik gegenüber den anderen Konfessionen und gegenüber den politischen Gegnern! Der Trick ist denn doch zu plump, um nicht durchschaut zu werden.

Die Superklugheit dieses klerikalen Kirchensteuerantrages hat wenigstens das Gute, daß die Sozialdemokratie im elsaß-lothringischen Landtag nicht allein stehen wird bei der Ablehnung der beantragten Erhöhung der Pfaffengehälter. Das elsaß-lothringische Budget ist jetzt schon dasjenige, das unter allen deutschen Bundesstaaten am schwersten belastet ist mit Aufwendungen für die Geistlichkeit. Das fehlte noch!

Das Zentrum zeigt auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß es vor allem eine klerikale Partei, die Partei der Kirche ist, welche die Interessen des Staates und der Staatsbeamten, die Interessen der Schule und der Lehrer jeden Augenblick den Interessen der Klerisei unterzuordnen bereit ist. Die Beamten und vor allen die Lehrer in Elsaß-Lothringen werden aus diesem Vorgang ihre Nutzanwendung ziehen.

Die Balkankrise.

Die Affäre Prochaska — Lüge und Erfindung!

Aus Wien wird uns geschrieben:

Nun ist die Blase geplatzt und man erkennt das schamlose Spiel, das der Wiener Ballplatz mit der ganzen Welt getrieben hat! Nun konnte die Wahrheit nicht mehr verheimlicht werden und nun muß das Wiener Auswärtige Amt gestehen, daß an all' den Schaudernachrichten, die über die Gewalttätigkeiten verbreitet worden sind, die von den Serben an dem Konsul Oskar Prochaska verübt worden sein sollten, auch nicht ein wahres Wort war, daß sie eine Lüge vom Anfang dieser schamlosen Hetzkampagne bis zu ihrem Ende waren. Was ist über diesen österreichisch-ungarischen Beamten, dem berühmtesten seines beziehungsvollen Namens, alles zusammengefaselt worden! Das mindeste war, daß ihn die Serben, als sie in Prizrend einmarschierten, gefangengenommen haben. Dann soll er mißhandelt worden sein, unmenschlich verstümmelt, und dazwischen wurde geraunt, — man findet die lückenlose Sammlung dieser Lügen in der „Vossischen Zeitung" — daß er schon lange tot, weil von den Serben ermordet sei. Und was hat die arme österreichische Fahne dabei ausstehen müssen! Sie wurde zerrissen, besudelt, entehrt, und keine Genugtuung schien groß genug, um die Schmach, die in der Vergewaltigung seines Konsuls, in der Beleidigung seiner Fahne Oesterreich-Ungarn von den übermütigen Serben zugefügt worden sei, zu sühnen! Durch die gesamte bürgerliche Presse heulte nun der Chor: das schlägt dem Faß den Boden aus, darauf gibt es nur die eine entsprechende Antwort: Züchtigung Serbiens! Selbst der alte Kaiser, der unter denen, die über Krieg und Frieden entscheiden, wahrscheinlich der einzige besonnene Mann ist, soll, als man ihm die Schaudergeschichten über die Beleidigungen und Grausamkeiten, denen Herr Prochaska ausgesetzt gewesen sei, das entscheidungsschwere Wort haben fallen lassen: Alles kann man sich nicht gefallen lassen! Und nun muß Graf Berchtold klipp und klar erklären: Alles war erfunden, alles war Lüge, „die im Umlauf gewesenen Gerüchte entbehren jeder Grundlage". Die freche Beschwindelung Europas, die das Auswärtige Amt durch Wochen beharrlich betrieben hat, ist nun entlarvt, und die Schande dieser Bloßstellung werden die Wiener Gaukler nicht mehr verwinden.

Denn wenn die Affäre Prochaska nun aufgehört hat, so fängt die Affäre der Wiener Machthaber jetzt erst recht an. Die offizielle Mitteilung spricht von den „im Umlauf gewesenen Gerüchten". Wer aber hat diese Gerüchte im „Umlauf" gebracht? Wer hat mit diesen erlogenen und erfundenen Schaudergeschichten Europas Ohr erfüllt? Kein anderer als der Ballplatz! Natürlich offiziell ist nichts erzählt worden! Aber man weiß ja, wie das unsaubere Gewerbe der Diplomatie nun betrieben wird! Selbst hält sie sich immer im Hintergrunde, vergißt bei keinem Schwindel auf das möglicherweise notwendig werdende „Alibi", betreibt die planmäßige Irreführung durch eine Presse, die zu jedem, selbst dem schmutzigsten Helfersdienste fähig ist — immer denke man an die „Vossische Zeitung", was die an dreisten Erfindungen ihres sauberen Wiener Balkanspezialisten Unterschlupf gewährt hat! — deren Lust und Sucht, sich besonders „informiert" zu zeigen, das Weitere tut, und mit der im Bunde man die öffentliche Meinung ganz systematisch vergiften kann.

Man durchschaut die Affäre Prochaska nun ganz genau. Dem Herrn ist überhaupt garnichts geschehen; viel wahrscheinlicher ist, daß er sich, obwohl es die offizielle Erklärung leugnen möchte, mannigfaltige Verstöße gegen die Pflicht eines neutralen Beamten zu schulden kommen ließ. Man hat ihn nicht anders behandelt, als man alle fremden Konsuln behandelt hat. Daß man ihn an der Absendung chiffrierter Telegramme hinderte, das mag vom völkerrechtlichen Standpunkte ein Eingriff gewesen sein; aber ist das eine Sache, die, während eines Krieges geschehen, irgendwie unerhört wäre? Das gleiche ist ja auch den Konsuln anderer Staaten, zum Beispiel den italienischen, zugestoßen; aber die italienische Regierung war verständig genug, es bei einem normalen Protest bewenden zu lassen. In Oesterreich wollte man aber einen Anlaß zum Kriege, und deshalb hat man die unbeträchtliche Sache so wahnsinnig aufgeschwindelt! Es ist, um es mit einem Worte zu kennzeichnen, eine Wiederholung der Fälschungen im Jahre 1909 mit den serbischen Dokumenten: damals fabrizierte man falsche Dokumente serbischer Staatsmänner, die ihre Aufwiegelungstendenzen dartun sollten, diesmal fabrizierte man Lügen über ihre Vergewaltigungen des Prochaska; das Ziel war aber in beiden Fällen dasselbe: mit Lüge Europa gegen die Serben zu hetzen! Wir sind überzeugt, daß alles, was durch die schmutzigen Kanäle des Ballplatzes in die österreichische und die reichsdeutsche Presse an „Gerüchten" und „Informationen" geronnen ist, daß alles schlankweg erfunden war. Daß man immer gewußt hat, daß Prochaska heil und gesund sei, daß man keinen Augenblick ohne Nachrichten von ihm war, daß es eitel Märchen war, als erzählt wurde, die Meldungen des zur Prüfung hingesandten Beamten Edl wären von der serbischen Telegraphenverwaltung verschleppt worden, daß, mit anderen Worten, die ganze Beunruhigung der Bevölkerung über das Schicksal des Konsuls kunstgemäß erzeugt wurde, daß man diese sich immer toller steigernden Lügen, die man jetzt als „Gerüchte" zurückweisen möchte, bewußt und planmäßig verbreitet hat, um in der Bevölkerung Empörung und durch die Empörung Kriegsbegeisterung zu wecken, daß diese ganze Prochaska-Affäre nur inszeniert wurde, um, wenn

man sich zu dem Kriege entschlossen hat, einen Vorwand für den Krieg zu haben. In einen Abgrund von Verworfenheit blickt man, wenn man Ursprung, Lauf und Ende dieser Sache übersieht! Und nur mit tiefer Betrübnis kann man es wahrnehmen, was alles der bürgerlichen Welt zugemutet werden kann, mit welchen plumpen Mitteln sie in die den Machern nötige Ekstase versetzt werden kann, wie im Grunde pöbelhaft dumm und grenzenlos leichtfertig diese bürgerliche Welt noch immer ist.

Und wie steht die armselige Staatskunst des Grafen Berchtold da, der sich von den serbischen Herren so prächtig hineinlegen ließ! Denn es ist klar, daß Serbien, wenn es gewollt hätte, die so plumpen Manöver längst hätte durchkreuzen können. Aber der Herr Pasitsch sagte sich wohl, daß es Serbien nur nützen könne, wenn sich die Oesterreicher hineinreiten; je gruseliger ihre Schilderungen, desto böser werde dann die Enttäuschung in Europa ausfallen. Wir möchten freilich glauben, daß der Graf Berchtold das grandiose Schwindelmanöver weder angestiftet noch geleitet hat, nach einem Macchiavell schaut er nämlich nicht gerade aus. Das wird zu einem beträchtlichen Teile Eigenbau jener „literarischen Abteilung" des Auswärtigen Amtes sein, die die tägliche Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Erteilung von „Informationen" übt, und von der in Oesterreich kundige Leute mit der größten Bestimmtheit erzählen, daß dort das anmutige Wechselspiel von Spannung und Entspannung nur ein anderer Ausdruck für Hausse und Baisse sei, die von dort ausgehende Aufregung der öffentlichen Meinung zum nicht geringen Teile auch den Zweck verfolge, Börsenbewegungen herbeizuführen, bei denen man „mitverdienen kann".

Ein Publizist, der auf Ehre und Würde hält, wird es wohl künftig verschmähen, sich von den Regisseuren der Affäre Prochaska „informieren" zu lassen. Die Freunde des Friedens können aber von diesem Ausgang der Affäre Prochaska nur höchst befriedigt sein. Denn wie ihre Aufschwindelung das Kriegsfieber in Oesterreich entfesselt hat, so hat ihr Ausgang wieder alle ernüchtert, und mit der Kriegsbegeisterung ist es nun gründlich vorbei. In dem grimmigen Gelächter über diese beispiellose Blamage ist sie untergegangen, und die Kriegshetzer haben die Schlacht verloren.

* * *

Eine Erklärung der russischen Regierung.

In der russischen Duma hat heute der russische Ministerpräsident die langerwartete Rede über die Haltung Rußlands in der Balkankrise abgegeben. Die Rede produziert natürlich wieder die alte Legende von der Befreierrolle Rußlands auf dem Balkan und versichert die slawischen Nationen der russischen Sympathien. Im ganzen aber macht sie einen ruhigen Eindruck, enthält sich jeder Provokation und bestätigt das, was man auch bisher über die Haltung der russischen Regierung wußte: daß die Erfahrungen des japanischen Krieges und der Revolution den Machthabern eine heilsame Lehre gegeben haben, die zurzeit noch vorhält. Freilich darf man nicht vergessen, daß auch in Rußland die militärischen Vorbereitungen fortdauern und daß auch dort in den Nationalisten und am Hofe Kriegstreiber am Werke sind. Aber sie verfügen momentan nicht über die Macht. Dies ermöglicht die Beilegung der Krise, für deren Ausbruch die Rede Kokowzows in geschickter Weise die moralische Verantwortung abzulehnen sucht.

Ueber die Rede berichtet der Telegraph:

Petersburg, 18. Dezember. Vor dichtbesetztem Hause und überfüllten Tribünen wurde heute in der Reichsduma die Regierungserklärung verlesen. Ministerpräsident Kokowzow legte in eingehender Rede die gesetzgeberischen Aufgaben dar, die der vierten Legislaturperiode der Reichsduma harrten, und gab eine Aufzählung der verschiedenen Gesetzentwürfe und Regierungsvorschläge, die sich den Reformen der letzten Jahre in organischer Weise anfügten. Die Regierung hofft und ist gewiß, erklärte Kokowzow, daß die vierte Reichsduma die Frage der nationalen Verteidigung mit demselben Geiste der Liberalität und des Patriotismus behandeln wird, wie es die vorhergehende getan hat. Gemäß der Verfügung des Kaisers wird Ihnen die Regierung alles unterbreiten, was von Wichtigkeit ist und was durch die Notwendigkeit, die Kräfte der Armee zu organisieren, geboten ist. Ich bin sicher, daß sie in Ihnen fleißige Mitarbeiter zur Durchführung dieser gebieterischen Aufgabe finden wird. Diese Erwägungen, die sich auf die nationale Verteidigung und die zu ihrer Sicherung der Regierung zu gewährenden Mittel beziehen, bringen mich auf eine andere Frage, die Ihre wie ganz Rußlands Unruhe und Sorge hervorruft. Die kriegerischen Tugenden und die seltene Einmütigkeit, die die Balkanvölker bewiesen haben, konnten nicht verfehlen, die wärmste Sympathie aller russischen Herzen zu erregen. Als slawische und orthodoxe Großmacht, die unzählige Opfer gebracht hat, um ihre Rassen- und Glaubensbrüder zu schützen, kann Rußland nicht dem Umstande gegenüber gleichgültig bleiben, daß diese Völker Existenzbedingungen erlangen, die im Verhältnis stehen zu den vollbrachten Taten und den vergossenen Strömen Blutes und die ihnen ihre Lebensinteressen und eine friedliche Entwickelung unbedingt sicherstellen und in Zukunft die Wahrscheinlichkeit neuer, für den europäischen Frieden immer gefährlicher Verwicklungen ausschließen würden. Eingedenk der Tradition der Geschichte und in Uebereinstimmung mit der klar ausgedrückten öffentlichen Meinung Rußlands, verkennt die kaiserliche Regierung sicherlich nicht die ganz hervorragende Bedeutung der Interessen Rußlands. Die Regierung stellt mit Genugtuung fest, ihre von Anfang an eingenommene ruhige Haltung inmitten der Unruhe und Erregung nicht geändert zu haben. Sie hat keine Veranlassung gegeben, bei uns selbstsüchtige Pläne zu argwöhnen oder den Wunsch, die Konflikte zu verschärfen, und stets war der Gedanke, den historischen Pflichten und der Würde des Reiches getreu zu bleiben, ihr einziger Leitsatz. Es wäre gegenwärtig verfrüht, darüber zu sprechen, welches Mittel gegenüber irgendeiner besonderen Frage, die durch die Ereignisse auf dem Balkan aufgeworfen wurde, beschlossen werden wird.

Die Grundprinzipien, von denen sich die Regierung leiten lassen muß, wenn die Stunde der endgültigen Entscheidung geschlagen hat, sind ebenso durch unsere Vergangenheit wie durch die Notwendigkeit bestimmt, sie mit den Bedingungen unserer gegenwärtigen Politik in Einklang zu bringen. Getreu unserem Bündnis und unseren Ententen mit anderen Großmächten, der Unterstützung unserer Freunde und Verbündeten sicher, sehen wir für unser Teil keinen Nutzen darin, die Gruppierungen der Mächte in Gegensatz zueinander zu bringen. Alle Regierungen, die das Gebiet der gemeinsamen Besprechung der Grundfragen der gegenwärtigen politischen Lage verlassen würden, würden eine schwere moralische Verantwortung übernehmen für die etwaige Möglichkeit späterer internationaler Verwickelungen. Die Großmächte haben zu triftige Gründe, um nicht zu versuchen, der zukünftigen Entstehung von Verwicklungen vorzubeugen, die bis zu einer Bedrohung des europäischen Friedens sich auswachsen könnten. Die russische Regierung hofft, daß die solidarischen Bemühungen, von denen die Großmächte beseelt sind, ihnen helfen werden, ein Einverständnis über die Lösungen zu finden, die ihre Interessen mit den gerechten Ansprüchen der Balkanstaaten versöhnen.

Deswegen begrüße er aufrichtigst die Initiative der britischen Regierung, die eine vorläufige und gemeinsame Besprechung der Fragen über die Liquidation des Krieges, bei denen die Interessen der Mächte mitspielten, vorschlage. Die sympathische Aufnahme, der dieser Vorschlag in den Hauptstädten Europas begegne, ebenso die Zusammenkunft der Botschafter in London, die soeben begonnen habe, müßten, so hoffe die russische Regierung, die friedliche Lösung der gegenwärtigen Krisis erleichtern.

Der Minister schloß: Durchdrungen von dem aufrichtigen Wunsche, alle Mittel zur Erhaltung des europäischen Friedens anzuwenden, drückt die russische Regierung die Hoffnung aus, daß mit Gottes Hilfe unsere Bemühungen von Erfolg gekrönt und daß die zukünftigen Ereignisse die vitalen Interessen Rußlands nicht berühren werden, die zu verteidigen wir berufen sind im Namen der Ehre und Würde unseres Landes.

Die Aufnahme der Rede.

Petersburg, 18. Dezember. (W. T. B.) Reichsduma. Die Rede des Premierministers Kokowzow dauerte eine Stunde. Die Rede wurde an den Stellen, die sich auf die Fragen der Verteidigung des Staates und auf die Balkanereignisse bezogen, fortgesetzt durch Beifallsstürme auf fast allen Seiten des Hauses und durch Zustimmungskundgebungen unterbrochen. In der kaiserlichen Loge waren einige Großfürsten anwesend. Als Kokowzow seine Erklärung beendet hatte, wurde die Sitzung geschlossen und die Diskussion auf Freitag vertagt.

Griechen und Türken.

Paris, 18. Dezember. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin" meldet, Dr. Danew habe ihm auf die Frage, was die Balkanvertreter zu tun gedenken, falls die türkischen Delegierten mit den griechischen nicht verhandeln wollten, geantwortet: Wir haben den Krieg gemeinschaftlich geführt, wir werden gemeinsam den Frieden abschließen. Wenn die Türkei auf ihrer Weigerung beharren sollte, dann werden wir uns bei Tschataldscha wiedersehen; aber ich glaube, daß die türkische Regierung die ihren Delegierten erteilten Weisungen noch ändern wird.

Die Seeschlacht.

Konstantinopel, 18. Dezember. Ein ausländischer Marineoffizier, der an Bord des hier eingetroffenen rumänischen Dampfers „Imperatul Trajan" den gestrigen Seekampf bei den Dardanellen beobachtete, erzählt darüber: Gegen 8 Uhr früh lief die türkische Flotte in vollkommener Ordnung aus. Sie rückte bis auf sechs oder sieben Meilen jenseits des Forts Kumkaleh vor und stellte ihre Torpedobootszerstörer und Torpedoboote in Schlachtlinie auf. Die griechische Flotte kam hinter der Insel Imbros hervor. Das Panzerschiff „Averoff" fuhr an der Spitze; ihm folgten die Panzerschiffe „Hydra", „Spetsai" und „Psara" sowie neun Torpedobootszerstörer. Das griechische Geschwader stellte sich gegenüber dem türkischen in einer Entfernung von sieben oder acht Meilen auf. Die türkischen Schiffe eröffneten das Feuer. Die im Vordertreffen stehenden griechischen Schiffe erwiderten es nach Verlauf von zehn Minuten. Die Türken zielten sehr gut. Ihre Granaten fielen hageldicht auf die griechischen Schiffe, während die Geschosse der Griechen bald vor, bald hinter den türkischen Schiffen einschlugen. Während der ganzen Dauer des Kampfes, der gegen 9 Uhr begonnen hatte und um 10½ Uhr endete, änderte die türkische Flotte ihre Stellungen nicht, wohingegen eine halbe Stunde nach Beginn des Kampfes die griechischen Schiffe eines nach dem anderen hinter Imbros verschwanden. Nur der „Averoff" blieb und erwiderte fortwährend das sehr lebhafte Feuer des Feindes. Die Zahl der beiderseits gewechselten Schüsse wird auf tausend geschätzt. Gegen 10¼ Uhr stellte der „Averoff" das Feuer ein, während die Türken es noch eine Viertelstunde fortsetzten, bis der „Averoff" außer Sicht gekommen war. — Zwanzig Minuten vor Beendigung des Kampfes fiel anscheinend eine Granate auf den „Averoff". Der Augenzeuge kann es jedoch nicht mit Bestimmtheit behaupten. Der „Averoff" fuhr so, daß auf eine Havarie nicht geschlossen werden konnte.

Der „Imperatul Trajan" bemerkte vor Beginn der Schlacht 22 bis 25 griechische Schiffseinheiten, die vor Tenedos konzentriert waren. Von den letztgenannten griechischen Schiffen machte das Unterseeboot „Delphin" um den „Trajan" die Runde, während dieser von der Mannschaft eines griechischen Torpedobootszerstörers durchsucht wurde.

Keine zweite Seeschlacht.

Athen, 18. Dezember. (W. T. B.) Zu den von Konstantinopel in Umlauf gesetzten Gerüchten über eine zweite Seeschlacht zwischen Türken und Griechen veröffentlicht der Marineminister folgendes Funkentelegramm des Oberkommandierenden des Aegäischen Geschwaders: Es hat keine weitere Seeschlacht stattgefunden, weil der Feind nicht mehr auf das offene Meer herausgekommen ist. Wie von Tenedos gemeldet wird, ist die feindliche Flotte beschädigt worden. Wir sind noch immer Herren des Meeres.

Cholera und Geldnot.

Konstantinopel, 18. Dezember. Vorgestern und gestern sind hier 80 Erkrankungen und 45 Todesfälle an Cholera vorgekommen. — In Dscheddah sind seit dem 26. November 395 Erkrankungen und 398 Todesfälle an Cholera zu verzeichnen gewesen.

Nach den Blättern verhandelt die Pforte mit 11 französischen Banken wegen der Aufnahme einer auf den Ertrag der Kriegssteuer basierten Anleihe von 500 000 Pfund. Der Vertrag soll demnächst unterzeichnet werden.

Die Obstruktion im österreichischen Reichsrat.

Wien, 18. Dezember. Im Abgeordnetenhaus beendete der Tschechisch-Radikale Fresl mittags seine Rede nach 16 Stunden. (Anhaltender Beifall bei den Tschechisch-Radikalen.) Die Sitzung, die bereits 25 Stunden dauert, wird fortgesetzt.

Gegen 11½ Uhr kam es während der Rede Fresls zu einem Zwischenfall. Der Deutschfortschrittliche Wedra rief mit lauter Stimme in den Saal hinein: „Wir dulden das nicht länger. Wir sind die Narren. In einer Stunde wird vielleicht das Haus geschlossen, und die Wähler lachen uns aus, weil wir uns von Fresl zum Narren halten lassen." Der Vorsitzende rief Wedra wiederholt zur Ordnung. Von links ertönten zahlreiche Zwischenrufe. Es dauerte geraume Zeit, bis es gelang, Wedra zum Verlassen des Saales zu bewegen. Fresl setzte darauf seine Rede in böhmischer Sprache fort.

Das Haus lehnte nach Schluß der Rede Fresls einen sozialdemokratischen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung und auf Vorlegung eines neuen Kriegsleistungsgesetzes binnen acht Tagen mit 263 gegen 121 Stimmen ab und nahm mit großer Majorität den Antrag des Berichterstatters auf Eintreten in die Spezialdebatte an.

Bandenkämpfe.

Köln, 18. Dezember. (W. T. B.) Wie die „Kölnische Zeitung" aus Konstantinopel meldet, sind in der ganzen Gegend zwischen dem Marmarameer und Charkilöi griechische und bulgarische Banden mit tscherkessischen und lasischen Freiwilligen aneinander geraten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Dezember 1912

Die Bachemiten und die Jesuiten.

Es wirkt höchst komisch, daß gerade die Bachemiten, die von der Vatikanpresse nur als Halb- oder Viertelkatholiken betrachtet werden und auf die der in Rom beliebteste der deutschen Bischöfe, der Fürstbischof Kopp, das bekannte Wort vom „verseuchten Westen" prägte, zu den wortgewaltigsten Heerrufern im Kampf des Zentrums für die freie Ordenstätigkeit der Jesuiten gehören. Man kann sich des Verdachts nicht erwehren, daß durch ihren Kampfeifer die Bachemiten ihre früheren akatholischen Sünden verdecken und dem deutschen Episkopat wie der römischen Kurie beweisen wollen, sie seien die unermüdlichsten Streiter für die heiligen Rechte der römischen Kirche.

Deshalb wird denn auch fast nirgends mit solchem Tamtam daran gearbeitet, die katholische Volksseele zum Ueberbrodeln zu bringen, wie in Köln. Am Montagabend fand im großen Saale der Bürgergesellschaft ein neuer Versuch in dieser Richtung statt. Pfarrer Kastert, der Vorsitzende der Zentrumspartei im Kreise Köln-Land, hielt die Hauptrede. Er pries die Jesuiten als die edelste Blüte aller Nationen und pries dann die Verdienste des Zentrums um das Deutsche Reich — habe doch das vielgeschmähte Zentrum für die hohen Zolltarife, für das Bürgerliche Gesetzbuch, für die sozialpolitischen Gesetze gestimmt, und sei es doch der „mächtigste Damm gegen die soziale Flut".

Dann trat Herr Justizrat Trimborn als großer Volkstribun auf. Er sprach von „bitterem Unrecht", vom „Aufbrechen alter, kaum vernarbter Wunden", von „heiligen Pflichten", vom „warmen Herzen für den katholischen Glauben" usw. und erklärte für die wichtigste Frage der Gegenwart: „Die Ueberwindung der Sozialdemokratie", eine Sache, bei der nach seiner Ansicht die Jünger Loyolas nicht zu entbehren sind. Er endete mit den Worten:

„Inzwischen wird die Fraktion fortfahren, nicht nur für die Gleichberechtigung und die Gewissensfreiheit der Katholiken, — um diese handelt es sich auch bei der Jesuitenfrage — ihre ganze Kraft einzusetzen, sondern darüber hinaus für das Wohl des gesamten Vaterlandes unablässig zu wirken. Auf welchem Boden dieses Wirken sich bewegt, das sei mit den schönen Worten Gröbers gekennzeichnet: „Der Eckstein unserer Politik ist nicht die Jesuitenfrage, sondern es ist die Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit ist der Eckstein unseres Programms sowohl auf dem Gebiete der sozialen Fragen wie der wirtschaftlichen Fragen und der kirchenpolitischen Fragen. Die Gerechtigkeit aber ist die Grundlage des Staates."

Ich füge hinzu: Die Gerechtigkeit wird siegen."

Nachdem sich der brausende Beifall gelegt hatte, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Tausende katholischer Bürger von Köln, einhellig in der Verurteilung des sogenannten Jesuitengesetzes, sprechen die sichere Erwartung aus, daß der hohe Bundesrat, dessen Entscheidung vom 28. November d. J. nicht dazu dienen kann, dem katholischen Volke Deutschlands gerecht zu werden und den konfessionellen Frieden zu fördern, erneut in eine Prüfung des Gesetzes eintritt und auf Grund der Verfassung und des Rechtes dieses Kampf- und Ausnahmegesetz außer Kraft setzt, wie es der Reichstag wiederholt beschlossen hat. Wir sind uns bewußt, daß wir mit dieser Forderung den wahren Interessen des Vaterlandes und des Volkes dienen.

Der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages spricht die Versammlung ihr rückhaltloses Vertrauen aus, daß sie, wie bisher, so auch in Zukunft die Interessen der katholischen Kirche, die durch das Jesuitengesetz schwer verletzt sind, mit Entschiedenheit vertreten wird."

Wenn solcher heiliger Eifer nicht hilft, das Mißtrauen Roms zu überwinden — dann hilft gar nichts mehr.

Bassermann als Kleber.

Die rechtsnationalliberalen „Hamburger Nachrichten" benutzen den Streit Ludewig-Schiffer, um die Entfernung des Herrn Bassermann aus seiner Stellung als Führer der nationalliberalen Partei zu fordern, denn Bassermann sei nicht mehr fähig, die Partei zu leiten. Dabei plaudert das Blatt recht ungeniert allerlei amüsante Einzelheiten über das Verhalten des Bassermann bei seiner Wiederwahl als Vorsitzender des nationalliberalen Zentralvorstandes aus. Es erzählt nämlich:

Herr Ludewig hat auch darin recht, daß es besser gewesen wäre, wenn Abg. Bassermann die Wiederwahl als Vorsitzender des Zentralvorstandes abgelehnt hätte. Nur sollte sich Herr Ludewig, wenn er schon so weit geht, nicht auf geheimnisvolle Andeutungen („merkwürdige Umstände", „Stimmenthaltung") beschränken, mit denen er nur neues Unheil anrichtet, sondern doch ruhig sagen, wie es war. Auf dieser Zentralvorstandssitzung wurde nämlich gegen die übliche Akklamationswiederwahl Bassermanns zum erstenmal Protest erhoben! Die Zettelwahl ergab die erhebliche Minderheit von rund 40 weißen Zetteln (von etwa 120 Stimmen überhaupt), mit denen der „rechte Flügel" Herrn Bassermann sein Mißtrauen aussprach. Es mußte schon Verwunderung erregen, daß Bassermann die Wiederwahl annahm, obwohl ein volles Drittel des nationalliberalen Zentralvorstandes ihm hier plötzlich die Gefolgschaft aufsagte. Weit wunderbarer aber war, daß Abg. Bassermann den wiedererlangten Vorsitz behielt, als ihn gleich danach in der entscheidenden Frage des Tages die Mehrheit im Stich ließ! Abg. Bassermann hatte selbst gegen den Antrag auf Abschaffung der jungliberalen Sonderorganisation (mit eigener Spitze usw.) gestimmt, der Antrag wurde aber mit großer Mehrheit angenommen; wenn uns die Erinnerung nicht täuscht mit rund 80 von 120 Stimmen, also mit Zweidrittelmehrheit!

Die Lehrermaßregelungen im sächsischen Landtag.

In der sächsischen Kammer begründete am Dienstag der Abg. Günther (Fortschrittler) eine Interpellation der Fortschrittler über die Lehrermaßregelungen. Er meinte, daß man doch eine Regierungsverfügung gewissermaßen als „goldenes Kalb" ansehen müsse, das

jeder anzubeten habe. Der Kultusminister Beck suchte die Maßregelungen als nicht schlimm hinzustellen; bestritt aber im übrigen das Recht der Lehrer, sich in der Weise zu betätigen, daß sie in öffentlichen Versammlungen auftreten und dort das Vorgehen der Regierung kritisieren. — Nach ihm kam der getreue Knecht der Regierung an die Reihe, der konservative Landgerichtsrat Dr. Mangler, dessen Tiraden durch stürmische Heiterkeit unterbrochen wurden. Dann brandmarkte Genosse Lange das ganze Treiben der Feinde einer wirklichen Schulreform. Er fand lebhaften Beifall beim ganzen Hause, mit Ausnahme der Konservativen. — Außer einem Konservativen sprachen noch zwei nationalliberale Redner.

Am Abend fanden die Einigungsverhandlungen der Deputationen der Ersten und Zweiten Kammer statt über die Gemeindesteuer. Es wurde eine Einigung gefunden, mit der unsere Partei einigermaßen zufrieden sein kann. Das Verbot der rohen Umsatzsteuer (bis 2 Proz. des Umsatzes), um das seit Jahrzehnten ein heißer Kampf geführt wurde, ist erreicht. Für die Orte, in denen sie besteht, muß jedoch eine Uebergangsfrist bis 1924 in den Kauf genommen werden. Dagegen wurde die Chemnitzer Umsatzsteuer (Steuer bis 8 Proz. des Reingewinns) beschlossen. Gefallen ist die indirekte Steuer und die Kohlensteuer.

Ueber die Errichtung der Landkrankenkassen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Der sozialdemokratische Antrag, der ein Verbot der Errichtung von Landkrankenkassen forderte, ist gefallen.

Krach zwischen Blauschwarzen.

Im Wahlkreise Breslau-Land-Neumarkt ist es zu einem Krach zwischen den Konservativen und ihren schwarzen Bundesgenossen gekommen. Das Zentrum hat den Junkern den Fehdehandschuh durch seinen Wahlkreisvorsitzenden Graf Henckel-Romolkwitz unter Zustimmung einer stark besuchten Wahlkreisversammlung hingeworfen. Wie überall im ganzen Reiche stimmten bei der Reichstagsstichwahl im Januar dieses Jahres auf Bitten der konservativen Parteileitung die Zentrumsleute für den konservativen Junker Grafen Carmer-Zieserwitz, dem sie durch ihr geschlossenes Eintreten auch zu einem Reichstagsmandat verhalfen. Als Vergütung wird vom Zentrum die Abtretung eines der drei Landtagsmandate des Kreises verlangt, die sämtlich im Besitz der Konservativen sind. Das wurde von den Konservativen auch indirekt zugesagt, indem sie ihren Blockbrüdern, als sie bei diesen um die Stichwahlhilfe bettelten, zu verstehen gaben, daß sich durch die Unterstützung bei der Reichstagsstichwahl der Weg für die Abtretung eines Landtagsmandats besser ebnen lassen werde. Kurz nach den Wahlen präsentierten nun die Schwarzen ihren Wechsel, aber die Konservativen denken gar nicht an die Einlösung, weil sie im Wahlkreise Breslau-Land-Neumarkt die sichere Mehrheit haben. Die Konservativen haben ihren Blockbrüdern jetzt zu verstehen gegeben, daß sie das Entgegenkommen bei der Landtagswahl nicht auf den Wahlkreis Breslau-Land-Neumarkt, sondern auf andere Wahlkreise bezogen wissen wollten. Infolgedessen erklärten die Klerikalen schon im Mai d. J. ihren Blockgenossen zu Protokoll, daß sie es für die Zukunft ganz bestimmt ablehnen müßten, den Konservativen Wahlhilfe in irgend einer Form zu leisten, selbst auf die Gefahr hin, daß das Reichstagsmandat den Sozialdemokraten zufalle.

Freisprechung in einem Boykottprozeß.

Im Sommer d. J. wurde anläßlich des Bäckerstreiks in Magdeburg über das Geschäft eines Bäckermeisters Pöhl, der den Tarifvertrag anerkannt und später seine Unterschrift wieder zurückgezogen hatte, der Boykott verhängt. Am 2. Juni d. J. wurde vor Pöhls Bäckerladen von den Arbeitern Wieland und Wernicke ein Boykottflugblatt an die Passanten verteilt, auf Grund dessen gegen die beiden Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung erhoben wurde. Mit ihnen zusammen wurde der Verfasser des Flugblattes Bäckergeselle F[illegible]hlich und der Drucker Martini des gleichen Vergehens wegen angeklagt. Das Schöffengericht Magdeburg verurteilte am 11. Oktober die beiden Flugblattverbreiter zu je vier Tagen Gefängnis und den Verfasser wegen Beihilfe zu drei Tagen Gefängnis, während der Drucker freigesprochen wurde. Die Verurteilten sowohl als auch der Staatsanwalt legten Berufung ein, die am Montag das Magdeburger Landgericht beschäftigte. Nach längerer Verhandlung hob das Berufungsgericht das Urteil des Schöffengerichts auf und sprach sämtliche Angeklagte frei, da ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung nicht vorliege.

Landtagswahl im Kreise Krossen a. O.

Bei der heutigen Landtagsersatzwahl im Wahlkreise 6 Frankfurt a. O. wurde an Stelle des verstorbenen freikonservativen Abgeordneten Student der Rittergutsbesitzer Regierungsrat Gamp-Oblath (freikonservativ) mit 263 Stimmen gewählt. Zersplittert waren 13 Stimmen.

Neue Fesseln für die Landarbeiter.

Da die Junker auf gesetzlichem Wege nicht die Aufhebung der Freizügigkeit der Landarbeiter erreichen können, so versuchen sie auf Umwegen ihr Ziel zu erreichen. In der Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte in Königsberg sagte der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Freiherr von Wangenheim, die Agrarier sollten ein gutes Verhältnis mit ihren Arbeitern anstreben, denn dadurch erreichten sie günstige Wahlen. Redner teilte dann mit, daß der Bund der Landwirte eine Sparkasse für Landarbeiter schaffen wolle. Die Leute sollen von ihrem 14. Lebensjahre ab möglichst 50 Pfennig pro Woche sparen. Der Betrag könne ihnen natürlich vom Barlohn abgezogen werden, doch müßten auch die Gutsbesitzer zu dieser Kasse etwas beisteuern. Die Ersparnisse sollen dem Arbeiter aber erst ausgezahlt werden, wenn er 30 oder 40 Jahre alt ist. Zieht er vorher fort, so sollen seine ganzen Ersparnisse der Kasse anheimfallen! Auf diese Weise hoffen die Bündler die Arbeiter auf dem Lande zu halten. Die Freizügigkeit soll durch dieses Mittel beschränkt werden. Gleichzeitig hofft man aber auch der „Volksfürsorge" damit entgegenzutreten. Denn wenn die Landarbeiter für die Bündlersparkasse Beiträge zahlen, können sie für die „Volksfürsorge" keine Mittel mehr aufbringen. Ebenso bleibt ihnen auch kein Geld für die Gewerkschaft übrig, so daß die Junker gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen — falls die Landarbeiter auf ihren Plan eingehen. Es muß dafür gesorgt werden, daß sie Kenntnis von den Gefahren erhalten, die ihnen drohen.

Unzurechnungsfähig, aber doch in Uniform!

Einen bemerkenswerten Beitrag zu dem traurigen Kapitel „Psychopathen im Heere" liefert ein Fall, der kürzlich vor dem Oberkriegsgericht in Dresden zur Verhandlung gelangte. Auch hier wieder das alte Lied: Die Psychopathen im Heere werden erst dann als solche erkannt, wenn sie Straftaten begangen haben. Diese bemitleidenswerten jungen Leute müssen dann die meist sehr umfänglichen Untersuchungen über sich ergehen lassen, lange Untersuchungshaft erdulden und schweben während dieser Zeit in einer Angst und Ungewißheit, die in den meisten Fällen ihren Zustand beträchtlich verschlimmert. So auch hier. Der Knecht, jetzige Soldat Glaser vom Infanterieregiment Nr. 108 wurde im Herbst 1911 trotz seiner Minderwertigkeit und eigenartigen Veranlagung beim Militär eingestellt. Obgleich von Gemüt weich und gut, wurde er doch von Kameraden gemieden, weil sie ihn alle für einen merkwürdigen Kauz hielten. Die Vorgesetzten bezeichnen ihn als einen schwerfälligen, verschlossenen Menschen, der „schwer von Begriff" ist. Alles wies darauf hin, daß man es hier mit einem bedauernswerten anormalen Geschöpf zu tun hatte. Trotzdem mußte Glaser Dienst tun; seine krankhafte Veranlagung blieb unberücksichtigt und eine genaue Beobachtung hielt man für überflüssig. Glaser litt oft unter Gemütsverstimmungen und war zeitweise verstört und verwirrt. In einer solchen Verfassung war Glaser auch am Sonntag, den 28. April. Er entfernte sich aus der Kaserne, begab sich zu seinen Eltern, legte dort Zivil an und irrte acht Tage lang ziel- und planlos umher. Dabei nährte er sich nur von trockenem Brot und Wasser. Als er wieder einen lichten Augenblick hatte, beschloß er, zur Truppe zurückzukehren. Durch die Verhaftung wurde er daran gehindert. Glaser kam in Untersuchungshaft und erhielt eine Anklage wegen — Fahnenflucht. Er gab von Anfang an vor, ohne Absicht und Ueberlegung fortgelaufen zu sein und sich nicht im Vollbesitz seiner Geisteskräfte befunden zu haben. Der ärztliche Sachverständige erklärte, daß erhebliche Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit Glasers bestehen. Auf Grund dieses Gutachtens erfolgte Freisprechung. Damit gab sich der Gerichtsherr nicht zufrieden, er legte Berufung ein, die Freisprechung sei zu unrecht erfolgt! Nun zog man ein weiteres Gutachten herbei, und der Obergutachter gab in der Berufungsverhandlung sein Gutachten dahin ab, daß Glaser das Produkt psychopathischer Minderwertigkeit und erblich schwer belastet sei. Das Auffassungsvermögen Glasers sei in den letzten Jahren ständig zurückgegangen, alles wirke auf ihn ein, und auch die Untersuchung habe ihr Teil getan. Jedenfalls liege Unzurechnungsfähigkeit im Sinne des § 51 vor. Darauf wurde die Berufung verworfen und das freisprechende Urteil bestätigt.

Italien.

Neue Schulden für neue Schiffe.

Rom, 16. Dezember. (Eig. Ber.) Natürlich macht sich nach dem Krieg die Notwendigkeit neuer Marineausgaben geltend. Nachdem man im Juni 1909 erst 440 Millionen außerordentlicher Flottenausgaben für den Bau neuer Kriegsschiffe bewilligt hat, sieht das neue Budget weitere 255 Millionen vor, die im Laufe von drei Gebarungsjahren ausgegeben werden sollen. Da nun aber diese Millionen natürlich nicht da sind und man sie nicht aus den Einnahmen der drei Jahre nehmen kann, so verfällt man auf den schlauen Gedanken, sie auf die Budgetjahre 1915/16 bis 1921/22 zu verteilen. Das bedeutet, daß man entweder die aller Erfahrung widersprechende Voraussetzung macht, die italienische Kriegsmarine werde sich in den jetzt im voraus mit Beschlag belegten sechs Jahren ohne Extraausgaben behelfen können oder einfach das Publikum zum besten haben will. Das letzte ist wohl das wahrscheinliche. Durch solche Aufmachungskunststücke wird dann das Defizit verschleiert. Der Staatsschatz, der erst eben die 440 Millionen vorgeschossen hat, schießt auch die 255 vor und das bereits ausgegebene Geld lebt dann ganz vergnügt in den Aufstellungen des Budgets weiter, als Guthaben des Schatzes. Man betet dann dem Publikum vor, daß der Schatz, wenn er auch weniger bares Geld in der Kasse hat als früher, mehr Ausstände hat, und niemand sieht so genau hin, um festzustellen, daß der Schuldner des Schatzes ein ganz insolventer Kunde ist, der die Millionen buchstäblich ins Wasser geworfen hat: nämlich das Marineministerium. Durch solche Kniffe bekommt man soviel Kähne und soviel Schulden, als man irgend haben will, und der Steuerzahler merkt nur soviel, daß er mehr und mehr bezahlen muß.

Zur Haltung des Vatikans.

Rom, 15. Dezember. (Eig. Ber.) Giolitti hat erklärt, daß er die verschiedenen Interpellationen über die neuerliche Haltung des Vatikans über das verweigerte Exequatur des Erzbischofs von Genua am ersten Montag nach den Weihnachtsferien beantworten werde. Wenn der Justizminister die betreffenden Interrogationen, die sich zunächst an ihn richteten, zu beantworten abgelehnt hat, so sei das geschehen, weil die Angelegenheit nicht im engen Rahmen einer Interrogation erledigt werden konnte. Zeit gewonnen, alles gewonnen, denkt der Ministerpräsident. Dem „Avanti" zufolge soll übrigens die versöhnliche Haltung des Vatikans sich auf die offiziellen Aeußerungen in der Presse beschränken: was den Kern der Sache, die Bekämpfung des politisierenden Klerikalismus, betrifft, so bleibt der Heilige Stuhl bei seiner Haltung. Allen Bischöfen sollen Instruktionen zugegangen sein, nach denen die fünf getadelten Blätter bei Strafe der Exkommunizierung allen Priestern und den Mitgliedern religiöser Orden verboten sind; in der Folge soll das Verbot auf alle Gläubigen ausgedehnt werden. Der Vatikan hat offenbar nicht Lust, die Sache als Zeitungsfehde auszufechten, und begnügt sich, seine Herrschaft über die Ueberzeugungen geltend zu machen. Auf diese Art dürfte er tatsächlich die Blätter des Trusts beim Geldbeutel packen und zur bedingungslosen Unterwerfung treiben.

China.

Die Anleihe.

London, 17. Dezember. Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind die Verhandlungen über die neue chinesische Anleihe im Betrage von 25 Millionen Pfund Sterling so gut wie abgeschlossen. Die fünf Banken, welche die englische Gruppe des Sechsmächtesyndikats bilden, haben sich über die Hauptpunkte geeinigt; die Verhandlungen ruhen aber, bis die Verhältnisse auf dem Balkan geklärt sind. Sobald die Friedenskonferenz zu einer Verständigung gelangt ist, wird der endgültige Anleihevertrag abgeschlossen werden.

Amerika.

Verhaftungen wegen der Putumayogreuel.

Lima, 17. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Regierung hat die Verhaftung einer Anzahl von Personen, die an den Grausamkeiten im Putumayo-Gebiet beteiligt waren, angeordnet.

Aus der Partei.

Wieder ein Siebziger.

Am heutigen Tage feiert unser Genosse, der Reichstagabgeordnete Wilhelm Stolle, in voller Rüstigkeit seinen siebzigsten Geburtstag.

Stolle wurde zu Frankenhausen bei Crimmitschau geboren. Er erlernte die Gärtnerei und wurde 1868 selbständig. Zu seiner Zeit waren die Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 in der sächsischen Bevölkerung noch sehr lebendig. Wie in fast allen Städten Sachsens waren auch in Crimmitschau nicht wenige, die sich im Jahre 1849 an dem Maiaufstand in Dresden, der blutig und grausam von den von der sächsischen Regierung herbeigerufenen Preußen niedergeschlagen worden war, aktiv beteiligt hatten. Im Umgang mit diesen Revolutionären wurde Stolle zum Demokraten erzogen.

1864 machte er die Bekanntschaft Julius Motteler's, der seit 1862 als Kaufmann in einem Crimmitschauer Fabrikgeschäft tätig war. Motteler war Begründer des Crimmitschauer Arbeiterbildungsvereins, dem jetzt auch Stolle beitrat. Später wandelte sich dieser Verein in den Volksverein um. Als dann durch die Ereignisse des Jahres 1866 der Norddeutsche Bund gegründet wurde und es nunmehr galt, eine politische Organisation für Sachsen zu schaffen, die in den Wahlkampf zum Norddeutschen Reichstag eintreten konnte, erschien Stolle neben Motteler als Delegierter für Crimmitschau auf der Landeskonferenz der sächsischen Demokratie in Chemnitz und nahm an der Beratung des Programms teil, das die Partei unter dem Namen sächsische Volkspartei sich gab. Crimmitschau wurde nunmehr für die Agitation in den Wahlkreisen des unteren Erzgebirges die Zentrale besonders für den 17. Wahlkreis — Glauchau-Meerane —, in dem Bebel kandidierte, für den 18. Wahlkreis — Crimmitschau-Zwickau —, in dem Rechtsanwalt Schraps aufgestellt war, und den 19. Wahlkreis — Lugau-Stollberg-Schneeberg —, dessen Kandidat Liebknecht war, der damals eine dreimonatige Gefängnisstrafe in der Berliner Stadtvogtei verbüßte. Es gelang bei den Wahlen, den 17. und den 18. Wahlkreis zu erobern; Stolle hatte redlich geholfen, diesen Erfolg zu erzielen.

Den Marsch nach links, den von da ab die dem Vereinstag der deutschen Arbeitervereine angeschlossenen Vereine antraten, machte Stolle mit. 1867 war er Delegierter auf dem Vereinstag der deutschen Arbeitervereine zu Gera, auf dem es gelang, Bebel an die Spitze des Verbandes zu bringen. 1868 war Stolle Delegierter auf dem Vereinstag zu Nürnberg, dessen große Mehrheit sich für das Programm der Internationale entschied. Auf dem Kongreß zu Eisenach 1869 wirkte Stolle mit bei der Begründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und besuchte von jetzt ab als Delegierter fast alle Kongresse der Partei bis zum Gothaer Vereinigungskongreß im Jahre 1875. 1877 kandidierte Stolle im Herzogtum Alterburg und erlangte 5000 Stimmen, ein für die damaligen Verhältnisse im Herzogtum sehr günstiges Resultat.

Das Sozialistengesetz brachte auch über Stolle manches Ungemach. Als im Jahre 1870 in Crimmitschau ein täglich erscheinendes Parteiorgan, der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund", gegründet wurde, rief man auch eine eigene Druckerei ins Leben. Stolle wurde Mitinhaber der Firma. Als aber das Blatt unter dem Sozialistengesetz unterdrückt wurde und alle Versuche, ein neues zu gründen, scheiterten, sah sich die Firma genötigt, den Konkurs anzumelden. Stolles Associé hatte es verstanden, sein Eigentum in Sicherheit zu bringen, Stolle blieb allein haftbar und verlor nicht nur sein eingezahltes Geld, er sah auch sein Haus und seine Gärtnerei unter den Hammer kommen, die für Schleuderpreise verkauft wurden. Stolle war mit einem Schlage ein armer Mann, der Erfolg siebzehnjähriger schwerer Arbeit war dahin. Er trat jetzt in die Musikkapelle seines Bruders ein und erwarb sich durch Musizieren einen Teil seiner Existenz, den anderen Teil erwarb seine junge Frau, die als Kochfrau in verschiedenen Häusern Dienste leistete. Endlich gelang es ihm, im Spätherbst 1880, mit Hilfe von Freunden von einem Bekannten den Gasthof in Gesau zu erwerben, ein kleiner Ort, der mitten zwischen Glauchau und Meerane liegt. Das war ein guter Wurf. Stolles Gasthof wurde jetzt das Stelldichein für die Glauchauer und Meeraner Genossen, die namentlich an Sonn- und Feiertagen sich zahlreich einfanden. Er wurde aber auch eine Zeitlang eine wichtige Station für die „rote Feldpost", von wo aus der „Sozialdemokrat" seine verbotenen Fahrten ins Reich unternahm. Nicht lange und so ahnte die Gendarmerie, daß bei „Dr. Grashalm" — so nannte ihn scherzhafterweise der rote Postmeister — nicht alles in Ordnung war. Eine Haussuchung folgte der anderen. Das Anwesen wurde nach allen Seiten durchstöbert, aber gefunden wurde nichts. Doch ließen diese Besuche der Gendarmerie es geraten erscheinen, den gefährlich gewordenen Dienst einzustellen.

Im Jahre 1881 kandidierte Stolle an Stelle Mottelers, der seit Ende 1879 als Leiter der Expedition des „Sozialdemokrat" in Zürich wirkte, im 18. Reichstagswahlkreis und wurde in der engeren Wahl gewählt. Bei der Prüfung der Wahlakten stellte sich heraus, daß Stolle schon bei der Hauptwahl mit einer Mehrheit gewählt worden war. Der Wahlkommissar hatte mit Unrecht 163 für ihn abgegebene Stimmen für ungültig erklärt, weil auf diesen Zetteln der Name Gesau mit einem ö geschrieben worden war.

Seit jener Zeit gehörte Stolle, mit Ausnahme der Jahre von 1887—1890, wo er in der Faschingswahl des Jahres 1887 dem Terror der vereinigten Gegner zum Opfer fiel, als Vertreter des 18. Wahlkreises dem Reichstage an. 1887 wurde er auch in den sächsischen Landtag gewählt, dem er 12 Jahre lang angehörte. Stolle hat also eine 31jährige parlamentarische Dienstzeit hinter sich. Er ist nicht nur eines der ältesten Mitglieder des Reichstages, er gehört auch zu den ältesten der in der Arbeiterbewegung stehenden Genossen.

Stolle kann am heutigen Tage mit Genugtuung auf ein langes arbeit- und erfolgreiches Leben zurückblicken. Er hat alle Zeit ehrlich seinen Mann gestellt. Die Partei ist ihm dafür zu Dank verpflichtet, denn selbstlos und treu hat er stets zu ihr gestanden.

Wir wünschen, daß Stolle mit derselben Rüstigkeit, mit der er seinen 70. Geburtstag feiert, auch den 80. feiern möge, zur Freude der alten Kampfgenossen, zur Nacheiferung für die jungen.

Kommunalwahlen.

Bei den Ersatzwahlen in Höhscheid (Rheinland) überließen die Gegner zum erstenmal uns die Mandate der zweiten Klasse ohne Gegenkandidaten. Im Höhscheider Stadtparlament sitzen jetzt 15 Genossen und 9 bürgerliche Vertreter. Von der zweiten Abteilung befindet sich nur noch ein Mandat in den Händen des Bürgertums.

Eine Warnung.

Vom Kreisvorstand des Kreiswahlvereins Höchst-Homburg-Usingen wird uns geschrieben: Der Modelltischler Ludwig Kentner, geboren am 28. März 1885 in München, ist aus Ried (Main), Wahlkreis Höchst-Homburg-Usingen, abgereist, ohne eine ganze Reihe von Verbindlichkeiten in den verschiedensten Arbeiterorganisationen zu erfüllen.

K. hat durch falsche Angaben das Vertrauen der organisierten Arbeiter Rieds erworben und in gröblichster Weise mißbraucht, so daß ein Ausschlußverfahren bei den zuständigen Parteiinstanzen gegen ihn schwebt.

Um andere Organisationen vor Schaden zu bewahren, bitten wir die Organisationsleitungen der Orte, wo sich K. zeigt und organisatorisch zu betätigen sucht, sich erst beim Parteisekretariat des Wahlkreises Höchst-Homburg-Usingen, Adresse: Sekretär A. Walter, Höchst a. M., Neugasse 18, erkundigen zu wollen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Parteipresse.

Der verantwortliche Redakteur unseres Zwickauer Parteiblattes wurde wegen Beleidigung eines wohlhabenden Oelsnitzer Bürgers zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte ihm vorgeworfen, daß er mittels eines raffiniert angebrachten Apparates die Stadt um Gas bestohlen habe. Der Oelsnitzer Amtsblattredakteur denunzierte unser Zwickauer Parteiblatt und gab dem beschuldigten Rentier den Rat, zu klagen. Das tat dieser auch, verklagte aber den Amtsblattredakteur, der wiederholt vor Gericht versicherte, daß er nur das sozialdemokratische Blatt habe denunzieren wollen, mit. In der ersten Instanz wurden beide Angeklagten freigesprochen, da das Gericht annahm, der Wahrheitsbeweis sei erbracht. Das Berufungsgericht in Plauen dagegen verurteilte den Genossen Barth vom „Volksblatt" zu der erwähnten Strafe von 200 M., den Amtsblattredakteur zu 100 M., da es immer noch für möglich hielt, daß nicht der Rentier, sondern ein anderer die betrügerische Manipulation gemacht habe.

Gewerkschaftliches.

Staatsanwälte, Gerichte und Bäckerinnungsterror.

Die widerspruchsvolle Auffassung der Gerichte über die Strafbarkeit nach § 153 der Reichsgewerbeordnung, je nachdem ein Arbeiter oder ein Unternehmer vor den Gerichtsschranken steht, bringt täglich sonderbarere Urteile zustande. Der Grundsatz eines preußischen Justizministers, daß, wenn zwei dasselbe tun, es nicht dasselbe sei, ist namentlich auf dem Gebiete der sozialen Kämpfe in Uebung. Dabei haben die Unternehmer bei Vergehen gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung stets den besseren Teil, die Straffreiheit erwählt. Trotzdem schreien sie sich heiser nach einer Verschärfung des § 153. Allen voran die Bäckerinnungen, die durch Petitionen, Resolutionen, scharfmachende Zeitungsartikel und Versammlungsreden gegen das Streik- und Boykottrecht der Arbeiter fortgesetzt Sturm laufen. Der Machtkitzel der Innungen ist es, der jedes soziale Denken bei diesen Leuten erstickt.

Deshalb sind sie die größten und unbelehrbarsten Arbeiterfeinde. In der Nichtrespektierung der Ueberzeugung anderer sind sie die unduldsamsten und rücksichtslosesten Fanatiker. Der Terror war von altersher ihre stärkste Waffe gegen alle Andersdenkenden. Der § 153 existiert für sie überhaupt nicht. Wir erinnern nur an den einen krassen Fall, wo der Obermeister der Berliner Bäckerinnung, Fritz Schmidt, 1907 beim Streik der Berliner Bäckergesellen die Tarifmeister mit den Ausdrücken „charakterlose Wichte", „Ehrenwortbrecher", „Elemente und Verräter" belegte, ihnen öffentlich verräterische Handlungsweise vorwarf, ihnen jedes Mitgefühl absprach und ihnen mit der Entziehung des Kredits des Kaufmanns sowie mit Entziehung der Hefelieferung drohte. Diese Drohung machte er auch wahr. An einem Sonnabend, wo die Meister die Hefe am nötigsten brauchten, wurde plötzlich von den Hefehändlern den Tarifbäckermeistern eröffnet, daß auf Beschluß des Hefesyndikats (der, wie Direktor Florian vor Gericht erklärte, auf Antrag der Bäckerinnungführung einschließlich Schmidts gefaßt wurde) sie solange kein Gramm Hefe erhalten würden, bis sie auf dem Innungsbureau schriftlich erklärten, daß sie die Bewilligung der Gesellenforderungen zurückziehen, also den Tarif brechen würden. Die Hefe war vom Syndikat über ganz Deutschland gesperrt. Hätte die Gesellenorganisation nicht vom Auslande den Meistern Hefe verschafft, wären viele Existenzen ruiniert worden.

Nun kommt aber das merkwürdigste. Die Strafanzeige von Kleinmeistern wurde vom Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt zurückgewiesen. Erst das Kammergericht ordnete die Klageerhebung an. Im Termin rechtfertigte der Staatsanwalt seinen Antrag auf einen Tag Gefängnis mit der Erregung, die bekanntlich bei sozialen Kämpfen die Parteien beseele, die dem Angeklagten zugute gerechnet und strafmildernd sein müsse. Schmidt wurde zu drei Tagen Gefängnis verurteilt, später aber begnadigt. Im Sommer 1912 hat nun die Magdeburger Bäckerinnung bei Androhung hoher Innungsstrafen (bis zu 1015 M. sind über den einzelnen Bäckereiinhaber verhängt worden) verboten, Tarifverträge überhaupt mit der Gesellenorganisation abzuschließen. Die Strafanträge von Kleinmeistern, die sich auf § 153 stützen, sind von der Staatsanwaltschaft wieder zurückgewiesen worden. Die Beschwerde an das Oberlandesgericht Naumburg wurde jetzt ebenfalls als unbegründet abgewiesen. Die Begründung dieser Abweisung ist aber so wertvoll für die Beurteilung der sozialen Kämpfe durch das höchste Gericht, daß hier der Hauptteil aus der Begründung folgen soll:

„Es bedarf keiner Ausführung, daß, wenn Einzelmitglieder mit den Gesellen Tarifverträge, womöglich unter Bewilligung höherer als der bisher üblichen und von den übrigen Innungsmitgliedern beibehaltenen Lohnsätze schließen, hierdurch nicht allein der Gemeingeist unter den Innungsmitgliedern gestört, sondern auch die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Meister berührt werden, endlich aber auch das gedeihliche Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen in Frage gestellt wird, da die überwiegende Mehrzahl der Gesellen sich den Meistern zuwenden wird, die höhere Lohnsätze bewilligen. Aehnliche Erwägungen lassen auch die Aushändigung von Bewilligungsplakaten als nicht mit dem Innungsstatut vereinbar erscheinen.

Wenn aber das Verhalten der Antragsteller oder einzelner von ihnen den Beschuldigten statutenwidrig erscheinen konnte, dann waren die Beschuldigten allerdings nach § 10 des Statuts berechtigt und verpflichtet, gegen ein solches Verhalten einzuschreiten. Insbesondere sind nach § 10 diktierte Ordnungsstrafen zur Erzwingung der statutarischen Vorschriften vorgesehen.

Konnten aber die Beschuldigten, namentlich auch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß das Statut vom Bezirksausschuß zu Magdeburg genehmigt worden war, wohl zu der Annahme kommen, daß ihr Vorgehen berechtigt sei, dann mangelte ihnen, wenn ihre Handlung rechtswidrig war, das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit. (Vergl. Olshausen Strafgesetzbuch Anm. 30 zu § 59.) Dann aber kann es dahingestellt bleiben, ob die Handlung der Beschuldigten an sich in der Tat ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung darstellt.

Danach war der Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 der Strafprozeßordnung mit der Kostenfolge aus § 175 daselbst zu verwerfen."

In diesem Falle also: Mangel an Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, deshalb Straflosigkeit, auch wenn die Gesetze verletzt sind. Im Falle Schmidt: Erregung der Kämpfenden als Strafmilderungsgrund. Wenn man demgegenüber namentlich die Massenurteile im Ruhr-Bergarbeiterstreik bedenkt, wo selbst Frauen mit Säuglingen wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung ins Gefängnis mußten, wo die „Wut" gegen Arbeitswillige und Abtrünnige als strafschärfend erachtet wurde, dann muß man immer mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß der § 153 schon heute durch die Spruchpraxis der Gerichte zu einem empörenden, gehässigen Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter geworden ist. Dagegen können die Unternehmer jeden, auch den gehässigsten Terror bei wirtschaftlichen Kämpfen straflos ausüben.

Und dieser Zustand soll nach dem Wunsche der Reaktionäre noch verschärft werden! Ist eine Steigerung dieser Ungerechtigkeit überhaupt noch möglich?

Berlin und Umgegend.

An die Arbeiterschaft Berlins.

Anschließend an eine Notiz betreffend die Kinotheater, die vor einigen Tagen im „Vorwärts" stand, sei hierdurch mitgeteilt, daß trotz Vorstelligwerden doch noch eine Anzahl Kinotheaterbesitzer sich weigern, ihren Angestellten am Heiligabend freizugeben.

Wir richten deshalb an die Arbeiterschaft das Ersuchen, am Weihnachtsheiligabend die Kinotheater zu meiden, vor allem auch darauf zu achten, daß ihre Kinder am Weihnachtsheiligabend ein Kinotheater nicht besuchen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Berlin.

Gegen das Koalitionsrecht der Angestellten

machen die Unternehmer fortgesetzt mobil. Vor einigen Tagen ist der Vertrauensmann des Verbandes der Bureauangestellten bei der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik (Abteilung Kugellager) in Wittenau gemaßregelt worden. Die Werkstattschreiber dieses Betriebes stehen gegenwärtig in einer Bewegung zur Erzielung von Gehaltsverbesserungen und der Vertrauensmann sammelte pflichtgemäß die Unterschriften seiner Kollegen für das die Forderungen an die Direktion enthaltende Schriftstück. Wegen dieser Tätigkeit wurde er von einem sich „national" nennenden Herrn bei der Direktion denunziert. Diese glaubte jedenfalls durch die Kündigung des Vertrauensmannes die Bewegung unter den Angestellten im Keime ersticken zu können. Das ist ihr jedoch nicht gelungen. Der Angestellten des Werkes hat sich vielmehr infolge dieser Attacke auf ihr wichtigstes Recht eine tiefgehende Erregung bemächtigt, die auch in einer auf Grund dieser Maßregel abgehaltenen Versammlung zum Ausdruck kam. Die Angestellten dieses Werkes sind fest entschlossen, sich ihr Koalitionsrecht nicht nehmen zu lassen. Die beste Antwort auf das Verhalten der Direktion ist der massenhafte Beitritt zur Organisation. Diese Erkenntnis wird auch unter den Angestellten durch derartige Maßregelungen immer mehr gefördert werden.

Arbeiter, Raucher! Angesichts der bevorstehenden Weihnachtseinkäufe in Zigarren beachte man, daß nur die grünen Plakate Gültigkeit haben, die mit Alwin Schulze unterschrieben sind. — Kauft nur dort, wo das grüne Plakat vorhanden ist!

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Zwangsinnungs-Terrorismus im Barbier- und Friseurgewerbe.

Den Zwangsinnungen ist durch den § 100q der Gewerbeordnung ausdrücklich verboten, ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen oder in der Annahme von Kunden zu beschränken. Um diese Gesetzesbestimmung zu umgehen, haben auch die Barbier- und Friseur-Zwangsinnungen zu Britz und Schöneberg, dem Beispiel anderer Zwangsinnungen folgend, einen Statutnachtrag eingeführt, wonach es den Mitgliedern bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe verboten ist, ihre Preise sowie „Sonderabschlüsse" über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veröffentlichen. Dem Publikum soll dadurch die Möglichkeit genommen werden, sich vor dem Betreten eines Friseurgeschäfts darüber zu informieren, welche Preise für Rasieren und Haarschneiden gefordert werden, wie auch, ob die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind oder nicht. Die Unterbindung des freien Wettbewerbs, die den Zwangsinnungen ausdrücklich untersagt ist, soll auf diesem Umwege geschehen.

Der Zweigverein Berlin und der Vororte des Verbandes der Friseurgehilfen hat im Frühjahr dieses Jahres die Meister, mit denen er bisher im Tarifvertragsverhältnis stand, zu einer Aussprache über die Neugestaltung des Lohntarifs eingeladen. Die Wünsche der Gehilfen wurden in einer von den Meistern und Gehilfen gewählten Kommission beraten und die Vorlage der Kommission von einer Meister- und Gehilfenversammlung angenommen. Die Gehilfenorganisation veröffentlichte daraufhin im Inseratenteil des „Vorwärts" die Liste der tariflich geregelten Betriebe, wie es von jeher geschah, um der organisierten Arbeiterschaft davon Kenntnis zu geben. Die Inhaber der tariflich geregelten Betriebe haben auf die Veröffentlichung der Liste keinen Einfluß und tragen auch zu den Kosten nicht bei. Die Veröffentlichung stellt sich lediglich als eine Konsequenz der Anerkennung des Tarifs dar.

Nachdem die ersten Listen nach Abschluß des neuen Tarifvertrages am 25. Mai und 20. Juni erschienen waren, ersuchte der Vorstand der Schöneberger Zwangsinnung die sechs Zwangsinnungsmitglieder, deren Adressen darin aufgeführt waren, die angeblichen Sonderabschlüsse nicht mehr zu veröffentlichen. Am 20. Juli erschien die Liste wieder, woraufhin der Innungsvorstand am 5. August beschloß, die betreffenden Meister in eine Geldstrafe von je 10 M. zu nehmen. Die Meister beschwerten sich darüber bei der Aufsichtsbehörde, dem Magistrat zu Schöneberg. Sie machten geltend, daß es sich erstens nicht um einen Sonderabschluß handle, da die Zwangsinnung in Schöneberg keine irgendwie geartete Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen getroffen hat und zweitens nicht sie selber, sondern die Gehilfenorganisation die fraglichen Geschäftsbetriebe veröffentliche. Der Innungsvorstand erklärte:

„Gerade deshalb, weil seitens der Innung keine Tarife festgesetzt sind, deswegen durften von einigen wenigen auch keine — veröffentlicht werden."

„Der Hinweis, daß die Veröffentlichung seitens des Gehilfenverbandes erfolgt ist, kann ebenfalls nicht als stichhaltiger Grund anerkannt werden. Die Parteigenossen (!) waren verpflichtet, weitere Veröffentlichungen energisch zu verbieten. Erfolgten diese dennoch, dann können sie den Gehilfenverband auf Schadenersatz verklagen."

Die Aufsichtsbehörde, die dem Statutennachtrag der Zwangsinnung zugestimmt hatte, wies die Beschwerde als unbegründet zurück. Der Einwand, daß nicht die Meister, sondern der Gehilfenverband die Veröffentlichung bewirkt habe, sei unerheblich! Die Standesehre hätte es ihnen gebieten müssen, nachdem der Innungsvorstand sie verwarnt hatte, dafür zu sorgen (Was sie ja doch nicht können! Red. d. V.), daß weitere Veröffentlichungen unterblieben. Weil sie das nicht getan, stehe ihr Verhalten nicht im Einklang mit dem Gemeingeist eines ehrbar, billig und gerecht denkenden Innungsmitgliedes. — Eines Zwangsinnungsmitgliedes!

Der Obermeister der sich auf 48 Ortschaften erstreckenden Zwangsinnung zu Britz, hat unterm 6. Dezember an die Tarifmeister die folgende Aufforderung gerichtet:

„In der Zeitung „Der Vorwärts" ist wiederholt veröffentlicht worden, daß Sie den Tarif für Friseurgehilfen bewilligt haben. Dieses ist nach § 2a des Innungsstatuts verboten.

Sie werden hierdurch aufgefordert, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß diese Veröffentlichungen von sofort an unterbleiben, anderenfalls Sie für den ersten Fall mit 10 M., für jeden weiteren Fall mit 20 M. bestraft werden müssen."

Betont sei noch, daß die ersten derartigen Statutennachträge den Abschluß von „Sonderabmachungen" über die Lohn- und Arbeitsbedingungen verboten, in dieser Form jedoch nicht die Zustimmung der Aufsichtsbehörden fanden. Die Zwangsinnung in Magdeburg hat ein solches Verbot erst kürzlich beschlossen. Daraus geht hervor, worauf es den Zwangsinnungen eigentlich ankommt. Die Mitglieder, welche die Lohnforderungen der Gehilfen erfüllen, sollen auf diese Weise dafür geschuriegelt werden, damit die Zünftler sich bei ihrer hartnäckigen Weigerung, den Gehilfen günstigere Arbeitsbedingungen zuzugestehen, sich hinter die Ausrede verschanzen können, es sei ihnen nicht möglich, die Lohnforderungen der Gehilfen zu erfüllen. Den Herren ist es außerdem recht unangenehm, daß das Publikum, insbesondere die organisierte Arbeiterschaft, aus der Liste der Gehilfenorganisation ersehen kann, in welchen Geschäften zu tariflichen Bedingungen gearbeitet wird, und in welchen es nicht der Fall ist.

Bis es gelungen ist, die Zwangsinnungen mit ihrer Standesehre und ihrem Gemeingeist in die Schranken des § 100q und des § 153 G.-O. zurückzuverweisen, werden die Adressen der tariflich geregelten Friseurgeschäfte in den Bezirken der beiden Zwangsinnungen nicht mehr veröffentlicht, um den betreffenden Geschäftsinhabern weitere Belästigungen zu ersparen. Die Tarifgeschäfte sind der organisierten Arbeiterschaft in Schöneberg und Treptow bereits bekannt und werden ihr auch weiterhin in zweckdienlicher Weise bekanntgegeben werden!

Deutsches Reich.

Zur Warnung für Handlungsgehilfen, Bureauangestellte, Techniker usw.

Zur Umgehung des Stellenvermittelungsgesetzes, welches die Erhebung von Gebühren vor der vollzogenen Vermittelung einer Stelle verbietet, hatte sich im Jahre 1910 der „Kaufmännisch-technische Hilfsverein, e. V.", mit dem Sitz in Essen an der Ruhr gebildet, der sich über ganz Deutschland erstreckt. Dieser war hervorgegangen aus dem Stellenvermittelungsunternehmen „Bureauverband Reform" und steht unter der Leitung eines Gustav Schäfer-Essen. Damit verbunden ist eine Auskunftei „Anker" und ein Wohnungsbureau „Hansa". An einzelnen Orten unterhielt Schäfer auch „Handelsschulen".

Die Tätigkeit des „Hilfsvereins" besteht darin, Stellenlose anzulocken. Diesen verspricht man, sofern sie „Mitglied" werden, was mit Zahlung eines „Jahresbeitrages" von 12 M. verbunden ist, eine Stelle. Mit der Einziehung dieser 12 M. war jedoch im allgemeinen die Tätigkeit des „Hilfsvereins" erschöpft. Schäfer zog auf diese Weise den Stellesuchenden allein im Jahre 1911 zirka 144 000 M. aus der Tasche.

Obwohl sich mehrfach, zum Teil auf Veranlassung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, Polizeibehörden und Staatsanwälte mit dem „Hilfsverein" befaßten, war ihm nicht beizukommen.

Vor wenigen Tagen ist Schäfer durch die Staatsanwaltschaft Essen verhaftet worden. Er hat auch seine Angestellten um erhebliche Beträge, zum Teil ihre ganzen Ersparnisse gebracht. Er ließ sich von den Angestellten Kautionen geben in Höhe von 1000—3000 M.; je mehr, desto besser. Diese Gelder scheinen rettungslos verloren zu sein. Schäfer soll zwar beträchtliche Bankeinlagen besitzen, auf welcher Bank ist jedoch nicht festzustellen.

Schäfer täuschte seine Opfer durch ein vornehmes Auftreten und dadurch, daß er diese in seiner luxuriös eingerichteten Villa engagierte. Es steht zu befürchten, daß er auch in anderen Teilen Deutschlands ähnliche Manipulationen ausgeführt hat.

Besonders gewarnt sei vor dem Hilfsverein. Dieser besteht unter der Leitung eines gewissen Kluth-Essen weiter.

Um das Fortbestehen des Hilfsvereins unmöglich zu machen, werden Geschädigte gebeten, sich unter Darstellung des Sachverhalts zu wenden an:

Zentralverband der Handlungsgehilfen,
Geschäftsstelle Düsseldorf, Helmholtzstr. 10.

Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in München.

Die Münchener Brauereiarbeiter nahmen in einer äußerst stark besuchten Versammlung am Dienstag, dem 17. Dezember, Stellung zu dem Tarifvorschlag des Ortsverbandes der Brauereien, in dem der Ortsverband seine während der sechstägigen Verhandlung vor dem Gewerbegericht gemachten Zugeständnisse zusammengefaßt hatte. Dieser Tarifvorschlag wurde vom Ortsverband als Ultimatum bezeichnet. Die Versammlung der Brauereiarbeiter lehnte einstimmig die Vorlage ab, weil die Zugeständnisse zu gering sind und die Vorlage selber noch Verschlechterungen enthält. Wenn die Brauereiunternehmer in München zeigen wollen, daß, wie sie immer betonten, es ihnen an einer friedlichen Erneuerung des Tarifvertrages so viel liegt, dann werden sie noch etwas weiter auf die ohne Zweifel berechtigten Wünsche der Arbeiter eingehen müssen.

Letzte Nachrichten.

Dauersitzung im österreichischen Reichsrat.

Wien, 18. Dezember. Abgeordnetenhaus, 9½ Uhr abends. Nach Eröffnung der Spezialdebatte über das Kriegsleistungsgesetz sprachen zunächst eine Reihe Redner der Minorität. Gegen 8 Uhr abends wurde vom Abgeordneten Choc (tschechisch-radikal) ein Vertagungsantrag gestellt, der jedoch mit 120 gegen 5 Stimmen abgelehnt wurde. Die Sitzung, die nun schon 34 Stunden währt, dauert fort. Das Haus beabsichtigt, auch diese Nacht hindurch die Sitzung auszudehnen.

Die Ursache der Grubenkatastrophe bei Mengede.

Brambauer, 18. Dezember. (P. C.) Ueber die Ursache der Katastrophe sind die mannigfachsten Gerüchte im Umlauf. Die Annahme, daß es sich um eine Schlagwetterkatastrophe handelt, scheint am meisten begründet zu sein. Da die Zeche hauptsächlich Fettkohle produziert, dürfte eine Kohlenstauberplosion, die verschiedentlich als die Ursache bezeichnet wird, ausgeschlossen sein. Die Wirkung der Explosion war derart, daß fast die ganze Strecke vollständig zu Bruch gegangen ist, ein Umstand, der übrigens in den Kreisen der Bergleute lebhafte Erörterung findet. Es wird nämlich behauptet, daß die Auszimmerung der betreffenden Reviere zu wünschen übrig gelassen habe, da selbst bei der furchtbaren Art der Explosion bei besserer Auszimmerung die Strecke nicht in einem derartigen Maße hätte einstürzen können. Das Nähere müsse die Untersuchung ergeben.

Hochwassergefahr im Wesergebiet.

Minden (Westf.), 18. Dezember. Das Wasser der Weser hat hier heute einen Stand von 5,51 Meter erreicht. Die Weser ist aus ihren Ufern getreten und hat die angrenzenden Wiesen überschwemmt. In letzter Nacht ist infolge des Hochwasserdrucks der Schutzdamm des Kanals, der die Abwässer aus der städtischen Kläranstalt in die Weser leitet, in einer Entfernung von einigen hundert Metern vor der Weser gebrochen und weggespült worden. Das Wasser aus dem Kanal hat die dort im Bau befindliche etwa 15 Meter tiefe Pumpstation für den Ems-Weser-Kanal vollständig überschwemmt. Der Unterhafen an der Weser ist gleichfalls überschwemmt. Ein Bockschiff ist gesunken. Der Schaden ist groß. Bei Vlotho ist das Gleis der Kleinbahn überspült, so daß die Bahn am Fluß nicht mehr verkehren kann. Wenn das Wasser noch weiter steigt, muß die Weserschiffahrt teilweise eingeschränkt werden, da die Schiffe unter den niedrigen Weserbrücken nicht mehr durchfahren können.

Zugentgleisung.

Bremen, 18. Dezember. (Amtliche Meldung.) In der Nähe von Bremen auf der Strecke von Osnabrück ist heute vormittag ein Güterzug entgleist. Der Zugführer ist unerheblich verletzt, sonst niemand vom Personal. Der Packwagen ist durch Brand erheblich beschädigt. Der Personenverkehr wird bis zur Beseitigung der Sperrung durch Umsteigen aufrecht erhalten. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Großfeuer in einer englischen Fabrik.

Nottingham, 18. Dezember. (W. T. B.) In der Schürzenfabrik von Perry brach heute früh Feuer aus. Der Schaden wird auf 60 000 bis 70 000 Pfund Sterling geschätzt. Mehrere hundert Arbeiter müssen feiern.

Explosionskatastrophe.

Bochnia (Galizien), 18. Dezember. Durch eine Benzinexplosion in einer hiesigen Drogerie wurden fünf Personen getötet und zwölf verletzt.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Ein korrumpierendes Wahlsystem.

Am Mittwoch, den 18. Dezember fanden die Proporzwahlen zum württembergischen Landtag statt. Zu den 75 Bezirksabgeordneten sind noch 17 Abgeordnete im Wege der Verhältniswahl hinzuzuwählen. Das Land wird zu dem Zweck in zwei Wahlkreise zerlegt. Der aus Neckar- und Jagstkreis zusammengesetzte Wahlbezirk wählte neun Abgeordnete, der andere, aus Donau- und Schwarzwaldkreis bestehende Wahlkreis 8 Abgeordnete. Die Parteistärke ist im Neckar-Jagstkreis: Sozialdemokratie 78 553 Stimmen, Volkspartei 37 093, Nationalliberale 40 190, Bauernbund 42 077, Zentrum 24 505. Im Donau-Schwarzwaldkreis erhielten die Parteien bei der Hauptwahl der Bezirksabgeordneten am 16. November dieses Jahres: Sozialdemokratie 37 950 Stimmen, Volkspartei 36 578, Nationalliberale 22 370, Bauernbund 18 746, Zentrum 65 715 Stimmen.

Diese Stimmenzahlen sind jedoch insofern ungenau, als das Wahlbündnis zwischen Volkspartei und Nationalliberalen im 1. Wahlgang, das Eintreten volksparteilicher Wähler für nationalliberale Kandidaten und umgekehrt, die Parteigrenzen verwischte. Das gleiche ist beim Bauernbund und Zentrum der Fall. Nach Angabe des führenden Zentrumsorgans, des „Deutschen Volksblatts“ in Stuttgart, hat das Zentrum schon im ersten Wahlgang 5—6000 Zentrumswähler zum Bauernbund abkommandiert, um dort, wo ein Sieg des Zentrums ausgeschlossen war, dem Bauernbündler den Weg zu ebnen.

Die Parteien rechnen damit, daß die Verteilung der Mandate die gleiche wie im Jahre 1906 sein wird: Sozialdemokratie 4, Volkspartei 4, Zentrum 4, Bauernbund 3, Nationalliberale 2 Mandate.

Die Sozialdemokratie ist von jeher energisch für die Verhältniswahl eingetreten, da dieses Wahlsystem auch die Minderheit zu ihrem Recht kommen läßt, zudem Wahlbündnisse, wie sie die Mehrheitswahl oft zur zwingenden Notwendigkeit macht, überflüssig erscheinen läßt. Das in Württemberg zur Anwendung gelangende System ist aber nichts weniger als ideal. Wohl macht es jenen Wahlvereinbarungen mit anderen Parteien samt ihren bisweilen korrumpierenden Begleiterscheinungen ein Ende; dafür aber hat es die Wahlkorruption in die Parteien selbst hineingetragen! Was sich zurzeit in den Parteien Württembergs — und zwar in allen Parteien — abspielt, ist einfach skandalös! Die mit dem württembergischen Wahlsystem nicht vertrauten Parteigenossen stehen den Vorgängen verständnislos gegenüber. Zu ihrer Information sei dieses Wahlsystem kurz gekennzeichnet.

Die Austeilung der Mandate erfolgt nach der Zahl der Stimmen, die auf die Parteien fallen. Die Verteilung wird nach dem sogenannten „belgischen Verfahren“ vorgenommen. Die auf jede Partei entfallenden Stimmenzahlen werden nebeneinander gestellt und dann der Reihe nach durch 1, 2, 3, 4, 5, 6 usw. geteilt. Die Mandate entfallen dann auf die Höchstzahlen. Wohlverstanden ist stets die wirkliche Wählerzahl zu teilen. An den Zahlen der Hauptwahl des Neckar- und Jagstkreises sei das Gesagte erläutert:

Sozialdem.	Volkspartei	Natl.	Bauernbund	Zentrum
78 553 (1)*)	37 093 (5)	40 190 (3)	42 077 (2)	24 505 (7)
39 276½ (4)	18 546½	20 095 (9)	21 038½ (8)	12 252½
26 184½ (6)	12 364½	13 396⅔	14 025⅔	8 168½
19 638¼	9 273¼	10 047½	10 517¼	6 126¼

Die Höchstzahlen sind 78 553 (Soz.), 42 077 (Bb.), 40 190 (Natl.), 39 276½ (Soz.), 37 093 (Vp.), 26 184½ (Soz.), 24 505 (Z.), 21 038½ (Bb.), 20 095 (Natl.). Der Sozialdemokratie würden also zufallen 3 Mandate, der Volkspartei 1, den Nationalliberalen 2, dem Bauernbund 2, dem Zentrum 1 Mandat. Um die bei dieser Berechnungsweise übrig bleibenden Reste vorteilhaft zu verwerten, können einander nahestehende Parteien ihre Listen „verbinden“, das heißt, die auf diese Parteien entfallenden Stimmen werden zunächst als einem Wahlvorschlag zugehörig behandelt. Die Stimmreste fallen dadurch zusammen, sie können größer sein als die Teilzahl einer gegnerischen Partei. Das Mandat fällt dann den „verbundenen“ Listen zu. Die Unterabteilung der Mandate, die den Parteien mit „verbundener Liste“ zugefallen sind, erfolgt dann in derselben Weise wie die Hauptzuteilung.

*) Die eingeklammerten Zahlen bezeichnen die Reihenfolge der Mandate. Die Sozialdemokratie erhielt also das 1., 4. und 6. Mandat, der Bauernbund das 2. und 8., die Nationalliberalen das 3. und 9., die Volkspartei das 5., das Zentrum das 7. Mandat.

Soweit so gut. Weniger gut ist jedoch das System der „freien Liste“. Das heißt, der Wähler ist wohl verpflichtet, sich an die Namen der rechtzeitig eingereichten und amtlich publizierten Wahlvorschläge zu halten, er braucht sich aber nicht an den Parteivorschlag halten, sondern kann seinen Stimmzettel mit Namen aller Parteien füllen.

Jeder Wähler des Neckar-Jagstkreises hat neun Stimmen, da neun Mandate zu besetzen sind. Der Wähler kann nun auf einen Stimmzettel Sozialdemokraten, Zentrumskandidaten, Volksparteiler, Nationalliberale und Bauernbündler, sogar noch „wilde“ Kandidaten nehmen. „Panachieren“, zu deutsch „mischen“ ist der fachtechnische Ausdruck dafür. Die den einzelnen Kandidaten zugewandten Stimmen werden dann dem Wahlvorschlag der Parteien zugezählt, erst in zweiter Linie den Kandidaten. Ein Sozialdemokrat, der „panachiert“, entzieht seiner Partei Stimmen und unterstützt den Gegner. Bestenfalls heben sich die Stimmen gegenseitig auf. Der Wähler hätte ruhig daheim bleiben können. Um jedoch Wähler anderer Parteien zum „Panachieren“ zu verleiten, greifen die Parteileitungen zu dem Mittel, bekannte Vertreter größerer Berufsgruppen, Geistliche, Lehrer, Beamte usw. auf ihren Wahlvorschlag zu nehmen, auch wenn diese Männer mit der Partei nur in loser oder in gar keiner Verbindung stehen. Damit nicht genug! Das Zentrum beklagt sich bitter, daß die Volkspartei in Zentrumsbezirken Stimmzettel verbreite, die am Kopf Namen bekannter Zentrumskandidaten tragen, denen dann die Namen volksparteilicher Kandidaten folgen. Das konservative Organ beschuldigt einen auf dem nationalliberalen Wahlvorschlag genannten Stadtpfarrer, er lasse durch seinen evangelischen Arbeiterverein Stimmzettel verbreiten, auf dem als Lockvogel auch ein dem Zentrum nahestehender volksparteilicher Kandidat prange. Weiter gehts nicht mehr.

Das Allerbedenklichste am württembergischen Wahlsystem ist jedoch die Freiheit des Wählers, einzelne Kandidaten dadurch zu bevorzugen, daß er ihnen bis zu drei Stimmen gibt und dafür andere Kandidaten streicht. Wie bemerkt, wird die Zahl der Mandate nach der Stimmenzahl bemessen, die auf die einzelnen Parteien entfällt. Ist die Stimmenzahl der Kandidaten des Wahlvorschlags der Partei die gleiche, so sind die auf dem Wahlvorschlag zuerst genannten gewählt. Ist die Stimmenzahl ungleich, so sind die mit den höchsten Stimmenzahlen ausgezeichneten Männer erkoren. Die Folge ist ein Kampf der Kandidaten und ihrer Anhänger innerhalb der Partei! Die Partei selber wird korrumpiert. Das abschreckendste Beispiel boten die Stuttgarter Gemeinderatswahlen im Jahre 1911. Die Gemeindewahlen in Württemberg in Städten mit über 10 000 Einwohnern werden nach demselben System vorgenommen. Der Wähler genießt sogar noch größere Freiheit. Er ist nicht einmal an die Kandidaten der amtlich veröffentlichten Wahlvorschläge gebunden, sondern kann auch auf eigene Faust „Kandidaten“ machen, die auf keinem Wahlvorschlag stehen. Um die von der Partei mit den höchsten Stimmenzahlen aufgestellten Kandidaten zu Fall zu bringen, wurden damals in Stuttgart von unbekannter Seite Stimmzettel in Zehntausenden von Exemplaren verbreitet, auf denen die an letzter Stelle stehenden Kandidaten zum Teil dreimal „kumuliert“, die anderen Kandidaten gestrichen waren. Der Trick gelang auch, die Minderheit der Wähler zwang der Mehrheit ihre Kandidaten auf. Die Stadt Stuttgart wählte auch ihre sechs Landtagsabgeordneten in der Hauptwahl im Wege des Proporzes, und zwar nach demselben System, das jetzt beim Landesproporz zur Anwendung gelangt. Um solche Vorkommnisse wie bei der Gemeinderatswahl im Jahre 1911 wenn irgend möglich zu verhindern, hatte die Parteileitung Stuttgart im Einvernehmen mit dem Kreisvorstand und dem Parteivorstand in Berlin vereinbart, daß sämtliche Kandidatenvorschläge den Parteigenossen zur Urwahl unterbreitet, die mit den höchsten Stimmenzahlen gewählten Kandidaten auf den Wahlvorschlag der Partei genommen, eine offizielle Bevorzugung einzelner Kandidaten nicht vorgenommen werden solle. Auch die mit den höchsten Stimmenzahlen aufgestellten Kandidaten sollten auf den Stimmzetteln nur eine Stimme erhalten, um es so den Wählern frei zu stellen, wen sie an die erste Stelle setzen wollten. Damit glaubte man jeden Anlaß zu Vorgängen wie bei der Gemeindeersatzwahl 1911 aus dem Weg geräumt zu haben. Trotz alledem wurde am Tage vor der Hauptwahl, am 15. November, die Stadt abermals mit „sozialdemokratischen“ Stimmzetteln überschwemmt, auf denen von den sechs sozialdemokratischen Kandidaten drei mit je 2 Stimmen bedacht, die anderen drei gestrichen waren. Diesmal mißglückte aber das Manöver. Die Mehrzahl der Parteigenossen, durch die Vorgänge bei der vorjährigen Wahl gewitzigt, kumulierte auf eigene Faust entgegen den gefälschten Stimmzetteln. Die drei mit den höchsten Stimmenzahlen aufgestellten Kandidaten wurden gewählt. Der einzige Erfolg des Wahlmanövers war, daß sich die Reihenfolge umkehrte.

Jetzt bei den Landesproporzwahlen herrscht ein Durcheinander und eine Verwirrung, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Bürgerliche Kandidaten reisen im Lande herum, um die engeren Freunde zum „Kumulieren“ ihres Namens zu veranlassen und die Parteifreunde, die mit ihnen auf demselben Wahlvorschlag stehen, herunterzureißen. Einzelne Berufsgruppen fordern öffentlich auf, „ihren“ Kandidaten mit 2 oder 3 Stimmen zu bedenken, die anderen Kandidaten zu streichen. Die Sozialdemokratie hat von einer offiziellen Kumulierung einzelner Kandidaten abgesehen. Von Vertretern der Konsumvereine wird nun durch Rundschreiben aufgefordert, den auf unserm Wahlvorschlag genannten Sekretär des Verbandes württembergischer Konsumvereine, Reichstagsabgeordneten Feuerstein 3 Stimmen zuzuwenden. Der unpolitische Wirtsverein fordert in großen Inseraten zur Kumulierung des Genossen Sämann, ihres Berufskollegen, auf. Zirkulare werden versandt, in Inseraten bürgerlicher Zeitungen machen „Parteigenossen“ für bestimmte sozialdemokratische Kandidaten Stimmung; in einem Oberamt werden, wie die „Tagwacht“ berichtet und zugleich rügt, Stimmzettel verbreitet, auf denen der in der Hauptwahl gefallene und auf den Proporzzettel übernommene Bezirkskandidat dreimal „kumuliert“ ist. Zwei andere Parteigenossen sind dafür vom Zettel verschwunden!

Noch toller geht es bei den bürgerlichen Parteien zu. Dort wird gleich offiziell geschwindelt. „Offiziell“ wird angeblich kein Kandidat bevorzugt. Um aber dem Zettel größere Anziehungskraft zu verleihen, ist in den einzelnen Bezirken der dem Bezirk angehörige Kandidat kumuliert, der von der Parteileitung gewünschte Mann desgleichen. Im anderen Bezirk ist der oben erwähnte Bezirksgünstling verschwunden, die einheimische Bezirksgröße bevorzugt — neben dem offiziellen Günstling. Die Stimmenhäufung der Bezirksgrößen in den einzelnen Bezirken, scheinbar ein Entgegenkommen gegen den Bezirk, hebt sich gegenseitig auf. Was der Kandidat in dem einen Bezirk gewinnt, verliert er in dem anderen. Der von der Zentrale Ausgezeichnete, der in allen Bezirken bevorzugt wird, hat die beste Aussicht, über seine Konkurrenten zu siegen.

Das jetzige Wahlsystem schlägt den Parteien selbst die schwersten Wunden. Eine politische Korruption schlimmster Art reißt ein. Der Wille der Parteimehrheit wird gefälscht, die freiwillige Disziplin, ohne die eine Partei auf die Dauer nicht leben kann, wird vernichtet. Das kann so nicht weitergehen. Jede Partei, die auf Geschlossenheit und Disziplin hält, muß sich gegen dieses korrumpierende Wahlsystem wenden. Alle Parteien leiden darunter. Die Volkspartei hat ihre besten Männer vom Stuttgarter Rathaus verschwinden sehen, weil andere es besser verstanden, das Wahlsystem für sich auszunützen. Bei der diesjährigen Bürgerausschußwahl in Stuttgart fiel der Wortführer des Zentrums; eine politische Null überflügelte

Kleines Feuilleton.

Der deutsche Kinokongreß setzte am Mittwoch seine Verhandlungen fort. Besonderes Interesse erregte die Vorführung des Reichspostfilms, der den Weg eines Briefes von seiner Auslieferung bis zum Abtragen durch den Briefträger zeigt. Ferner wurde die neue Frankaturmaschine gezeigt, die bei unfrankierten Massenablieferungen in Funktion tritt und in einem Zeitraum von einer Minute Tausende von Kuverts mit dem Poststempel versieht. Sodann wurde ein Film vorgeführt, der die Zahnpflege in den Berliner Gemeindeschulen zeigt.

Von besonderer Bedeutung erwiesen sich die neuesten Forschungen auf dem Gebiete der Kinematographie, die der Frankfurter Privatdozent Dr. Seddig dem Kongreß bekannt gab. Hier handelt es sich um eine neue kinematographische Aufnahmemethode äußerst kurz dauernder lichtschwacher Erscheinungen. Man ist dazu übergegangen, den elektrischen Funken, der bei der Entladung einer Leydener Flasche entsteht, und der etwa ein millionstel Sekunde dauert, für diese Zwecke zu verwenden. Mit dessen Hilfe ist es gelungen, von einem sich rasch bewegenden Objekt Aufnahmen machen zu können bis zur Dauer von einer hunderttausendstel Sekunde.

Ueber die Beziehungen zwischen Schule und Kinematographie sprach Rektor Lemke-Storkow. Er will, daß die Schüler vormittags während der Schulzeit unter Beteiligung der Lehrer Kinotheater besuchen. So werden die Besitzer leicht die von der Polizei für Kinder geforderten Sonderaufführungen arrangieren können. Behandelt werden sollen vor allem Gebiete der Geographie, Geschichte und Naturwissenschaft. Die Lehrer haben die Films zu erklären, da das Kinopersonal dazu nicht imstande ist. Die Lehrer sollen aber auch in die Kinotechnik eingeführt werden, damit das Lichtbild in die kleinste Dorfschule eindringen kann. Das Schulkino, das in den französischen Schulen bereits in weitestem Umfange verwertet wird, macht den Kinotheatern keine Konkurrenz, aber es erzieht zum guten Geschmack. Die akademische Jugend sollte es als ihre Aufgabe betrachten, dem Volke wissenschaftliche Films zu erklären.

Die Höhenleistungen der Flugmaschinen. Die neue Höhenleistung, die Garros kürzlich in Tunis aufgestellt hat, bildet eine stolze Wegmarke auf dem Triumphzug, den die Flugmaschine in den letzten fünf Jahren zurückgelegt hat. Im Jahre 1908 wurde zum erstenmal mit einem Flugzeug eine Höhe von hundert Metern erreicht; am Ende des Jahres 1909 konnte die Flugkunst bereits 453 Meter nachweisen und im Jahre 1910 kam dann der gewaltige Sprung von 453 auf 3100 Meter. Das Jahr 1911 verbesserte diese Leistung wiederum um 850 Meter, und als am Ende des vergangenen Jahres die stolze Höhe 3950 Meter erreicht war, glaubten Skeptiker, daß nunmehr die äußerste Grenze jener Höhen erreicht sei, zu denen ein Mensch mit einer Flugmaschine sich erheben könne. Aber am 17. Dezember dieses Jahres stieg Legagneux 5450 Meter und nun, noch vor dem Jahreswechsel, hat Garros auch dieses Ziel übertrumpft und 5600 Meter erreicht. Unmittelbar nach der Landung wurde der Flieger nach seinen Eindrücken befragt und er berichtete: „Dieser Flug war entsetzlich anstrengend. Die Atmosphäre war vollkommen ruhig, auch nicht ein Windhauch war zu verspüren und der Apparat hielt sich nur schwer in den Höhen. Unter anderen Umständen hätte ich vielleicht noch höher emporsteigen können, unter Kälte habe ich nicht zu leiden gehabt. Die niedrigste Temperatur ging nicht über 11 Grad Celsius unter Null hinaus.

Amerikanischer Kunstluxus. Angesichts der vielbesprochenen Abwanderung europäischer Kunstschätze nach Amerika, dürfen die Zahlen, die über den Ausfuhrhandel des Zolljahres 1911/12 kürzlich veröffentlicht wurden, Anspruch auf Beachtung machen. Danach wurden in genannter Zeit Kunstgegenstände im deklarierten Werte von genau 144 Millionen Mark nach den Vereinigten Staaten eingeführt; eine Summe, die die der vorjährigen Einfuhr um rund 54 Millionen Mark übersteigt. Von diesen 144 Millionen entfallen auf Frankreich allein 68 Millionen Mark. Ihm zunächst steht unter den europäischen Lieferanten, die die Neue Welt mit Kunstwerken versorgen, England mit einem Verkaufswert von 60 Millionen Mark. Was Deutschland und Italien anbetrifft, so haben sie den amerikanischen Multimillionären nicht mehr als Werte von 4,8, beziehungsweise 3,1 Millionen Mark abgetreten. Man hat im übrigen konstatiert, daß sich seit mehreren Jahren die Aufmerksamkeit der amerikanischen Liebhaber im steigenden Grade den alten Werken, Gemälden, Skulpturen und Möbeln zuwendet, während die Erzeugnisse des modernen Kunstschaffens mehr und mehr in Mißkredit geraten. Sie figurieren denn auch in der Gesamtsumme der Ausfuhr des letzten Jahres nur mit dem Betrage von knapp 4 Millionen Mark.

14 000 Meteorsteine. Dr. Foote hat im „Americal Journal of Science einen vorläufigen Bericht über einen Schauer von Meteorsteinen erstattet, der am 19. Juli in einer einsamen Gegend des Staates Arizona niederging. Es ist gelungen, von diesem meteorischen Regen mehr als 14 000 einzelne Stücke zu sammeln, die insgesamt etwa 481 Pfund wogen. Das schwerste unter ihnen hatte etwa 18 Pfund Gewicht, aber 8000 waren winzige Stückchen von weniger als einem Gramm. Sie sind sämtlich Bruchstücke eines großen Meteoriten, der mit lautem Knall, dessen Geräusch wenigstens eine halbe Minute hörbar war, zersprang und seine Trümmer über eine Fläche von 5 Kilometer Länge und etwa einen Kilometer Breite ausstreute. Nach der flüchtigen Untersuchung bestand das Gestein zu etwa 4 Proz. aus Nickeleisen und zum ganzen Rest aus Kieselsäure.

Musik.

Die Neueinstudierung von C. M. Webers „Oberon“ im Deutschen Opernhaus erinnert an traurige Züge aus der Geschichte der dramatischen Musik. Weber hatte erst mit seinem „Freischütz“ den großen nationalen Treffer gemacht und dann mit seiner „Euryanthe“ ein eigentliches Musikdrama angestrebt, doch nicht erreicht. Nun war er in innerer und äußerer Not, gab sich dem Wunsch der Engländer nach einer abwechselungsreichen Ausstattungsoper hin und ließ sich den „Oberon“ abringen. Eine geflickte Feenzauberposse und Blechheldenkomödie übergoß er, ohne irgendwie mehr nach dramatischem Atem zu ringen, mit einem Ueberreichtum an Melodien, die noch die alte markige Kraft des „deutschesten“ Komponisten zeigen.

Nun gibt es nicht wenig vor-Wagnersche Opern, die bei durchdringender Darstellung und Bearbeitung nahezu auf moderne Höhe gebracht werden können. Webers letztes Hauptwerk gehört keineswegs zu ihnen; ihm hilft nichts mehr über seinen feststehenden Eindruck hinaus. Und trotzdem gab sich Direktor G. Hartmann mit einer Neubearbeitung mannigfache Mühe. Die vielen Verwandlungen verband er durch Zwischenaktstücke aus Bruchstücken Weberscher Musik. Hilft auch nichts; es ist doch zu sehr „Potpourri“, und die Aufbaugeräusche von der Bühne her stören da mehr als in richtigen Pausen. Im übrigen kann man's dem Direktor nicht verdenken, daß er reichliche Ausstattung gab und muß es in den Kauf nehmen, daß dabei manche Geister- und Wolkenszenerie ins Komische ging.

Die Singkunst gedieh wieder fast ausnahmslos gut. Neu war uns vor allem Henriette Gottlieb als Rezia; wäre nicht im Forte der Höhe einiges Grelle, so würden wir eine vollendete Sängerin vor uns haben, die überdies in die sehr papierne Figur viel Temperament hineinlegt, nur leider häufig in die falsche Richtung hineinsingt. Eleanor Painter überraschte uns, obwohl wir sie schon vom Cherubin im „Figaro“ her kennen, durch ihre lebensvolle, gut kindliche Darstellung der Fatime und durch eine liebliche Mezzosopran- oder eher schon Altstimme. Von den Tenoren ist A. Kirchner als Hüon wiederholt hervorzuheben: der uns neue Bariton J. Bilk gab sich sorgfältige Mühe, als Scherasmin dem Possenton auszuweichen. Die Hartmannsche Bearbeitung verzichtete auf einen Ersatz der vielen Sprechpartien durch Rezitation, die doch auch zum „Oberon“ bereits nachkomponiert und hier und da verwendet worden sind. Die Sprecher gaben sich aber ebenfalls Mühe, so die uns neue Lisa Metzger als Puck. Hervorhebung verdient auch die Kapellmeisterleistung von E. Mörike; schon daß er die „abgedroschene“ Ouvertüre einigermaßen neu erscheinen ließ, unter anderem durch langsamere Zeitmaße, war trotz des typischen Vortönens der Bläser erfreulich. Und schließlich trug der Chor das seinige dazu bei, daß man mit dem Abend zufrieden sein kann.

ez.

Notizen.

— **Ein Liebling der Zensur.** Hans Hyans Posse „Schlossermaxe“, die Direktor Ritter für das Luisentheater zur Uraufführung erworben hat, ist von der Zensur verboten worden. Gegen dies Verbot, das „aus ordnungs- und sittenpolizeilichen Gründen“ erfolgte, hat die Direktion Beschwerde erhoben. — Es ist selbstverständlich reiner Zufall, daß die Zensur so unbequeme Leute wie Hyan besonders unter die Lupe nimmt. Bekanntlich ist auch sein letzter großer Roman verboten.

— **Der erste Intendant von Breslau.** Aus dem heißen Rennen um den neuen Intendantenposten des Breslauer Stadttheaters ist ein Outsider als Sieger hervorgegangen: der Oberregisseur des Schauspiels in Frankfurt a. M. Woldemar Runge. Eine kurze Zeit im Jahre 1900 hat er schon einmal an dieser Stätte gewirkt.

ihn. Selbst die offizielle Stimmenhäufung mit zwei Stimmen hatte ihn nicht retten können, denn ein Konkurrent wurde von allerlei Gruppen und Grüppchen mit drei Stimmen kumuliert.

Will man nicht zum System der „gebundenen" Liste übergehen, das heißt nur die unveränderten Parteizettel gemäß den Wahlvorschlägen als gültig anerkennen, so mag man die einnamige Abstimmung wählen. Dieses System verpflichtet den Wähler zur Abgabe nur eines Namens des Parteiwahlvorschlags, er wählt damit aber die anderen Kandidaten gleich mit. Die Gesamtzahl der Stimmzettel einer Partei ist dann mit der Zahl der zu vergebenden Mandate zu multiplizieren. Gewählt sind die Kandidaten, deren Namen am meisten genannt wird. Damit ist einem Wahlschwindel am wirksamsten vorgebeugt und doch die Freiheit des Wählers gewahrt, ohne daß die Partei Schaden erleidet.

Die Partei kann wenig tun, um der Korrumpierung durch das jetzt geltende Wahlsystem entgegen zu wirken. Das am meisten erfolgversprechende Mittel ist die Aufstellung der Kandidaten durch Urwahl. Die diesjährigen Proporzkandidaten wurden nominiert durch eine Konferenz, zusammengesetzt aus dem Landesvorstand, dem Landesausschuß, den Vorsitzenden der Kreisvereine und den gewählten Bezirksabgeordneten. Die Auswahl der Kandidaten durch diese Konferenz hat in Parteikreisen vielfach böses Blut gemacht. Alle bekannten Vertreter der radikalen Richtung wurden ausgemerzt, wohl weil man befürchtete, daß diese am sichersten gewählt worden wären. Von den 78 000 sozialdemokratischen Wählern des Neckar-Jagstkreises sind 30 000 in Stuttgart-Stadt und Amt ansäßig, im ersten württembergischen Reichstagswahlkreis. Von den neun Kandidaturen des Landeswahlkreises wurde ihnen keine einzige zugebilligt. Hingegen nahm man die von der Stuttgarter Parteimehrheit abgelehnten Kandidaten auf den Proporzzettel. Daß etliche Kandidaten anderer Bezirke in Stuttgart ihren Wohnsitz haben, macht die Brüskierung der Mehrheit der Stuttgarter Genossen nicht besser. All solchen Mißhelligkeiten würde vorgebeugt, wenn man die Aufstellung der Proporzkandidaten nicht einem kleinen Kreis Auserwählter überläßt, sondern den Parteigenossen die Auswahl zugesteht, vielleicht in der Weise, daß man das Ländchen in vier Wahlkreise zerlegt, jedem Wahlkreis soviel Kandidaten zubilligt, wie ihm gemäß der Zahl der organisierten Parteigenossen zustehen, und diese dann durch Urwahl aufstellen läßt. Dann steht hinter den Kandidaten der Wille der Parteimehrheit, und alle unlauteren Manöver besonderer Gruppen und Grüppchen wären zum mindesten sehr erschwert.

Aus Industrie und Handel.

Blutiges Gold.

Die Goldproduktion Transvaals ist in den letzten Jahren mächtig angestiegen. Der Ausbeutewert belief sich 1908 auf bald 30 Millionen Pfund Sterling (rund 600 Millionen Mark), er stieg 1911 auf fast 35 Millionen Pfund Sterling und hat in allen Monaten des Jahres 1912 bisher noch eine bedeutende Steigerung erfahren. Nur ein Wermutstropfen fällt in den Goldregen: Man kann den Arbeiterbedarf nicht in „ausreichendem Maße" decken. In den Transvaal-Goldminen waren Ende November dieses Jahres 186 881 Arbeiter beschäftigt, in ihrer gewaltigen Majorität eingeborene Farbige. Die Verwendung von Chinesen ist von der Regierung derart eingeschränkt, daß nun nur noch einzelne „Söhne des Reiches der Mitte" in den Minen tätig sind, gegen noch fast 15 000 vor vier Jahren.

Die Erschwerung der Arbeiterzufuhr wird, abgesehen von den sonstigen abschreckenden Uebelständen, schon begreiflich, wenn man aus den nun für 1910 vorliegenden Jahresberichten der Transvaal-Mineninspektion ersieht, welcher ungeheuerliche Raubbau mit Menschenleben in den Transvaalgruben im Schwange ist. In den Goldminen waren beschäftigt:

	Arbeiter	davon Weiße	farbige Eingeborene	Chinesen
1909:	183 656	9 136	112 533	4 275
1910:	203 023	10 527	127 276	—

Es waren danach im November 1912 fast 17 000 Arbeiter weniger beschäftigt wie 1910. Dennoch ist die Goldausbeute enorm gestiegen. Das kennzeichnet eine sehr verstärkte Ausbeutung der Arbeiter. Wie rücksichtslos sie schon in früheren Jahren war, geht aus der offiziellen Unfallzählung hervor. Allein in den zwei Jahren 1909 und 1910 sind in den Transvaal-Goldminen getötet worden 174 weiße, 1743 farbige Arbeiter und 32 Chinesen, zusammen 1949 Menschen! Um auch dem Laien einen klaren Begriff von der menschenmörderischen Ausbeutungsmethode in den Transvaalminen zu verschaffen, vergleichen wir ihre Unfallziffer mit der gleichzeitigen im Steinkohlenbergbau Deutschlands, der mit seiner hohen Verunglückungszahl den englischen, französischen, belgischen und österreichischen übertrifft. Der Vergleich ergibt folgendes:

	Deutscher Steinkohlenbergbau	Transvaal-Goldminen
Durchschnittliche Arbeiterzahl 1909/1910	614 079	193 830
„ Todesziffer „ „	1 329	974
Pro 1000 Arbeiter getötet „ „	2,16	5,04

Weit mehr als doppelt soviel Menschen wie in dem sehr unfallreichen deutschen Steinkohlenbergbau verunglücken in den Goldgruben Transvaals. Dabei sind die natürlichen Betriebsgefahren in den Kohlengruben am höchsten! Man kann die fürchterlich hohe Zahl der Tötungen in den Transvaalgoldminen nicht mit der minderwertigen Qualität der überwiegend farbigen Arbeiter erklären. In den Kohlen- und in den Diamantgruben Transvaals ist der farbige Arbeiter noch vorherrschender wie in den Goldminen. Dennoch verunglückten 1910 auf 1000 Transvaalarbeiter in den Diamantgruben 2,93, in den Kohlengruben 3,52, in den Goldminen aber 4,53! Auch das beweist, daß die kapitalistische Profitsucht am menschenmörderischsten in den Goldgruben wütet. Darum auch die fast ständigen Klagen über Arbeitermangel. Auch die Farbigen wollen sich nicht mehr ohne große Not dem profitrasenden Kapitalismus zum Opfer bieten. Die Minenkönige sind die eigentlichen Herrscher des Landes. Ihrem Golddurst muß sich alles beugen, die Arbeiterschutzbestimmungen stehen nur auf dem Papier. Ueber Tausende von Arbeiterleichen geht die Jagd nach dem Golde.

Aus der Frauenbewegung.

Die Invalidenversicherung der Hausangestellten.

Die Durchführung der Invalidenversicherung läßt im allgemeinen deshalb viel zu wünschen übrig, weil die Beitragsentrichtung durch Einkleben von Beitragsmarken in die Quittungskarten durch die Arbeitgeber zu geschehen hat, worüber nur eine beschränkte Kontrolle möglich ist. In ganz besonderem Maße mangelhaft wird aber die Versicherung von den Dienstherrschaften hinsichtlich der von diesen beschäftigten Hausangestellten durchgeführt. So teilt die Versicherungsanstalt Berlin mit, daß sie im Jahre 1911 durch ihre Kontrollbeamten 8828 Haushaltungen mit 5277 versicherungspflichtigen Personen revidiert hat. Dabei stellte sich heraus, daß bei 3456 Personen (also rund zwei Drittel) die Versicherung entweder überhaupt nicht oder in ungenügender Weise durchgeführt wurde! Die festgestellten Beitragsrückstände beliefen sich allein auf 7883 M. Das verhältnismäßig gleiche Resultat hatte die Kontrolle der Haushaltungen in Halle a. S. und in allen anderen Großstädten.

Die Hausangestellten haben selbstverständlich ein großes Interesse daran, daß sie in der richtigen Weise versichert werden. Richten sich doch die Leistungen, welche die Versicherung bietet, nach der Zahl und der Klasse der geleisteten Beiträge. Die Hausangestellten tun daher gut, sich in Zweifelsfällen ihre Invalidenkarte von der Dienstherrschaft geben zu lassen und zu prüfen oder beim zuständigen Versicherungsamt oder Arbeitersekretariat zur Prüfung vorzulegen.

Soziales.

Tauscht die Quittungskarten rechtzeitig um!

Ein Leser teilt uns unter Bezugnahme auf unseren Artikel „Das Erlöschen der Anwartschaft" mit, auf einem Berliner Polizeibureau sei ihm mitgeteilt, die Karte brauche erst in vier Jahren umgetauscht zu werden. Die Polizeiauskunft ist falsch. Spätestens in zwei Jahren, vom Ausstellungstag ab gerechnet, sind die Quittungskarten umzutauschen. Der Berliner Polizeipräsident täte besser, seine Beamten mit richtigen Informationen über die Versicherungsgesetzgebung zu versehen, als das Vereinsrecht der Feuerwehrleute zu beeinträchtigen, Schießerlasse zu produzieren und dem Gebrauch der ausländischen Sprache für Reden gegen den Krieg sich zu widersetzen. Den Versicherten ist aber dringend anzuraten, **rechtzeitig** — innerhalb zwei Jahren — umzutauschen, damit sie nicht Rechte verlieren; die Polizei ist nicht berechtigt, den Umtausch abzulehnen.

Krankenkasse und vertragsbrüchiger Arzt.

Der praktische Arzt Dr. G. in Berlin hatte sich gegenüber dem **Krankenkassenverband der Stadt Bocholt** zur Zeit des Aerztestreiks durch Vertrag vom 15. Juli 1910 verpflichtet, gegen ein festes Jahresgehalt von 10 000 M. auf die Dauer von acht Jahren in Bocholt als Kassenarzt einzutreten. Dr. G. hat die Stelle in Bocholt nicht angetreten. Der Krankenkassenverband verlangt deshalb Zahlung der für diesen Fall vereinbarten Vertragsstrafe von 12 000 M. Der Beklagte macht (neben anderen Einwendungen) geltend: er habe einen **wichtigen Grund** zur fristlosen Kündigung des Vertrages; er habe sich nämlich gegenüber dem Leipziger Aerzteverband durch Ehrenwort verpflichtet, dem Verband nicht in den Rücken zu fallen, und weiter seien zwei der vom Kläger während des Streiks angestellten Aerzte, mit denen er hätte verkehren müssen, sowohl in sittlicher als auch in wissenschaftlicher Beziehung minderwertig.

Das Landgericht und Kammergericht in Berlin erkannten **zugunsten des Krankenkassenverbandes:** der **Klageanspruch** wurde **dem Grunde nach für gerechtfertigt** erklärt. Das Kammergericht führt hierzu in seinen Entscheidungsgründen aus: Der Beklagte kann sich **nicht** zur Rechtfertigung der sofortigen Kündigung auf sein dem Leipziger Verband gegebenes **Ehrenwort** berufen, nachdem er dieses selbst durch den Abschluß des Vertrages gebrochen hatte. Die Behauptung des Beklagten, daß er sich über die Bedeutung des Vertrags und die in Bocholt herrschenden Verhältnisse erst später klar geworden sei, greift nicht durch. Auch darauf kann sich der Beklagte nicht berufen, daß ihm eine Ueberlastung mit ärztlichen Arbeiten gedroht habe, weil die Patienten die angeblich minderwertigen Aerzte bald meiden würden. Wäre eine Ueberlastung eingetreten, so hätte der Beklagte erst den Kläger veranlassen müssen, für Abhilfe zu sorgen; es ist auch anzunehmen, daß solchenfalls die Aufsichtsbehörde eingreifen würde. Erst wenn das nicht geholfen hätte, würde eventuell ein wichtiger Grund zur Kündigung für den Kläger vorgelegen haben. Dem Beklagten ist aber auch bewußt gewesen, daß er sich um eine sogenannte Streikarztstelle bewarb und daß nicht gerade die tüchtigsten und einwandfreiesten Aerzte solche Stellen innehaben. Sollte sich der Beklagte vor Abschluß des Vertrags nicht über die Bocholter Verhältnisse erkundigt haben, so hat er damit gezeigt, daß er auf die Persönlichkeiten der Aerzte, mit denen er zusammenarbeiten würde, kein Gewicht legte. Ein wichtiger Grund zur Kündigung des Vertrags liegt also nicht vor.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil des Kammergerichts am Dienstag bestätigt und die **Revision** des Beklagten **zurückgewiesen.** (Aktenzeichen: III. 212/12.)

Kann der Arzt nicht zahlen, so ist der Mugdanesenverband wegen Verleitung zum Vertragsbruch haftbar.

Gerichts-Zeitung.

Landfriedensbruch wegen Verhöhnung durch Schlächter.

Die Fleischkrawalle auf dem Wedding, bei welchen es bekanntlich zu der Erstürmung des Morgensternschen Fleischergeschäfts in der Schererstraße gekommen, hatten gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsrats **Zimbal** ein gerichtliches Nachspiel.

Wegen **Landfriedensbruchs** mit dem erschwerenden Umstande einer **Plünderung** waren angeklagt: der 17jährige Gelegenheitsarbeiter Paul **Wölcki**, der 18jährige Arbeiter Paul **Pfeiffer** und der 17jährige Arbeiter Hermann **Gehloff**. — Nachdem im Oktober d. J. von der Stadtgemeinde Berlin beschlossen worden war, zur Linderung der Fleischnot russisches Fleisch einzuführen, hatten mehrere Schlächtermeister ihre anfängliche Zusage, das russische Fleisch zu verkaufen, später zurückgezogen und das auf den Bahnhöfen lagernde Fleisch nicht abgeholt. Als dann infolge der Bekanntmachungen des Magistrats Tausende von Hausfrauen in die Markthallen strömten, um dort billiges Fleisch zu kaufen, kam es zu den seinerzeit mitgeteilten erregten Szenen, da nur ganz geringe Mengen russisches Fleisch vorhanden waren. Hinzu kam noch, daß mehrere Schlächter den Frauen zuriefen: **„Freßt doch Hunde und Katzen!"** Diese höhnenden Zurufe riefen unter den Frauen eine maßlose Erregung hervor; sie stürmten die Stände der betreffenden Fleischer, rissen die Würste und Fleischstücke herunter und zertraten sie mit den Füßen. Dieser Erregungszustand setzte sich auf der Straße fort und als eine Frau äußerte: „Bei **Morgenstern** ist ja noch Fleisch genug," stürzten Hunderte von Frauen von diesem vielleicht ganz anders gemeinten Rufe wie elektrisiert unter Johlen und Schreien nach der Schererstraße, um sich hier unter Drohrufen vor dem Morgensternschen Geschäft anzusammeln. Im Nu waren Tausende von Menschen versammelt, die noch fortwährend durch Zuzug junger Leute verstärkten wurden. Der **Geschäftsführer Stiller** des Morgensternschen Geschäfts war schon vorher von dem Herannahen der Menschenmenge benachrichtigt worden. Er schloß schleunigst die Ladentüren und ließ die anwesenden Kunden durch den Hinterausgang hinaus. In demselben Augenblick prasselte auch schon ein **Steinhagel gegen die Fensterscheiben,** die mit lautem Getöse in Trümmer gingen. Als Stiller selbst von einem Stein getroffen wurde, bewaffnete er sich mit einem **Revolver,** mit dem er, wie er vor Gericht bekundete, jeden niedergeschossen hätte, der in den Laden selbst gekommen wäre. Die Menschenmenge stürzte sich auf die in den Schaufenstern liegenden Würste und Fleischstücke, die teils in den mitgebrachten Taschen verschwanden, teils als Wurfgeschosse dienten.

Die drei Angeklagten, die in der vordersten Reihe standen, entwendeten ebenfalls mehrere Wurststücke. Da alle drei noch jugendlich sind, fand die Verhandlung vor der Strafkammer statt, während sonst bei Landfriedensbruch mit gleichzeitiger Plünderung nur das Schwurgericht zuständig ist. Da bei jenem Krawall auch zahlreiche Sistierungen erwachsener Personen vorgenommen worden waren, hat sich demnächst auch das Schwurgericht mit diesem Vorfall zu beschäftigen.

Staatsanwalt Dr. **Weyermann** beantragte mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen sehr schweren, die öffentliche Sicherheit gefährdenden Exzeß handele, gegen **Wölcki** 1 Jahr, gegen Pfeiffer 7 Monate und gegen Gehloff 6 Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen **Wölcki auf 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis,** gegen **Pfeiffer auf 6 Monate** und gegen **Gehloff auf 6 Wochen Gefängnis.**

Die eigentlich Schuldigen sind nicht die von der Staatsanwaltschaft Angeklagten, sondern die Schlächter, die die Abnahme des Fleisches vertragswidrig ablehnten und die Not des Volkes verhöhnten. Ist es dem Staatsanwalt unmöglich, diese anzuklagen? Die exorbitant hohen Strafen gegen die Opfer der Machinationen von Schlächtern widersprechen dem Rechtsgefühl.

Wie das Zentrum terrorisiert.

Der **Hofbuchhändler B. in Neunkirchen in Württemberg** hat sich im Jahre 1890 eine **Druckerei** eingerichtet und dann auch **eine Zeitung herausgegeben:** den „Allgäuer Geschäftsanzeiger", der vom 1. Februar 1899 ab wöchentlich einmal erschien. Dagegen wandte sich die Firma R. u. Co. in ihrem **Zentrumsblatt** und **warnte vor einer farblosen Presse.** Als der Kläger entgegnete, wurde auch die **katholische Geistlichkeit** in den Kampf hineingezogen, die sich in einem Schreiben an den Kläger **gegen die neue Zeitungsgründung** unter anderem wie folgt aussprach: „Wir mißbilligen das Erscheinen des „Allgäuer Anzeiger" und bitten, das Erscheinen Ihrer Zeitung einzustellen, da wir sonst Stellung gegen Sie nehmen müßten." Das Ende der Streitigkeiten bildete ein **Vertrag** zwischen dem Kläger und der Beklagten. In diesem Vertrag mußte der Kläger hauptsächlich die **Verpflichtung** eingehen, sich in seinem Anzeiger **in keiner Weise mit Politik zu befassen,** auch nicht mit geschäftlicher Politik. Die Zeitung sollte wöchentlich nur einmal erscheinen. Bei jeder Zuwiderhandlung sollte eine **Vertragsstrafe von 25 000 M.** fällig werden.

Diesen Vertrag hat der Kläger mit Erfolg als gegen die guten Sitten verstoßend (§ 138 B. G.-B.) **angefochten.** Das schwäbische **Landgericht Hall** wies die Klage ab. Das **Oberlandesgericht Stuttgart** und am Dienstag das **Reichsgericht** haben den **Vertrag für nichtig erklärt** und die Verpflichtungen des Klägers wegen Verstoßes gegen die guten Sitten aufgehoben. Aus den vom Reichsgericht gebilligten **Entscheidungsgründen** des Oberlandesgerichts ist folgendes mitzuteilen: Zwar können Zweck und Beweggründe des Vertrages nicht mißbilligt werden, wohl aber gibt der **Inhalt des Vertrages zu schweren Bedenken Anlaß.** Der Vertrag muß als sehr drückend erscheinen. Die Verpflichtungen, die Zeitung wöchentlich nur einmal erscheinen zu lassen und niemals eine politische Richtung zu unterstützen, sind von großer Tragweite. **Besonders die auf die Politik sich beziehende Verpflichtung stellt eine für ewige Zeiten in Betracht kommende Beschränkung dar.** Auch kann man unter geschäftlicher Politik alle möglichen Fragen verstehen. Die Verfolgung vaterländischer Bestrebungen jeder Art können gleichfalls sehr oft unter die politischen Bestrebungen gerechnet werden; eine **Umgrenzung ist hier äußerst schwierig.** Allerdings soll die Vertragsstrafe nur bei einer absichtlichen Zuwiderhandlung verfallen. Doch schließt diese Bestimmung nicht aus, daß der Kläger schon wegen ganz geringer Verfehlungen in Anspruch genommen werden kann. Berücksichtigt man dazu noch die Art und Weise der Vertragsschließung, wobei in Betracht kommt, daß der Kläger sich in einer **drückenden Lage** befunden hat und die Gegenpartei durch die Geistlichkeit ihren Einfluß geltend machte, so muß man aus dem Gesamtcharakter des Vertrages einen Verstoß gegen die guten Sitten entnehmen.

Aus aller Welt.

Blutiger Polizeikampf mit einer Räuberbande.

Wie ein Telegramm aus St. Bonifacio (Norditalien) meldet, ist die dortige Polizei dem berüchtigten Räuberhauptmann Paoli auf die Spur gekommen. Die Polizisten versuchten, ihn mit seinen Banditen in einer Grotte in der Umgebung von Borgo, wo die Verbrecher sich verschanzt hatten, zu fangen und hatten dort einen überaus heftigen Kampf zu bestehen. Die Banditen eröffneten aus der Grotte heraus ein lebhaftes Gewehrfeuer auf die Polizeimannschaften, das von diesen erwidert wurde. Der Kommandant der Gendarmerie Fauchi wurde durch einen Schuß in die Brust getötet, drei weitere Beamte schwer verletzt. Es gelang der Gendarmerie nicht, an die Verbrecher heranzukommen. Eine Artillerieabteilung befindet sich bereits auf dem Wege nach der Grotte, um diese samt den Banditen in die Luft zu sprengen.

Ein Bruder des Papstes als Unterstützungsbedürftiger.

Wie der römische „Messaggero" meldet, hat das italienische Postministerium dem Postagenten Angelo Sarto eine Gratifikation von 175 Lire zukommen lassen, für deren Gewährung die lange Dienstzeit des alten Beamten und seine wirtschaftlich bedrängte Lage ausschlaggebend war. Der notleidende alte Mann ist — ein Bruder des Papstes! Und er muß beim Ministerium um eine Geldunterstützung einkommen! Sollte wirklich von den persönlichen Einkünften des Papstes nicht so viel abfallen, um den leiblichen Bruder im Alter vor Not und Demütigung zu schützen? Wo es zu Diners reicht, wie das war, das den Kardinälen nach dem Dezemberkonsistorium gegeben wurde, sollte es da nicht auch zu Geldunterstützung für den alten Bruder reichen? Was die Gratifikation für langjährige Dienste eingebracht hat, das würde ja kaum für die Bezahlung eines Kuverts zum Mahl der Kardinäle hinlangen!

Kleine Notizen.

Geglückter Fernflug über das Mittelländische Meer. Der Flieger Garros ist, von Tunesien kommend, nach glücklicher Fahrt über das Mittelländische Meer am Mittwochmittag über Marsala eingetroffen, wo er wegen einer Panne niedergehen mußte. Nachdem er wieder aufgestiegen war, passierte er um 2 Uhr nachmittags Trapani in nordöstlicher Richtung.

Schweres Bauunglück. Beim Abbruch eines Fabrikgebäudes in den Kruppwerken in Essen stürzte eine Wand ein, wodurch drei Arbeiter verschüttet wurden. Alle drei konnten schwerverletzt geborgen werden. Auf dem Transport ins Hospital erlag einer seinen Verletzungen, während die beiden anderen mit dem Leben davonkommen dürften.

Tödlicher Unfall bei einem Torpedomanöver. Auf dem schwedischen Panzerschiff „Thule" ereignete sich Mittwoch nachmittag bei der Abwehr eines fingierten Torpedoangriffs durch vorzeitiges Losgehen des Schusses einer 15 Zentimeter-Kanone ein schweres Unglück. Ein Mann wurde getötet. Zwei Matrosen wurden an den Augen verletzt. Die im Turm sich aufhaltenden Mannschaften erlitten mehr oder weniger schwere Brandwunden.

Schwerer Automobilunfall. Bei einem Automobilunfall in der Nähe von Antwerpen wurde Baron von Zuylen getötet. Zwei Damen, darunter eine Hofdame der Prinzessin Clementine, und Leutnant Baron Goffinet wurden schwer verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. K. 100 und A. B. 88. Transportarbeiterverband Engelufer 15. — **K. L. 18.** Ja, das geht sehr leicht, nur haben Sie damit noch lange nicht die Quadratur des Zirkels gelöst. — **M. Z. 20.** Liebhaberwerke lassen sich nicht so ohne weiteres bestimmen. — **M. J. 10.** Solche Vereine gibt es. Deren Adressen sind uns aber nicht bekannt. Sehen Sie im Adreßbuch nach. — **F. M. 30.** 1. Anmeldung nicht erforderlich. Gewerbesteuer nicht, aber verschiedene andere Steuern. 2. Die amtlichen Nachschlagewerke geben nur Berlin als Standort an. — **R. 32.** Seit 1905.

— **H. W. M. H.** 1. 40 000 M. 2. Gütertrennung, jedoch Verwaltungsgemeinschaft und Mißbrauchsrecht des Ehemannes. — **A. S. 100.** 1. Fragen des gesellschaftlichen Taktes können wir im Briefkasten nicht behandeln. 2. Die Hälfte. — **R. 39.** 1. Nein. 2. Nein. Geschieht das dennoch, so können sich die Kinder beim Vormundschaftsgericht beschweren. — **B. 37. Alter Abonnent.** Wenn die behauptete Bedingung nachgewiesen werden kann, erscheint eine Klage auf Vertragslösung aussichtsvoll. — **„Petri-Heil" Havelstipper.** Ihre Auffassung ist zutreffend. — **J. 110.** Sie haben die Uebersendungspflicht. — **M. P. 79.** 1. Ja. 2. Bei dem Gericht, in dessen Bezirk der Spediteur seinen Wohnsitz hat. 3. Falls Sie den Prozeß selber führen, kommen nur die Gerichtskosten in Frage, die etwa 25 M. ausmachen würden. — **R. K. 75.** Der etwa 20 M. wöchentlich übersteigende Lohnbetrag. — **L. K. 20.** Die Kosten können Sie nicht erstattet verlangen. — **F. S. 1000.** Das Gewerbegericht ist zuständig. — **K. B. 100.** In Grünberg. — **Stockholm.** 1. Ja. 2. Minister des Innern. 3. Deutscher Arbeiterverein, Brüssel, Maison du Peuple, Rue Joseph Stevens 17. — **W. M. W. 200.** 1. Nein. 2. Ja. — **W. K. 41.** Halten wir nicht für notwendig, zur Vermeidung von Streitigkeiten aber für zweckmäßig. 2. Nur dann, wenn das Mädchen überwiegend mit den Arbeiten für den Gewerbebetrieb beschäftigt wird. — **O. D.** Mit Rücksicht auf die Höhe der Kosten bei einem Prozeß im Ausland empfiehlt es sich, die Rückkehr abzuwarten. Ein Schuldtitel, der zu der Zeit erwirkt wird, wo der Schuldner seiner Militärpflicht genügt, hat ebenfalls Rechtswirkung. — **F. 19.** Mit Vollendung des 16. Lebensjahres. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, für die zurückliegende Zeit bis zu zwei Jahren nachzukleben. — **B. 21.** Nein. Es kommt, sofern nichts anderes vereinbart ist, die sechswöchentliche Kündigung zum Quartalsende in Betracht. Diese Frist kann bis auf 1 Monat durch Vereinbarung gekürzt werden. — **O. P. 6.** Wenn kein Testament vorliegt, Kind drei Viertel, Sie ein Viertel. — **A. T.** Ja.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreis
Bezirk 414.
Es starb unser Mitglied, Genosse
Otto Sasse
Maler, Greifswalder Str. 158.
Die Beerdigung findet statt am Freitagnachmittag 3 Uhr vom Trauerhause aus nach dem Bartholomäus-Kirchhof in Weißensee.
Um rege Beteiligung ersucht
196/1 **Der Vorstand.**

Verband der Maler, Lackierer etc.
Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler
Otto Sasse
(Bezirk Nordost)
am 17. Dezember verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Greifswalderstr. 158 aus, nach dem Bartholomäus-Kirchhof in Weißensee statt.
Um rege Beteiligung ersucht
131/3 **Die Ortsverwaltung**

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe
(Deutscher Senefelder-Bund).
Am 15. Dezember verstarb unser Mitglied, der Lithograph
R. Churfürst
im Alter von 38 Jahren an einem Lungenleiden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Park-Friedhofes, Groß-Lichterfelde-West (Karstenstraße) aus statt. 101/2

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Friedrich Engelmann
am 13. d. Mts. im Alter von 68 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
69/13 **Die Bezirksverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, Frau
Anna Fischöder
Emserstr. 73/74 (14. Bezirk) verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeindefriedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
239/11 **Der Vorstand.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Nachruf.
Am Sonnabend, den 14. d. M. ist unser Mitglied
Willi Werner
verstorben.
Ehre seinem Andenken!
58/13 **Die Ortsverwaltung.**

Ortskrankenkasse der Stadt Schöneberg.
Die Amtsdauer der Vorstandsmitglieder sowie der Generalversammlungsvertreter ist durch Beschluß des Bundesrats bis zum 31. Dezember 1913 bezw. 30. Juni 1914 verlängert worden. Die Wahlen der Generalversammlungsvertreter, welche satzungsgemäß in diesem Jahre stattzufinden haben würden, fallen aus obigem Grunde aus. 284/20
Berlin-Schöneberg, den 18. Dezember 1912.
Der Vorstand.

Billige Weihnachts-Aepfel
Molkenmarkt 7/8
Gr. Frankfurter Str. 55
Voltastr. 20. 10960*

VERA
3 Pfg-Cigarette
Josetti

Pelzwaren
Fabrik und Lager von Stolas, Krawatten, Muffen, Pelzjacken, Pelzen, Kindergarnituren usw.
Nur reelle Ware, von der einfachsten bis zur elegantesten. — Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Sonntags geöffnet.
F. Kalman, Kürschnermstr
nur Kommandantenstr. 15, I. Et., b. d. Beuthstr.
Tel.: Zentrum 3917. Gegr. 1894.

21 Gegründet 1864 21
Pelzwaren.
Engros—Export.
S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21
Ordonnanzhaus.
Kein Laden! II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigst. Preisen.
Pelz-Stolas Muffen
Chick garnierte **Damenpelzhüte** federleicht.
Reparaturen sauber und billig.
Sonntag geöffnet.
Bitte genau auf Hausnummer 21 zu achten.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

LILY BRAUN
DIE LIEBESBRIEFE DER MARQUISE
Einband und Titelblatt von WALTER TIEMANN
Geheftet 5 M., gebunden 6 M. 50 Pf.
Liebhaber-Ausgabe 30 Mark

SELMA LAGERLÖF
DER FUHRMANN DES TODES
ERZÄHLUNG – SOEBEN ERSCHIENEN
Geheftet 2 Mark, gebunden 3 Mark

GESAMMELTE WERKE IN 10 BÄNDEN
Mit einem Bild der Dichterin von CARL LARSSON
Einband von ALPHONS WOELFLE
In zehn Leinenbänden 35 Mark
In zehn Halbfranzbänden 50 Mark

MUTTERSCHAFT
EIN SAMMELWERK FÜR DIE PROBLEME DES WEIBES ALS MUTTER
In Verbindung mit 52 Mitarbeitern herausgegeben von
ADELE SCHREIBER
Einleitung von LILY BRAUN
XXIV, 822 Seiten Gr.-8°. Mit 371 Abbildungen, darunter 17 Tafeln
Geheftet 20 M., gebunden 25 M.

Zu beziehen durch die meisten Buchhandlungen oder direkt von
ALBERT LANGEN, VERLAG MÜNCHEN

Phänomen Club 3₰ — German life 4₰ — Odaliska 5₰
Cigaretten
Phänomen

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.

Weihnachtsvergnügen

Freitag, den 27. Dezember 1912 (3. Weihnachtsfeiertag) im großen Saal der Neuen Welt, Hasenheide 108—114.

Mitwirkende:

Frau Anni Sander (Vortragskünstlerin), Frl. Maria Forescu (Operettensängerin), Frl. Eleonore Rangabé und Erich Gernsdorff (Duette und Lieder), Heinrich Schröder, Heinz Sander. Künstlerische Leitung: Hofopernsänger Eugen Wolff. Musik: Berl. Sinfonie-Orchester (Dirigent Maximilian Fischer).

Eröffnung 5 Uhr. Eintrittskarte 50 Pf. Anfang 5½ Uhr.

Nach der Vorstellung: **Ball** bei zwei Orchestern bis 6 Uhr.

Rauchen bis zur Beendigung der Vorstellung nicht gestattet.

92/11 **Das Komitee.**

Musikinstrumenten-Arbeiter

Freitag, den 27. Dezember 1912 (dritter Weihnachtsfeiertag), im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, im großen Saal und den Nebensälen:

Großes Weihnachtsvergnügen

Konzert ausgef. v. Neuen Berliner Tonkünstler-Orchester Dirigent Franz Hollfelder.

Ulk-Trio. Nach den Konzertaufführungen: **Tanz.**

Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Im unteren Saal 1 beginnt d. Tanz um 6 Uhr.

Von 8 Uhr an im Saal 5 für die Kinder: **Kasperle-Theater.**

Billetts inklusive Tanz a 50 Pfennig.

Billetts sind zu haben bei den Vertrauensleuten der Betriebe und in folgenden Zahlstellen: Bieberstein, Adalbertstr. 59; Werkmann, Große Frankfurter Str. 16; Lerche, Gleimstr. 70; Groß, Neukölln, Münchener Str. 53.

92/19 **Die Branchenleitung.**

Eile zu Weile
Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S. 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz, Hochbahn Kottbuser Tor.
1000 Pelzstolas
Schals, Colliers, Muffen aus prima —Felle— offeriere ich infolge günstiger Abschlüsse zu **hervorrag. billig. Preisen.**
Echt Skunks-Stola von 35 M. an.
Nerzmurmel-Stola von 13,50 M. an mit Köpfen und Schweifen.
Alaska-Fuchs-Imitation 7,50 M.
Marder, Nerz, Persianer, Oppossum, Biber, Iltis etc. in allen modernen Formen stets am Lager.
Bitte genau auf die Firma **Eile zu Weile** Dresdener Str. 119 zu achten!
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort — für den bezeichneten Preis. —
Eigene Kürschnerei.
Reparaturen gut, schnell, billigst.
Sonntags geöffnet.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Eilt! Gelegenheitskauf!
Vorortbaustelle, netto Bauland an gepflasterter Straße event. mit Fischereigerechtigkeit für die Hypothek (4350,—) zu verkaufen. Offerten unt. Ta J. 3162 beförd. Rudolf Mosse, Berlin, Tauentzienstr. 9. 291/12

Uhren- u. Goldwaren-Spezialgeschäft
Auf Theilzahlung
bei klein. Anzahl erhalten Sie Uhren, Ketten, Ringe, Geschenke etc.
M. Caspari, Turmstraße 16, Laden.

Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge, Smokings, Fracks a. Seide 30-70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.
Sonntag geöffn. v. 8-10 u. 12-8 Uhr

Günstiges
Weihnachts-Angebot
in **Garderobe** für Herren, für Damen, für Kinder **auf Kredit**
Anzahlung nach Uebereinkunft
mit bequemer Abzahlung.
Ferner empfehle:
Portieren, Teppiche, **Gardinen,** Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Pelzgarnituren.
Möbel Komplette Wohnungs-Einrichtungen, Einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, Farbige Küchen, Kleinmöbel etc. etc. bei kleinster An- und Abzahlung.
S. DORN Weinmeisterstr. 9, Ecke Alte Schönhauser Strasse
Sonntags von 8—10 u. 12—8 Uhr, Wochentags bis 9 Uhr geöffnet.

Jeder Käufer erhält ein

schönes Geschenk

Zum Weihnachtsfest!

Herren-Anzüge
Herren-Ulster
Herren-Paletots
Knaben- und Jünglings-Garderobe
Schuhwaren
Schirme, Wäsche
Kinder-, Mädchenkleider, Anzüge u. Paletots

Möbel
jeder Art, besonders einzelne Ersatzstücke
Kleinmöbel
beliebte Geschenke
Trumeaus
Vertikos
Teppiche
Gardinen

Damen-Kostüme
Damen-Paletots
Damen-Ulster
Blusen, Röcke
Leib- und Bettwäsche
Manufakturwaren jeder Art
Schuhwaren
Schirme

Anzahlung... von M. 5.— an,
Wochenraten von M. 1.— an.

Grosse Posten Herren- und Damen-Ulster, sowie Pelzstolas und Muffen
unter Preis!

Kleinste Anzahlung! Grösste Auswahl!
Kleinste Raten! Grösste Kulanz!

Richard Krumbeck
154 Frankfurter Allee 154
Ecke Niederbarnimstrasse

Garbáty
Cigaretten

Königin von SABA
Garantiert Handarbeit

Die Gasgesellschaft

(Imperial-Continental-Gas-Association) Gitschiner Strasse 19

unterhält in ihren nachstehend verzeichneten Verkaufsstellen alle den modernsten Anforderungen der Gasverwertung entsprechenden Apparate in geschmackvollster Ausführung

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Kostenlose fachmännische Auskunft.

Berlin SW 68, Kochstr. 18, Tel Moritzpl 2609
Berlin C19, Scharrenstr. 11-13. Tel. Zentr. 5056
Schöneberg, Gleditschstr. 47. Tel. Lützow 7188
Schöneberg, Akazienstr. 28. Tel Kurfürst 6955
Steglitz, Schloßstrasse 121. Tel A. Stegl. 1016
Tempelhof, Berliner Str. 105. Tel. A. Tmph 504
Wilmersdorf, Berliner Str. 36. Tel. A. Plzb. 4080
Weissensee, Berliner Allee 241. Tel. A. Wsee. 13 u. 23
Nieder-Schönhausen, Beuthstr. 9. Tel. Pankow 171

Zum

Weihnachtsfest

sind warme Kleidungsstücke für Vater und Sohn das schönste Geschenk.
Wir stellen zum Verkauf: Getragene Herren-Paletots, Anzüge, Hosen, welche in feinsten Wollstoffen hergestellt, und für jede Figur passend auf Lager sind
Außerdem Gelegenheitskäufe in neuen Garderoben.

Herren-Paletots M. 8 12 18 etc.
Jackett-Anzüge M. 9 14 16 22
Herren-Ulster M. 10 14 18 22
Rock-Anzüge M. 12 16 20 24
Gehrock-Anzüge M. 18 22 26 32
Frack-, Smoking-Anzüge M. 22 26 28 34
Herren-Hosen M. 3 5 6 etc.

Verleihung von eleganten Frack- und Gesellschafts-Anzügen.

J. Wand.
Hauptgeschäft:
Gr. Frankfurter Str. 116,
an der Andreasstraße.
II. Geschäft:
Chausseestr. 89,
vis-à-vis der Liesenstraße.
Sonntag geöffnet von 12—2.

Auf Teilzahlung

Sprechmaschinen jeder Art
echte Menzenhauer Zithern, Geigen, Mandolinen, Gitarren.
M. Juhres Musik-Spezialgeschäfte
1. Geschäft: Brunnenstr. 117
2. „ Reinickendorfer Str. 107
3. „ Moabit, Gotzkowskystr. 31
4. „ Veteranenstr. 8.

Diese Woche!!
Diwandecken
extra billiger Verkauf!!

Buntpersische doppelseitige
Diwandecken
à M. 6,75—8,75 (bisher 10-15 M.)
einfachere Qualität 4.35 4.85

Bunte
Mokett-Plüsch-Diwandecken.
Moderne kleine Muster 18.75 (bisher 27 M.)
Mokett-Tischdecken 9.35 (bisher 15 M.)

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158

Der neue Katalog
mit bunten Teppichmustern
750 Abbildungen gratis u. fr.

Auch Sonntags
bis Weihnachten geöffnet.

Knaben- u. Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß
am billigsten und reellsten
in der Fabrik
Koppenstr. 85, part.
2 Minuten v. Schles. Bahnhof.
Karl Hustädt.
Herren-Garderobe n. Maß.

Spezialarzt
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke jeder Art, Ehrlich Hata-Kuren in
Dr. Homeyer u. Co. kong. Laborat. f. Blutuntersuchung., Fäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.
Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Simpli-Kakao als Hausgetränk

erheblich billiger als Kaffee!

50 Tassen Kakao = ½ Pfund = 60 Pfg.

Bei der herrschenden Teuerung ist **Kakao** das **rationellste** und **billigste** Hausgetränk. Kaffee ist im Preise fast unerschwinglich geworden. Simpli-Kakao ist nicht bloß billiger und ausgiebiger als Kaffee, sondern besitzt auch einen **hohen Nährwert** und trägt beim Genuß im Gegensatz zum Kaffee zur Sättigung wesentlich bei. **Kakao** ist dem Körper zuträglich, Kaffee schädigt ihn. **Simpli-Kakao** ist anerkannt gut, man hat ihn deshalb in vielen Kreisen als Hausgetränk eingeführt. **Simpli-Kakao** wird nur in **Originalpackung** zu ½ und 1/1 Pfund verkauft, in garantierter Original-Fabrikfüllung. Die Simpli-Fabrikate (auch Schokoladen, Pralinen, Katzenzungen usw.) werden in vollendeter Weise hergestellt von der Firma **„Sarotti" A.-G., Berlin.**

Man frage überall nach Simpli-Kakao!

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Grubenkatastrophe in Westfalen.

Wieder einmal wird die Welt erschüttert durch eine schwere Grubenkatastrophe, die 40—45 braven Bergarbeitern das Leben gekostet und zahlreiche Arbeiter zu Krüppeln geschlagen hat. Auf der dem Stumm-Konzern in Neunkirchen gehörenden Zeche Minister Achenbach bei Mengede ereignete sich Mittwochmorgen auf der dritten Sohle eine Schlagwetterexplosion, über deren Einzelheiten die nachfolgenden Telegramme informieren:

Dortmund, 18. Dezember. Eine schwere Schlagwetterexplosion ereignete sich heute morgen gegen 9 Uhr auf der dritten Sohle der Zeche Minister Achenbach in Mengede. Die Ursache der Katastrophe ist bisher nicht festgestellt worden. Das Unglück ereignete sich auf Revier 10. Auch Revier 11 wurde teilweise zerstört. In den ersten Nachmittagsstunden waren bereits 7 Tote und 15 Schwerverletzte geborgen. Von den letzteren starben noch zwei auf dem Transport nach dem Rambauer Krankenhaus. Sofort nach Bekanntwerden der Katastrophe wurden die Rettungsarbeiten in Angriff genommen. 25 Arbeiter befinden sich noch im Schacht hinter der zusammengebrochenen Strecke eingeschlossen. Ueber ihr Schicksal ist man völlig im unklaren und es dürfte von den Rettungskolonnen abhängen, ob es gelingt, die zerstörten Strecken wieder in Ordnung zu bringen und die Verschütteten zu bergen. Um 11 Uhr vormittags waren die Vertreter der Bergbehörden aus Dortmund auf dem Zechenplatze erschienen.

Mengede, 18. Dezember. Die 25 in der Grube Eingeschlossenen werden als verloren betrachtet, da es den Rettungsmannschaften nicht gelang, sie rechtzeitig zu bergen. Die Katastrophe hat daher insgesamt 37 Todesopfer gefordert, da außer den Eingeschlossenen zehn Tote zutage gefördert wurden, während zwei der Schwerverletzten auf dem Transport zum Krankenhause starben.

Dortmund, 18. Dezember. Wie die Verwaltung der Zeche Minister Achenbach mitteilt, waren bis 4 Uhr nachmittags 27 Tote geborgen. Es befinden sich noch einige in der Grube. Die Rettungsarbeiten dauern fort.

Dortmund, 18. Dezember. Um 5½ Uhr waren 37 Tote geborgen. Der Regierungspräsident v. Arnsberg weilte heute nachmittag an der Unfallstelle.

Mengede, 18. Dezember. Bis 7 Uhr abends waren 43 Tote und 13 Verletzte geborgen. Man nimmt an, daß vielleicht alle Verunglückten bis auf einen zu Tage gefördert sind.

Die Ursachen des entsetzlichen Unglücks, das über die Familien der Verunglückten eine Unsumme von Leid und Elend bringt, sind noch nicht aufgeklärt. Fest steht aber, daß weit über die Kreise der Bergarbeiter hinaus die Auffassung besteht, daß die Mehrzahl all dieser Katastrophen vermieden würde, wenn man endlich dem immer wiederholten Verlangen der Bergarbeiter nach wirklichem Arbeiterschutz Rechnung trüge. Aber stets noch haben sich die Interessenvertreter des Kapitals in den Parlamenten im Verein mit den Regierungen auf die Seite der Grubenkapitalisten geschlagen und die durchaus gerechtfertigten Forderungen abgelehnt. Den Grubenmagnaten erhöhte Profite, den Erzeugern des Mehrwerts erhöhte Unfallgefahr! Das ist die Parole der Hochkonjunktur im Bergbaubetriebe.

•

Noch ein Grubenunglück.

Duisburg, 18. Dezember. Auf der Zeche „Humboldt" verunglückten gestern abend vier Bergleute durch vorzeitiges Losgehen eines Schusses. Ein Bergmann war sofort tot, einer wurde tödlich verletzt, der dritte wurde lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus gebracht und der vierte kam mit leichten Verletzungen davon.

Berliner Nachrichten.

Zur Wahl eines Bildungs- und eines Jugendsekretärs

trat am Dienstag eine je zur Hälfte aus Vertretern der Partei und der Gewerkschaften bestehende Konferenz zusammen. Die Bewerbungen um beide Stellungen sind von einer Kommission geprüft worden. Für das Amt eines Sekretärs des Bezirksbildungsausschusses sind fünf Bewerbungen eingegangen. Die Kommission ist der Ansicht, daß keiner der Bewerber die für das Amt erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten in vollem Maße besitzt. Sie beansprucht, daß der Sekretär Verständnis für das geistige Niveau der Berliner Arbeiter besitzt, daß er Wesen und Mechanismus der Partei- und Gewerkschafts- sowie der ihnen nahestehenden Organisationen kennt, daß er auf dem Gebiete der sozialistischen Literatur und Theorie Bescheid weiß, über Allgemeinbildung und Kunstverständniß verfügt. Die Kommission schlug einen der Bewerber, der diesen Anforderungen am nächsten kommt, zur Wahl vor, stellte aber eventuell eine nochmalige Ausschreibung anheim. — Die Konferenz beschloß, daß der Posten nochmals ausgeschrieben wird.

Für das Amt eines Sekretärs der Jugendbewegung sind 18 Bewerbungen eingegangen. Die Kommission hat 4 Bewerber auf die Kandidatenliste gesetzt. — Ueber die Qualifikation dieser 4 Bewerber entstand eine lange Debatte. Schließlich wurde Weimann-Frankfurt mit 76 von 117 abgegebenen Stimmen gewählt. Zu seiner Empfehlung war angeführt, daß er mit Verständnis und Erfolg in der Dresdener Jugendbewegung tätig war und daß er als Auswärtiger gewissen Gegensätzen in der Berliner Jugendbewegung vollkommen neutral gegenüberstehe und deshalb auf allseitiges Vertrauen rechnen könne.

Die an kranken Waisenkindern vorgenommenen Schutzimpfungen mit einem Tuberkuloseheilmittel haben die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung veranlaßt, folgenden Antrag zu stellen: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, dafür zu sorgen, daß experimentelle Eingriffe an Insassen städtischer Anstalten nur unter Verantwortung der leitenden Aerzte und mit ausdrücklicher Einwilligung der Pfleglinge oder ihrer gesetzlichen Vertreter stattfinden.

Drei-Minuten-Verkehr auf der Hochbahn.

Die Auflösung des früheren Gleisdreiecks und der Ausbau des neuen Umsteigebahnhofes an dieser Stelle hat es der Hochbahngesellschaft ermöglicht, schon vor der Vollendung der geplanten Erweiterungslinie vom Gleisdreieck nach dem Westen eine dichtere Aufeinanderfolge der Züge einzuführen. Früher verkehrten die Züge in ungleichen Zeitabständen; dabei war noch die Erschwerung vorhanden, daß nicht jeder einfahrende Zug für jeden Fahrgast benutzbar war, weil die einzelnen Züge nach verschiedenen Zielen führen; dies ist durch den Wegfall der Verzweigungen am Gleisdreieck jetzt beseitigt. Die Zugfolge ist in den Hauptverkehrsstunden für die Hauptlinie Spittelmarkt—Wilhelmplatz, die Ostlinie und die Schöneberger Linie auf 3 Minuten verdichtet worden und zwar vorläufig für die Zeit von 6½ bis 9 Uhr vormittags, 1 bis 2 Uhr nachmittags und 4 bis 8½ Uhr abends. In den schwächeren Verkehrsstunden fahren die Züge in Abständen von 5 Minuten, doch wird die Gesellschaft die dichtere Zugfolge bei eintretendem Bedarf auch auf andere Stunden ausdehnen. — Zugleich mit der Verdichtung des Fahrplans soll für die Innehaltung pünktlicher Anschlüsse gesorgt werden. Auf den Anschlußstrecken, nämlich der Ostlinie und der Schöneberger Linie, ist der Zugverkehr so abgestimmt, daß der Fahrgast unter Berücksichtigung einer Uebergangszeit von etwa 1½ Minuten für die Ostlinie und etwa 2½ Minuten für die Schöneberger Linie auf der Hauptstrecke sogleich den Anschlußzug vorfindet; der von der Hauptstrecke kommende Reisende findet die Anschlußzüge der erwähnten beiden Seitenlinien abfahrbereit. Sämtliche vom Spittelmarkt kommenden Züge werden jetzt bis „Wilhelmplatz" in Charlottenburg durchgeführt, während früher eine Anzahl von Zügen ihr Ziel am Zoologischen Garten fand, so daß dort der nächste durchfahrende Zug abgewartet werden mußte. Die Westendzüge fahren in Abständen von 4½ und 5 Minuten.

Die beiden städtischen Straßenbahnlinien Virchow-Krankenhaus—Görlitzer Bahnhof und Stettiner Bahnhof—Görlitzer Bahnhof sind bis zum Hermannplatz in Neukölln verlängert worden. Der Betrieb auf dieser Verlängerungsstrecke vom Görlitzer Bahnhof—Hermannplatz wird am 20. d. Mts. morgens eröffnet.

Moderne Städtebaugrundsätze und das Ministerium.

Im Jahre 1907 haben die Berliner Architekten sich zu einem Ausschuß Groß-Berlin zusammengetan, um den Städtebau in Groß-Berlin im Sinne der Neuzeit zu fördern. Dieser Ausschuß veröffentlichte damals eine umfassende Denkschrift, die als eine bedeutungsvolle Publikation für die städtebauliche Entwickelung Berlins und seiner weiteren Umgebung angesprochen werden konnte. Nach der Denkschrift wird als erstrebenswertes Ziel bezeichnet: die Schaffung einheitlicher Bebauungspläne, Hauptverkehrsstraßen und Wasserstraßen. Bei der Bebauung sollen die Bauviertel nach Industrie-, Fabrik-, Geschäfts- und Wohnviertel (Mietshaus- und Landhausviertel) in Aussicht genommen werden. Größere Flächen sollen von der Bebauung freigehalten werden zur Schaffung eines Wald- und Wiesengürtels usw. Besonderer Wert wurde auf die Schaffung gesunder Wohnungen gelegt. Der Architektenausschuß „Groß-Berlin" wendete sich an die verschiedensten Behörden, städtische wie staatliche, um Förderung der neuzeitlichen Bestrebungen und erhielt auch allenthalben, auch im Ministerium, Beweise der Sympathie. Es ist bekannt, daß inzwischen der Zweckverband für Groß-Berlin ins Leben gerufen wurde, der unter anderem bei der Schaffung von Bebauungsplänen ein gewichtiges Wort mitzureden hat.

In der Stadt Berlin versuchte die städtische Tiefbaudeputation bei Aufstellung neuer Bebauungspläne die Fluchtlinie im Sinne des modernen Städtebaues festzusetzen. Das ist in der Weise möglich, daß möglichst wenig tiefe Baublocks geschaffen werden, die den Bau von Hinterhäusern und Seitenflügeln verhindern und eine gute Querdurchlüftung der Wohnungen gewährleisten.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, setzte die Tiefbaudeputation auf dem ehemaligen Borsigschen Gelände in Moabit Fluchtlinien fest und die Stadtverordnetenversammlung stimmte nach eingehender Beratung dieser Festsetzung zu. Das war aber nicht nach dem Geschmacke der Besitzer des Terrains, der Baugesellschaft Union. Die Leiter dieser Gesellschaft setzten alle Hebel in Bewegung, um die getroffene Fluchtlinienfestsetzung illusorisch zu machen und eine ihr beliebige Ausnutzung und Ausschlachtung der Terrains zu ermöglichen. Die Gesellschaft erhob beim Polizeipräsidium Einspruch gegen die von der Stadt getroffene Festsetzung, die noch der staatlichen Genehmigung bedurfte. Inzwischen hatte die Gesellschaft die städtischen Maßnahmen zu durchkreuzen versucht, daß sie Bauparzellen verkaufte und in einer Weise bebauen ließ, daß die Bauten in die neuen Fluchtlinien zu liegen kamen. Die Verzögerung der sofortigen Genehmigung der beantragten Baufluchtlinie durch die Aufsichtsbehörde nutzte die Gesellschaft weiter zu ihren Gunsten aus; sie erreichte durch ihren Einspruch, daß kürzlich im Ministerium in der Sache verhandelt wurde. Und sonderbar: Was man kaum glauben sollte: Die Chancen dieser Privatgesellschaft gegen die Stadt Berlin in diesem Fluchtlinienkreis scheinen durch den Vertreter des Ministeriums sehr steigen zu sollen. Die Gesellschaft Union versendet über die Verhandlungen folgende Mitteilungen an die Presse:

„In der Angelegenheit der Fluchtlinienfestsetzung für das Borsigsche Grundstück hat vor einigen Tagen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine Konferenz unter Teilnahme von Vertretern des Ministeriums, des Polizeipräsidiums, der Stadt Berlin und der Union Baugesellschaft auf Aktien stattgefunden.

Das Ergebnis der Verhandlungen war, der Anregung des Vertreters des Herrn Ministers entsprechend, eine Einigung der Beteiligten dahingehend, daß die projektierten Straßen in Fortfall kommen sollen, wenn die Union Baugesellschaft auf Aktien sich verpflichtet, auf den noch nicht verkauften Grundstücken keine Fabrikanlagen sondern nur Wohngebäude zu errichten und eine zwischen der Essener Straße und der Straße Alt-Moabit liegende Fläche von zirka 2000 Quadratmeter unbebaut, sowie auch an anderen Stellen noch Grünflächen von der Bebauung frei zu lassen.

Zu diesem Vergleichsvorschlage werden die Vertreter des Magistrats die Zustimmung der städtischen Körperschaften in Kürze einholen."

Soweit wir unterrichtet sind, stimmt die Angabe der Union nicht, wonach sie sich verpflichtet haben will, überhaupt keine Fabrikanlagen auf dem Gelände anzulegen. Es bleibt bedauerlich, daß die Union im Ministerium so viel Entgegenkommen gefunden hat, das es ihr ermöglicht, die von der Stadt geplante Anwendung moderner städtebaulicher Grundsätze zunichte zu machen. Man sollte meinen, daß das Ministerium die Pflicht hätte, die Gemeinde in ihrem Streben, eine gesunde Wohnungspolitik zu treiben, zu unterstützen, und nicht die Interessen einer Baugesellschaft zu fördern. Recht eigentümlich berührt bei dieser Angelegenheit die Tatsache, daß im Ministerium als Sachwalter der Union der Geheime Baurat Dr. Stübben aufgetreten ist, der im Architektenausschuß von Groß-Berlin sitzt und der sich die Förderung des modernen Städtebaues zur Aufgabe gemacht hat.

Herr Stübben als Vertreter der Baugesellschaft Union: das ist allerdings das sonderbarste, was wir auf diesem Gebiete erleben konnten.

Die Stadtverordneten-Ersatzwahl im 16. Gemeindewahlbezirk der 2. Abteilung, die gestern stattfand, hat mit dem Siege des Gelbgießermeisters Flügel geendet. Die feindlichen Brüder mit dem Fabrikbesitzer Schaul als waschechtesten Hausbesitzerkandidaten vereinigten 816 Stimmen auf ihren Kandidaten, während Herr Flügel 1296 Stimmen erhielt. Ob Schaul oder Flügel, ist für die Sache gleichgültig.

Als Helfer in der Not ist dem Stadtkämmerer in seinem Bestreben, für Berlin eine Biersteuer einzuführen, der Bund der Haus- und Grundbesitzer erstanden. Diese Hausagrarier haben, von dem Grundsatze ausgehend, andere Leute zu besteuern, dem Kämmerer eine Resolution übersandt, in der sie der Einführung einer Biersteuer zustimmen.

Die Herren Haus- und Grundbesitzer handeln da nach dem Sprichwort: Heiliger Florian, verschon mein Haus, zünd andre an!

Die Tiefbaudeputation hat beschlossen, infolge Einspruches der Gemeinde Weißensee und des Regierungspräsidenten in Potsdam den Bebauungsplan für das Gelände zwischen der Greifswalder Straße, Straße 32, Straße 31a und dem Weichbild Weißensee zu ändern und hierüber einen neuen Gemeindebeschluß herbeizuführen.

Wegen Diphtherie geschlossen. Die 156. Gemeindeschule in der Markusstraße ist gestern wegen Diphtherie bis zu den Weihnachtsferien geschlossen worden. Die notwendigen sanitären Maßnahmen sind sofort getroffen worden.

Todessturz eines Drachenfliegers.

Auf dem Tempelhofer Feld hat sich am Dienstagabend ein schwerer Unfall zugetragen. Bei einem Drachenaufstieg stürzte ein freiwilliger Passagier, der Karussellbesitzer Reißig aus der Hasenheide aus etwa 120 Meter Höhe zu Boden und zog sich schwere innere Verletzungen zu, an deren Folgen er wenige Stunden später verstarb. Ueber den Unfall, der zweifellos die Gerichte beschäftigen dürfte, erfahren wir folgendes:

Bei dem starken Wind hatten die beiden Erfinder zwei ihrer Roloplane zusammengekuppelt. Unter den Zuschauern befand sich auch der Karussellbesitzer Reißig aus Neukölln, der sich bereit erklärte, einen Aufstieg zu machen. Die beiden Drachen stiegen von dem Winde emporgetragen bis zu 300 Meter Höhe empor, als plötzlich in einer starken Bö der obere Roloplan sich losriß, eine Strecke weit über das Feld getragen wurde und dann zu Boden stürzte. Der untere Drachen, an dem sich das Traggestell mit dem Passagiersitz befand, schwankte stark hin und her und ging dann in anfangs flachem Winkel in einen Gleitflug über, der schließlich in zirka 150 Meter Höhe zum Sturz wurde. Mit rasender Schnelligkeit stürzte der Roloplan zu Boden und der Insasse wurde aus seinem Sitz auf das Feld hinausgeschleudert. Die zu Hilfe eilenden Zuschauer fanden ihn bewußtlos auf und schafften ihn nach dem Garnisonlazarett in Tempelhof, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde. Reißig wurde dann nach der Charité übergeführt, wo er im Laufe der Nacht an dem erlittenen Bruch der Wirbelsäule verstarb.

Die beiden Erfinder des sogenannten Roloplans, einer Art Kastendrachens, die Herren Weichert und Herbert, veranstalteten schon seit längerer Zeit auf dem Tempelhofer Felde Versuche mit dem von ihnen erfundenen Drachen. Der Roloplan, der ziemlich große Abmessungen besitzt und Tragflächen von insgesamt 10—12 Quadratmeter hat, wird genau so wie die Drachen der Kinder, lediglich durch die Kraft des Windes emporgehoben. Derartige Versuche sind schon seit längerer Zeit in England, Frankreich und Rußland von den Militärverwaltungen gemacht worden und zu wissenschaftlichen Zwecken, zur Hebung von Meßinstrumenten usw. finden diese gefesselten Drachen in der ganzen Welt, in den sogenannten Drachenstationen, wie Lindenberg, Hamburg, Friedrichshafen, Rostock usw. Verwendung. Schon im Kriege 1870/71 fanden die Drachen als Beobachtungsposten Verwendung und in neuerer Zeit wurden namentlich von Santos Dumont und anderen Konstrukteuren in Paris Versuche angestellt, Personen durch derartige Drachen in die Luft zu heben. Nachdem jedoch einige schweren Unfälle vorgekommen waren, wurden die Versuche eingestellt. Auch die beiden Erfinder des Roloplans scheinen sich über die Gefahren, die dem Passagier eines solchen Drachens bei einem Aufstieg drohen, nicht vollkommen klar gewesen zu sein, da sie sonst wohl kaum das Leben anderer Leute in einer derart leichtsinnigen Weise aufs Spiel gesetzt hätten. Der Roloplan auf dem Tempelhofer Feld hat bereits eine ganze Reihe von Aufstiegen hinter sich, bei denen Zuschauer unentgeltlich in die Luft stiegen und die sämtlich glatt verliefen. Das glückliche Gelingen eines solchen Aufstiegs ist jedoch in erster Reihe von der Festigkeit und Tragkraft des Drachens, dann aber noch von der Stärke des Windes abhängig. Eine plötzlich eintretende Flaute, die Bildung eines Windloches, eines absteigenden Wirbels, den selbst die Flieger mit ihren Maschinen sehr zu fürchten haben, wird dem Drachen, den weder Motorkraft in der Schwebe hält, noch irgendwelche Steuerung zur Verfügung steht, die einen Gleitflug ermöglicht, verderblich. Bei dem Aufstieg am Dienstag hatten die Erfinder zwei ihrer Drachen zusammengekuppelt, um die Tragkraft zu erhöhen. Diese Einrichtung ist an und für sich schon nicht einwandsfrei. Dann aber scheint die Befestigung des Hilfsdrachens nicht korrekt gewesen zu sein, da sich der zweite Roloplan in größerer Höhe von dem ersten losgerissen hat. Bei dem Sturz aus 100 Meter Höhe konnte der unglückliche Passagier auch nicht das geringste zu seiner Rettung tun.

Eine Vermißtensuche,

bei der wieder mal die Mitwirkung der Behörden in sonderbarem Licht erscheint, wird uns aus dem Wedding-Stadtteil bekannt.

Der in der Kameruner Straße wohnende Arbeiter Rakow kehrte an einem Sonnabend von seiner Arbeitsstätte nicht nach Hause zurück, so daß seine Frau am Sonntag durch einen Sohn die Polizei benachrichtigte. Da der Mann verschwunden blieb, ging Frau Rakow am darauf folgenden Dienstag selber zur Polizei und machte Angaben über die Kleidung des Vermißten, über besondere Kennzeichen usw. Nachdem wieder zwei Tage verstrichen waren, kam am Donnerstag zu Frau Rakow ein Krankenwärter und überbrachte ihr aus dem Virchow-Krankenhaus eine vom vorhergehenden Tage datierte Zuschrift. Aus ihr ersah sie, daß ihr Mann am Sonnabend im Virchow-Krankenhause aufgenommen und dort am Dienstag gegen 10 Uhr abends gestorben war. Am Sonnabend etwa um 10 Uhr vormittags hatte ihn ein Auto, während er über die Putlitzbrücke radelte, überfahren und so schwer verletzt, daß der Autoführer selber ihn sofort nach dem Virchow-Krankenhause brachte.

Der Krankenwärter übergab der Witwe auch einen bei dem Verletzten vorgefundenen Zettel, durch den ein Steuererheber Hansen meldete, daß er bei Rakow (dessen Namen er auf dem Zettel angegeben hatte) die Steuern habe holen wollen, ihn aber nicht zu Hause angetroffen habe. Den Zettel sowie einen Betrag von 15 M. hatte Rakow zu sich gesteckt, weil er selber die Steuern nach der Annahmestelle bringen wollte. Vom Krankenhause aus hätte man mit Hilfe dieses Zettels, obwohl keine Wohnung darauf angegeben war, sehr bald die Persönlichkeit des Verletzten feststellen können. Man begreift nicht, warum in den vier Tagen von Sonnabend bis Dienstag das nicht möglich gewesen sein sollte. Als der Wärter diesen Zettel der Frau Rakow überreichte, sah sie auf diesen einen

erst später hinzugefügten Vermerk, der ihres Mannes genaue Personalien (auch Wohnung, Geburtsdatum usw.) nannte. Die Personalien sollen ermittelt worden sein mit Hilfe einer beim Verletzten gefundenen Radfahrerkarte. Frau Rakow verstand die Mitteilungen des Wärters dahin, daß man zunächst nach der auf der Karte angegebenen früheren Wohnung Rakows gegangen sei und erst dann die jetzige Wohnung erfahren habe.

Wann diese Versuche, die Angehörigen des Verletzten aufzufinden und zu benachrichtigen begonnen haben, darüber ist nichts bekannt. Auch darüber schwebt Dunkel, was die Polizei unternommen hat, um den Vermißten aufzufinden. Ein besonderes Kunststück wars wohl kaum gewesen, ihn im Virchow-Krankenhaus zu entdecken. Wann mag übrigens die Polizei von dem Unfall, durch den Rakow zu schaden gekommen war, Kenntnis erhalten haben? Wir dürfen nicht erwarten, daß die Behörden, die bei dieser Vermißtensuche mitzuwirken hatten, sich äußern werden. Eine öffentliche Aufklärung wäre gewiß sehr zu wünschen, aber nach früheren Erfahrungen rechnen wir nicht auf eine solche. Ein magerer Trost ist es, sich da zu sagen: „Keine Antwort ist auch eine Antwort". Aus solchen Vorkommnissen möge man die Lehre ziehen, daß man bei Vermißtensuchen sich nicht lediglich auf Behörden verlassen soll.

Die Witwe hat nachträglich noch der Polizei gemeldet, daß sie ihres Mannes Portemonnaie samt Geld und zwei Lotterielosen nicht zurückerhalten habe. Rakow müsse die mitgenommenen 15 Mark noch bei sich gehabt haben, da die Steuern noch nicht bezahlt seien. Wir vermuten, daß die Verwaltung des Virchow-Krankenhauses das Geld einbehalten hat, um den Anspruch auf Kostendeckung zu sichern. In diesem Punkte entwickeln Krankenhausbureaus einen Eifer, der nichts zu wünschen übrig läßt. Trifft unsere Vermutung zu, so wird die Witwe das Geld zurückhalten müssen, da ja der Verstorbene in einer Krankenkasse war. Im Krankenhaus hat allerdings die Witwe bei Abholung der Sachen auf ihre Frage nach dem Portemonnaie nur die kurze Antwort erhalten, es sei keins da.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am Dienstagabend gegen 1/2 10 Uhr an der Ecke der Neuen König- und Linienstraße zugetragen. Dort wollte ein Viehtransportwagen der Firma Engel, Möllendorffstraße 2 in Lichtenberg, unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 80 das Gleis kreuzen. Der Straßenbahnführer bremste zwar beim Erkennen der Gefahr mit aller Kraft, doch konnte er den Zusammenstoß nicht mehr verhüten. Der Anprall erfolgte mit solcher Wucht, daß der Kutscher Otto Wagener von seinem Sitz geschleudert wurde und besinnungslos auf dem Straßenbahnpflaster liegen blieb. Der Verunglückte, der eine schwere Gehirnerschütterung und anscheinend auch innere Verletzungen erlitten hatte, fand im Krankenhaus Friedrichshain Aufnahme.

Aufgeklärt ist der Leichenfund an der Lutherbrücke, über den wir berichteten. Die Vermutung, daß die Tote ein 19 Jahre altes Dienstmädchen Martha Krüger aus Eberswalde sei, hat sich bestätigt. Der Dienstherr, in dessen Familie die Vermißte beschäftigt war, hat diese in der Leiche bestimmt wieder erkannt.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Mannschaftswagen der Feuerwehr und einem Straßenbahnwagen ereignete sich am gestrigen Mittwochvormittag an der Ecke der Bülow- und Frobenstraße. Ein Mannschaftswagen der Berliner Feuerwehr, der in scharfem Tempo aus der Frobenstraße kam, wollte kurz vor dem Motorwagen 2952 der Linie 69 die Gleise kreuzen, wurde jedoch vom Vorderperron des Straßenbahnwagens erfaßt und heftig angefahren. Der Kutscher des Gefährtes namens Böhlmann erlitt leichte Verletzungen an beiden Händen, der Feuerwehrmann Schmiedekind Hautabschürfungen im Gesicht und Gehirnerschütterung. Die beiden Verletzten wurden nach der Feuerwache in der Frobenstraße gebracht und dort verbunden. Die beiden Gefährte erlitten nicht unbedeutende Beschädigungen. — Vor dem Hause Ritterstraße 8 bog der Radfahrer Paul Schnebbel unmittelbar vor dem Motorwagen 1864 auf das Gleis, wurde umgeworfen und geriet unter den Vorderperron vor dem Schutzrahmen. Der Verunglückte, der einen Bruch des Nasenbeins, sowie Verletzungen am linken Knie und im Gesicht davongetragen hatte, wurde nach der nächsten Unfallstation und dann in seine Wohnung geschafft.

Feuer in einer Goldleistenfabrik. Ein gefährlicher Fabrikbrand, der aller Wahrscheinlichkeit nach auf Brandstiftung zurückzuführen ist, beschäftigte die Feuerwehr in der letzten Nacht in der Brunnenstr. 194. Im dritten Stock des zweiten Quergebäudes befindet sich dort die Goldleistenfabrik von August Werkmeister jun., in der es seit kurzer Zeit zum dritten Male brannte. Diesmal standen zwei Lagerräume in Flammen. Als die Löschzüge 13 und 14 auf der Brandstelle eintrafen, war die Situation ziemlich kritisch, da die Flammen mit kolossaler Gewalt aus den Fabrikfenstern herausschlugen. Außerdem war das Treppenhaus des Quergebäudes schon vollständig verqualmt, so daß von hier aus anfangs ein Löschangriff nicht möglich war. Die Mannschaften drangen daher vom hinteren Hofe aus über dort an dem Gebäude angebrachte eiserne Rettungsleitern gegen den Brandherd vor. Nach einstündiger Löschtätigkeit war die Gefahr beseitigt. Die beiden Lagerräume sind ausgebrannt. Wie schon eingangs erwähnt, wird böswillige Brandstiftung vermutet. Der Inhaber der Fabrik nimmt nämlich an, daß die Brandstifter von den eisernen Leitern auf dem hinteren Hofe aus irgend etwas Brennendes in den Fabrikraum geworfen haben. Diese Vermutung gewinnt auch Wahrscheinlichkeit dadurch, daß am unteren Ende der eisernen Leiter eine Holzleiter angelehnt vorgefunden wurde. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ablehnung der Magistratsvorlage betreffend Maßregeln zur Bekämpfung der Folgen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit.

Die Stadtverordnetenversammlung beriet am Dienstag in einer außerordentlichen Sitzung die Magistratsvorlage, mit der sich die Gemeindebehörden schon wiederholt beschäftigt haben. Bekanntlich hatte die Stadtverordnetenversammlung zu Beginn des Jahres eine Vorlage, die sich auf dem Genter System aufbaute und daneben eine Zuschußkasse vorsah, in der Weise abgeändert, daß sie die Arbeitslosenunterstützung auf gewerkschaftlicher Grundlage beseitigte, also das wichtigste strich. Der Magistrat hat nun der Stadtverordnetenversammlung eine neue Vorlage unterbreitet, die lediglich die Gründung einer Arbeitslosen-Versicherungskasse vorsieht. Bereits in der ersten Lesung hatte sich hiergegen lebhafter Widerspruch erhoben, einmal auf seiten der Sozialdemokraten, die in einer solchen Kasse einen Versuch mit untauglichen Mitteln und einen Vorstoß gegen die Gewerkschaften erblicken, und andererseits in den Reihen der Bürgerlichen, die überhaupt von der Arbeitslosenversicherung nichts wissen wollen. In der Debatte waren von bürgerlicher Seite heftige Angriffe gegen die Gewerkschaften gerichtet und als unsere Genossen erwidern wollten, die Debatte geschlossen worden. Dies war für unsere Fraktion Veranlassung, eine zweite Lesung zu beantragen, die am Dienstag stattfand. Als erster Redner verteidigte Genosse Hirsch die Haltung der Sozialdemokraten, auf deren Anregung die Arbeitslosenversicherung zurückzuführen sei, und die seit zehn Jahren freudig an der Lösung des Problems mitgearbeitet hätten. Wenn sie trotzdem die neue Vorlage ablehnten, so deshalb, weil sie nicht den Weg zu einer wirklichen Arbeitslosenversicherung versperren wollen. Selbst von liberaler Seite sei zugegeben, daß der zu gründenden Kasse jede versicherungstechnische Grundlage fehle. In der Begründung seiner Vorlage sage der Magistrat selbst, es sei nicht richtig, daß verschiedene Arten der Eigenfürsorge durch städtische Mittel unterstützt werden sollen, daß man aber gerade die bisher erfolgreichste, nämlich die gewerkschaftliche, ausschließe. Trotzdem habe der Magistrat dem Drängen des sozialpolitisch rückständigen Teils der Versammlung nachgegeben und die gewerkschaftliche Unterstützung gestrichen. Gegen eine Zuschußkasse als Ergänzung des Genter Systems sei nichts einzuwenden, wohl aber dagegen, daß man die Zuschußkasse zur Hauptsache mache. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Kasse nicht lebensfähig sein werde. In den Reden in der vorigen Sitzung sei eine große Abneigung gegen die Gewerkschaften zutage getreten; gewiß sei es richtig, daß die Gewerkschaften Kampfesorganisationen seien, aber wer sie als politische Gebilde bezeichne oder die Behauptung aufstelle, die Gewerkschaften gehören der sozialdemokratischen Partei an oder sie ständen im Dienste der sozialdemokratischen Partei, der zeige, daß er das Wesen der Gewerkschaften völlig verkenne. Wenn sich die Liberalen zum Beweis für ihre falsche Anschauung auf Aussprüche von Bömelburg und Bebel berufen, so sei das ein weiterer Beweis für ihre völlige Verständnislosigkeit. Bebel habe in seiner bekannten Rede über Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien ausdrücklich erklärt, daß die Gewerkschaften, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, sich von eigentlicher Parteipolitik fernhalten und sich nicht als Anhängsel irgend einer politischen Partei betrachten dürften. Auch der Ausspruch von Bömelburg „Partei und Gewerkschaften sind eins" sei nur so verstehen, daß es zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung keine Trennung geben dürfe, sondern daß beide sich ergänzen müßten. Gewiß sei es wünschenswert, wenn jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter auch der sozialdemokratischen Partei beitrete, aber das sei etwas ganz anderes, als eine Abhängigkeit der Gewerkschaften von der Partei. Man habe weiter eingewendet, daß durch die Arbeitslosenunterstützung die sozialdemokratische Parteikasse entlastet wird. Demgegenüber erinnere er daran, daß umgekehrt die Gewerkschaften durch ihre Unterstützungseinrichtungen die Armenetats der Gemeinden entlastet hätten. Für Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Neukölln hätten die freien Gewerkschaften in den Jahren 1908 und 1909 allein mehr als vier Millionen Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Die sozialdemokratische Fraktion sei sich ihrer Verantwortung voll bewußt, sie wisse, daß das Schicksal der Vorlage von ihrer Haltung abhänge. Trotzdem werde sie die Vorlage ablehnen, um einer wirklichen Arbeitslosenversicherung die Bahn zu ebnen.

Zur Spezialdiskussion hatten unsere Genossen eine größere Reihe von Anträgen gestellt, um wenigstens die gefährlichsten Bestimmungen der Vorlage zu beseitigen. Zunächst beantragten sie die Streichung der Bestimmung des Artikels 4, wonach nur solche Arbeiter aufnahmeberechtigt sind, die während der beiden letzten Jahre regelmäßig beschäftigt waren und nicht dauernd als arbeitsunfähig befunden werden.

Genosse Borchardt begründete diesen Antrag, indem er sich gegen die Absicht des Magistrats wandte, die Kasse gegen den Beitritt solcher Arbeiter zu schützen, die schlechte Risiken bilden. Wenn man so vorgehen wolle, bleibe schließlich niemand mehr übrig, der der Kasse beitreten könne. Eine solche Kasse schaffe nicht nur nichts, sondern weniger wie nichts, denn sie schaffe nur den Schein einer Arbeitslosenunterstützungskasse, die aber in Wirklichkeit keine Arbeitslosenunterstützung gewähre. — Stadtrat Dr. Spiegel erwiderte, daß er gegen eine kleine Herabsetzung der Grenze nichts einzuwenden habe, er bat aber um Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages. Die Mehrheit lehnte den Antrag hierauf ab.

Nach Artikel 9 soll die Kasse befugt sein, mit Vereinen oder Arbeitgebern Gesamtversicherungen für sämtliche Mitglieder eines bestimmten Personenkreises abzuschließen. Genosse Richter begründete einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung der Worte „oder Arbeitgebern". Er wies darauf hin, daß die Mehrzahl der Charlottenburger Arbeiter jederzeit ohne Kündigung entlassen werden können. Die Unternehmer seien nicht willens, den Arbeitern, wenn sie keine Arbeit für sie haben, irgend welche Leistungen zu gewähren. Wo aber Arbeitgeber etwas zur Unterstützung ihrer Arbeiter getan haben, da hätten sie Einrichtungen geschaffen, vor denen sogar Professor Dr. Jastrow warne. Er erinnere nur an die Unterstützungseinrichtungen der Berliner Metallwarenfabrikanten und des Arbeitgeberverbandes im Rohrlegergewerbe. Es bestehe die Gefahr, daß die Arbeitgeber auf ihre Arbeiter einen Druck zum Beitritt ausüben. Die Sozialdemokratie wünsche aber nicht, daß eine solche Einrichtung von vornherein mit diesem Odium behaftet werde. — Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, nachdem Stadtrat Spiegel erklärt hatte, man möge den Arbeitgebern die Möglichkeit zur Betätigung eines guten Willens innerhalb der geplanten allgemeinen Einrichtung lassen.

Artikel 15 sieht eine Gesamtversicherung von Mitgliedern von Gewerkschaften vor. Die Sozialdemokraten beantragten statt dessen, daß jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter für seine Person zu der von seiner Gewerkschaft bezahlten Versicherung eine Zusatzversicherung nehmen kann. Zur Begründung bemerkte Genosse Borchardt, daß der Artikel 12 gewissermaßen ein Paradestück sei, durch das man den Anschein erwecken wolle, als ob die Gewerkschaften bevorzugt werden. Tatsächlich könne davon keine Rede sein. Wolle man den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Möglichkeit geben, eine Zusatzversicherung zu nehmen, so sei es höchst unlogisch, dies abhängig zu machen von dem Beschluß der Organisation; man solle lieber jedem einzelnen Arbeiter es freistellen zu entscheiden, ob er eine Zusatzversicherung nehmen will oder nicht. — Stadtrat Dr. Spiegel erkannte an, daß manches für den sozialdemokratischen Antrag spricht, meinte aber, man solle ganzen Organisationen nicht die Möglichkeit nehmen, mit allen ihren Mitgliedern beizutreten. Aus diesem Grunde ersuchte er, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen und sich statt dessen mit einer von liberaler Seite beantragten Resolution zu begnügen, die an den Magistrat das Ersuchen richtet, zu erwägen, ob nicht auch einzelnen organisierten Arbeitern die Möglichkeit des Beitritts gegeben werden könne. — Die Versammlung beschloß in diesem Sinne.

In der hierauf erfolgten Gesamtabstimmung wurde die Vorlage in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Wilmersdorf-Halensee.

Die Errichtung der Landkrankenkasse beschlossen! Was zu erwarten war, ist eingetreten: die Stadtverordnetenversammlung von Wilmersdorf hat in ihrer am Mittwochabend abgehaltenen Sitzung gegen die wenigen Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler den Antrag des Magistrats auf Errichtung einer Landkrankenkasse angenommen und sich dadurch von neuem zu den Städteverwaltungen des übrigen Groß-Berlin in Gegensatz gestellt. Wenn auch auf die vortrefflichen Ausführungen unseres Parteigenossen Riedel vom Magistratstisch aus nicht viel Sachliches zu erwidern war, so stand der Wille der Mehrheit doch von vornherein fest, der Regierung auch in diesem Falle ihren Willen zu tun. Näheres über die Einzelheiten der Verhandlung folgt morgen.

Neukölln.

Die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins am Montag, den 16. Dezember, hatte die Wahl des Sekretärs zu erledigen. Den Bericht der zur Prüfung der Bewerbungen eingesetzten Kommission gab Genosse Franke. Derselbe verwies darauf, daß schon vor Jahren, als der Wahlverein kaum 10 000 Mitglieder hatte, die Frage einer Anstellung erwogen worden sei. Damals habe man davon Abstand genommen wegen zu geringer Mittel und hauptsächlich, weil sich bei praktischer Arbeitsteilung die Geschäfte noch ehrenamtlich führen ließen. Nunmehr sei der Organisation nicht nur eine Reihe von neuen Arbeiten, wie Frauenorganisation, Bildungswesen, Jugendbewegung usw. zugewiesen worden, sondern die Zahl der Mitglieder sei auch auf 15 000 gestiegen. Infolge dieser gesteigerten Arbeitslast des Vorstandes sei eine Anstellung zur zwingenden Notwendigkeit geworden. Eine viel umstrittene Frage war nun, welche Tätigkeit dem anzustellenden Genossen zugewiesen werden solle. Vor allen Dingen wurden natürlich die Kassengeschäfte in Betracht gezogen. Da aber die Kassengeschäfte bisher ehrenamtlich, wenn auch allerdings unter besonderer Anstrengung des Kassierers geführt werden konnten, so nahm man von der Anstellung eines bloßen Kassierers Abstand und beschloß nach dem Beispiel anderer Organisationen, Kassierer und Sekretär in einer Person zu vereinen und damit die gleichfalls schwer belasteten Vorsitzenden und Schriftführer zu entlasten. Dieser Zusammenfassung verschiedener Ressorts ist es wohl nun zuzuschreiben, daß eine verhältnismäßig große Zahl Neuköllner Genossen die Annahme einer Kandidatur ablehnten und somit eine Ausschreibung notwendig wurde. Auch der bisherige Kassierer lehnte ab. Infolge der Ausschreibung gingen 34 Bewerbungen ein. Kommission und Vorstand hatten 6 der Bewerber, darunter zwei Neuköllner Genossen, als für die Stellung am qualifiziertesten auf die Vorschlagsliste gebracht und ersuchten an dieser Liste festhalten zu wollen. In der regen, bisweilen sogar etwas stürmischen Diskussion traten nun die Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die zu verrichtende Tätigkeit des anzustellenden Genossen in Erscheinung. Besonders intensiv wurde auch die Frage erwogen, ob es praktischer sei, einen mit den Verhältnissen am Ort bekannten oder einen auswärtigen Genossen zu wählen. Ein Teil der Versammlungsbesucher war, wohl ausgehend von der Befürchtung, daß sich ein Genosse von auswärts sehr schwer in die umfangreichen Geschäfte der Neuköllner Organisation einleben werde, mit den Vorschlägen von Vorstand und Kommission nicht einverstanden. Jedoch wurden die gestellten Anträge auf Vertagung, Zurückverweisung an die Kommission, Neueröffnung der Kandidatenliste, Urwahl des Sekretärs usw. stets mit großer Mehrheit abgelehnt. In einem kurzen Schlußwort berichtigte Genosse Frank noch einige Irrtümer von Diskussionsrednern. Nunmehr erfolgte die Wahl durch Stimmzettel, wobei vorher noch festgestellt worden war, daß zur Wahl die absolute Majorität notwendig sei. Die Zeit der Auszählung der Stimmzettel wurde benutzt zur Erledigung einiger anderer wichtiger Angelegenheiten. Hierbei wurde besonders die Pflicht einer größeren Anteilnahme an der Jugendbewegung und die Notwendigkeit eines regeren Besuches der Veranstaltungen des Bildungsausschusses betont. Alsdann wurde das Resultat der Sekretärwahl bekanntgegeben. Es waren abgegeben 625 Stimmzettel, davon waren 100 für ungültig erklärt, weil sie auch andere Namen enthielten als auf der Vorschlagsliste standen. Von den 525 gültigen Stimmen entfielen auf den Genossen Radtke-Düsseldorf, der bis vor zwei Jahren Funktionär des Neuköllner Wahlvereins war, 293 Stimmen. Derselbe ist somit zum Sekretär gewählt.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich am gestrigen Mittwochnachmittag gegen 1/4 4 Uhr an der Ecke der Hermann- und Knesebeckstraße. Ein Fuhrwerk der Firma Wilhelm Röbling aus der Wildenbruchstraße 6/9 wollte dort unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 29 das Gleis kreuzen und wurde, obwohl der Führer des Bahnwagens nach Kräften bremste, angefahren. Der Anprall war so heftig, daß der Kutscher des Geschäftswagens, Wilhelm Mücke, von seinem Sitz geschleudert wurde. Unglücklicherweise geriet er unter seinen eigenen Wagen, dessen Räder über ihn hinweggingen. M. erlitt außer anderen Verletzungen einen Genickbruch und verstarb auf dem Transport zur Unfallstation. Die Leiche des Verunglückten wurde nach dem Schauhause gebracht.

Treptow-Baumschulenweg.

Durch eine Diebin wurden in der Graetz- bezw. Kiefholzstraße Portierfrauen empfindlich geschädigt. In deren Wohnungen verschaffte sich, während sie selbst bei der Hausreinigung beschäftigt waren, eine mit schwarzem Rock und grauem Jackett gekleidete Dame durch die Kinder Eingang. In beiden Fällen hieß sie Bargeld mitgeben. Es gelang der dreisten Diebin jedesmal, unerkannt zu entkommen.

Adlershof und Umgegend.

Heute nachmittags von 4 bis 5 1/2 Uhr findet die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse für die Arbeitgeber im Restaurant Lehmgrübner, Bismarckstr. 60, statt. Als Legitimation ist die letzte Beitragsquittung zu benützen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Wanderfahrten am Sonntag, den 22. Dezember: I. Birkenwerder—Zühlsdorf—Lehnitz. Abfahrt Stett. Vorortbahnh. 6,45 Uhr vorm. II. Groß-Köris—Friedersdorf. Abfahrt Görl. Bahnh. 6,56 Uhr vorm. III. Zehlendorf—Wannsee. Abfahrt Wannseebahnhof 2 Uhr nachm. Gäste willkommen.

Marktbericht von Berlin am 17. Dezember 1912. nach Ermittelungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,60 bis 19,70, mittel 19,40—19,50, geringe 19,20—19,30. Roggen, gute Sorte 16,84—16,90, mittel 16,72—16,78, geringe 16,60—16,66 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 18,10—18,70, mittel 17,40—18,00, geringe 16,80—17,30. Hafer, gute Sorte 19,00—20,40, mittel 17,20—18,90 (frei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 36,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 3,00—24,00.

Wetterprognose für Donnerstag, den 19. Dezember 1912.

Ein wenig wärmer, veränderlich, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen und sehr lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 17.12. cm	seit 16.12. cm¹)	Wasserstand	am 17.12. cm	seit 16.12. cm¹)
Memel, Tilsit	340	+44	Saale, Grochlitz	220	+85
Pregel, Insterburg	153	+22	Havel, Spandau²)	78	0
Weichsel, Thorn	132	+16	„ Rathenow³)	63	+4
Oder, Ratibor	354³)	+42	Spree, Spremberg²)	132	+56
„ Krossen	147	+10	„ Beeskow	94	—1
„ Frankfurt	132	+8	Weser, Münden	475	+147
Warthe, Schrimm	92	+18	„ Minden	448	+60
„ Landsberg	88	+6	Rhein, Maximiliansau	374	+20
Netze, Nordamm	52	+20	„ Kaub	184	+14
Elbe, Leitmeritz	111	+73	„ Köln	385	+58
„ Dresden	—37	+57	Neckar, Heilbronn	115	+12
„ Barby	160	+23	Main, Hanau	204	+32
„ Magdeburg	122	+14	Mosel, Trier	236	+69

¹) + bedeutet Wachs, — Fall. ²) Unterpegel. ³) höchster Wasserstand um 5 Uhr nachmittags: 410 cm, bis zum 18. früh wieder auf 367 cm gefallen.

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz feurig süßen Santa Lucia Stärkungs-Rotwein Fl. 1.50 u. 2.— Nachahmung bitte zurückzuweisen. Käufl. in Apotheken, Drogerien u. Delikat.-Geschäften.

Die neue Manoli Kardash das Beste für 3 ₰

Patente etc. erwirkt u. verwertet anerk. schnell Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslauer Berlin, Gitschinerstr. 106, n. d. Pat.-Amt
Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muss eine Erfindung für die Verwertung beschaff. sein" **gratis** u. franko

A. E. Deike, Uhrmacher u. Juwelier
Berlin SW., Oranienstraße 99, Ecke Lindenstraße
empfiehlt sein reich assortiertes Lager in
Uhren, Juwelen, Gold-, Silber- und Alfenidewaren.
Spezialität:
Goldene Damen-Remontoir-Uhren mit Kette und Etui
20 Mk.
Echt silberne Damen-Remontoir-Uhr. 800 gest. M. 4,75
Bei Vorweisung dies. Inserats 5 **Proz. Kassa-Sconto.**

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 19. Dezember.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Ein Waffengang.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Lessing. Rose Berndt.
Thalia. Puppchen.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Aufs Matterhorn.
Kgl. Opernhaus. Elektra.
Deutsches. Hamlet.
Kammerspiele. Maria Magdalene.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Deutsches Opernhaus. Oberon.
Schiller O. Hedda Gabler.
Schiller-Charlottenburg. Heimgefunden.
Berliner. Filmzauber.
Kleines. Professor Bernhardi.
Komödienhaus. Die Generalsbecke.
Deutsches Schauspielhaus. Der gutsitzende Frack.
Trianon. Die Erste — die Beste.
Kurfürsten-Oper. Der Kuhreigen.
Montis Operetten. Der Frauenfresser.
Theater am Nollendorfplatz. Kismet.
Luisen. Prometeus.
Neues Operntheater (Kroll). Russisches Ballett.
Rose. Die Sünden der oberen Zehntausend.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Das Scheidungs-Souper.
Casino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.

Anfang 8½ Uhr.

Residenz. Prinzenerziehung.
Lustspielhaus. Graf Lepi.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Grigri.
Folies Caprice. In Sachen Katzenstein. Die Doppelfirma. Die Tochter der Braut.
Walhalla. Goldener Leichtsinn.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Die Doppelgängerkomödie.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.

* * *

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62
Königstadt-Kasino. Spezialitäten
Passage. Spezialitäten
Reichshallen. Bei Vatern.

Schiller-Theater O. Bauner-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Hedda Gabler.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Im weißen Rößl.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Die Schmetterlingsschlacht.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Heimgefunden.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Kinder der Exzellenz.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Heimgefunden.**

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Der gutsitzende Frack.**

Theater am Nollendorfplatz 5.
8 Uhr: **Kismet.**
Jeden Mittwoch- und Sonnabendnachmittag 4 Uhr: **Schneewittchen.**

Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel Constanze v. Linden:
Prinzenerziehung.
Morg. u. folg. Tage: Prinzenerziehung.
Sonntag, den 21. Dez., nachm. 3 Uhr: **Alles für die Firma.**

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: **Aufs Matterhorn.**

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Frauenfresser.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Donnerstag: Erstaufführ.: **Prometheus.** Freitagnachmittag ½4 Uhr: Kinder-Vorst.: **Goldener, das Sonntagskind.**
Abends: Geschlossen: Wegen der Generalprobe zu **Berlin-Hamburg-New York.** Gr. romant.-kom. Ausstattungsstück v. Ernst Ritterfeldt.
Sonnab. nach. 4 Uhr: **Rumpelstilzchen.**
Sonnab. ab 8 Uhr: **Premiere: Berlin-Hamburg New York.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Sünden der oberen Zehntausend.
Freitag: **Die Sünden der oberen Zehntausend.**
Sonnabend 4 Uhr: **Goldhärchens Himmelfahrt.**
Sonntag 4 Uhr: **Hänsel u. Gretel.**

Metropol-Theater.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von J. Freund. Musik v. Rud. Nelson. Tänze arrang. von Will Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schultz.
Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Abends ab 8 Uhr!
Nie dagewesener Erfolg!
Amely de l'Enclos, Stimmen-Phänomen. — **Malia und Bart,** die lustigen Spediteure. — 9 Uhr:
Berlins Tagesgespräch!
Dario Paini
das Wunder der hypnotischen Kartenkunst!

Wintergarten
Sahary-Djeli
La „Mystérieuse".
Gastspiel
Max Linder
der weltberühmte Film-Schauspieler
in seinem Sketch:
Aus Liebe zum Hühneraugenoperateur
Max, der Liebhaber: Max Linder
sowie die sensationellen
Dezember-Attraktionen.

Passage-Panoptikum
Bis inkl. 1. Januar:
Volkstage!
Jedermann 1 Kind frei. Jedes Kind erhält ein Geschenk!
Alles ohne Extra-Entree!
50 WILDE WEIBER MÄNNER KINDER
vom Stamme der Igorroten.
Leben u. Treiben in dem eigens aufgebauten
IGORROTEN-Dorfe.

Freie Volksbühne

3 Uhr:

Deutsches Schauspielhaus
Tragödie des Sophokles:
Elektra.

Deutsche Oper
in **Charlottenburg**
Beethoven:
Fidelio.
Sonntag, 22. Dezember.

Thalia-Theater
Gorki:
Die Feinde.

Herrnfeld-Theater
Nansen:
Eine glückliche Ehe.
(Vom 29. Dezember ab.)

Lessing-Theater
25. Dezember 3 Uhr:
Extravorstellung:
Die Weber.
22., 29. Dezbr., 1. Januar:
Glaube u. Heimat.

Abendabteilungen
Strindberg (8 Uhr):
Gläubiger.
Mit dem Feuer spielen.
(Abendkarten à 1,30 M. sind in den Zahlstellen zu haben.)

Residenz-Theater: Francillon.
244/4 Die Geschäftsstelle: **G. Winkler.**

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute: **Doppel-Konzert!**
Berliner Konzerthaus-Orchester, Dir. **Fr. v. Blon,** Kompon. Musiko. **Kaiser-Alexander-Reg.,** Dirig. Kgl. Musikdir. **Brase.**
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen **Wochentagen:**
Gr. Nachmittags-Konzert bei **freiem** Eintritt.

Herrnfeld Theater
Beispielloser Lacherfolg!
Die Alpenbrüder.
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Hierzu:
Das Scheidungs-Souper.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse).

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Erste — Die Beste!

Theater Königstadt-Casino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße. 1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
Tägl. abds. ½8, Sonnt. ½6 Uhr:
Unterm Christbaum.
Volksstück in 2 Bildern und das **groß. Spezialitätenprogramm**
Jeb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Voigt-Theater.
Gastspiel in **Puhlmanns Theater,** Schönhauser Allee 148.
Fröhliche Weihnacht.
Weihnachtskom. i. 5 Aufz. v. Ottomeyer.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.
Nächste Vorst. f. d. Abonn. Himmel auf Erden findet Freit. 27. Dez. 3. Feiert. statt.

Zweiter Weihnachtsfeiertag. Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Familienabend.
Vortragende: **Margarete Walkotte.**
Beginn 6 Uhr. Ende der Vorträge 8 Uhr. Anschließend: **Großer Ball.** Entree im Vorverkauf bei Herrn **Horsch,** Engelufer 15) 50 Pf., Abendkasse 60 Pf.

PROGRAMM.

I. Teil. 209/17*

Rezitationen: Pidder Lüng, Im Walde, Ballade in U-Dur, Das Lotterielos (Detlev v. Liliencron). Wiegenlied für meinen Jungen, Furchtbar schlimm (Richard Dehmel). Aetsch, wir haben Besuch gekriegt (Victor Blüthgen). Die Musik der armen Leute (Heinrich Seidel).

II. Teil.

Lieder: Frühlingslied (Becker). Kennst du das Land (Mignon) (A. Thomas). Damon saß und blies die Flöte (Max Stange). Das Zuschaun (C. Bohm). Fortschritt der Zeit (Marx Peters).

III. Teil.

Rezitationen und Lieder: Unsere lieben Sachsen, Das Philisterparadies (Ernst v. Wolzogen). Postdienst auf dem Bahnhof (E. Schaeffer). Wenn (Ludwig Fulda). Der Brief an den Storch (***). Der Eiersegen (Hein. Seidel). Hat's gesagt, bleibt's nicht dabei (Rich. Strauß). Weißt du's noch? (C. Schmalstich). Die freche Ratte (Meyer-Hellmundt).

Zirkus Albert Schumann.
Heute Donnerstag, 19. Dezb., abends 7½ Uhr:
Große Elite-Vorstellung
Um 9½ Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
Vier Bilder aus Indien.
Vorher Auftr. sämtl. Attraktionen
U. a.:
Casablanca, militärischer Sportakt ausgf. v. Hrn. Alb. Carré
Miß Belloni mit ihren dressierten Papageien.
Eine Kegelpartie zu Pferde.
Erfunden v. Dir. A. Schumann.
Tommy und Boy, die Wunderbär.

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, 19. Dezb., abends 7½ Uhr:
Neu! **Der Aeroplan im Zirkus** Neu!
(Der Affe als Aviatiker!!)
Erstmalige Vorführ. eines frei vom Boden aufsteigenden und fliegenden Aeroplan i. Zirkus.
Neu! **The 3 Stewarts** Neu!
Zum Schluß:
Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla"
in 6 glänzenden Akten.

Folies Caprice.
Täglich 8½ Uhr!
Die Novitäten:
In Sachen Katzenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse
„Am grünen Strand der Spree".

Passage Theater
Lichtspiele
Unter den Linden 22/23.
Diese Woche u. a.:
Dornenpfade.
Gr. Drama in 3 Akten nach d. berühmt. Roman „Der kleine Jacob" von Jules Claretie.
Max ist wasserscheu!
Humoreske gesp. v. Max Linder.
Im Lande Mohammeds.
Aller Anfang ist schwer.
Das Weihnachtswunder.

THEATER GROSS-BERLIN
am Zoo.
Montag, 23. Dezember, 7½ Uhr:
Ensemble-Gastspiel d. Kurfürsten-Oper unt. Leitung v. Victor Palli.
Zum 1. Mal:
Das Fürstenkind.
Operette von Victor Leon. Musik von Franz Lehár. Unter persönlicher Leitung des Komponisten **Franz Lehár.**
An all. drei Weihnachtsfeiertagen:
Abds. 8 Uhr: **Das Fürstenkind.**
Nachm. 3 Uhr, zu kleinen Preisen:
„So dummein wir!!!"
Vorverk. 10-6 a. d. Theaterkasse, in d. Warenh. Tietz u. Invalidendank.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Bei Vater'n,
Weihnachtsb. v. Meysel.
Anfang 8 Uhr.
1. u. 2. Feiertag, nachmittag **3** Uhr: (zu ermäß. Preisen)
O Tannebaum!

Nißles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
C. Nißle.

Sozialdemokratischer Wahlverein des dritten Berliner Reichstagswahlkreises

Mittwoch, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag)
:: :: im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 :: ::

:: KONZERT-ABEND ::

Mitwirkende:

Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent Maximilian Fischer) — **Opernsängerin Fräulein Margarete Meysel — Herr Direktor Karl Fridan** (Rezitation) — **Herr Walter Keller** (Bariton) — **Herr Pistonvirtuos R. Neumeyer — Herr Konzertmeister H. Mahike** (Violine).

Eintrittskarte 50 Pfennig. Anfang abends 6½ Uhr.

Programm am Eingang gratis.

Nach dem Konzert: **BALL.** Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.

Rege Beteiligung erwartet **Das Komitee.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verkäufe.

Schönhauser Allee 114 (Ringbahnhof). Pfandleihhaus. Groß-Berlins spottbilligste Einkaufsquelle! Riesen-Weihnachtsverkauf eröffnet! Extrabilliger Bettenverkauf! Taschenuhren! Wanduhren! Prachtteppiche! Pelzstolas! Größtes Goldwarenlager! Winterulster! Monatsanzüge! Steppdeckenlager! Gardinenverkauf! Plüschtischdecken! Bilderverkauf! Portierenlager! Aussteuerwäsche! Fahrtvergütung. 2649R*

Teppiche, Prachtstücke (Farbenfehler), für halben Preis. Vorwärtsleser 10 Prozent! Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 1896R*

Gardinen, Fabrikreste, Große Frankfurterstraße 9 parterre.

Steppdecken, billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9 parterre. 1897R*

Hermannplatz 6 Pfandleihhaus. Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Winterpaletots. Herrenulster. Herrenhosen. Riesenauswahl Pelzstolas. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltiges Portierenlager. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdeckenlager. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Sonntag von 8—10 und 12—8 geöffnet. *

Bronzegaskronen, Gaszuglampen, Hängegaspendel, Gaswandarme. Moderne Hängegaskronen, Gaskocher. Allerbilligste Bezugsquelle. Zurückgesetzte Muster spottbillig. Schroeder, Hochstraße 43. 2689R

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüsch-Mänteln, Kostümen, Kleidern (hochelegant). Große Posten Pelzstolas, Pelzgarnituren, früher bis 200, jetzt 20—75 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a I. 2289R

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Sonntags geöffnet.

Teppiche mit Farbenfehlern 3.25, 3.85, 4.50, 5.75, 6.85, 7.50, 9.25, 12.50.

Salonplüsch-Teppiche 13.50, 16.50, 19.50, 22.50, 27.50, 35—38 usw. Riesenfabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 8.25, 3.85, 4.50, 5.25, 5.65, 7.50, 8.50 usw.

Steppdecken 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.33, 12.85 usw.

Plüschdecken mit kleinen Fehlern, 4.25, 5.50, 6.75, 7.85, 9.35 11.50 usw. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Schlafdecken 1.35, 1.85, 2.45, 3.25, 4.35, 6.50 usw.

Möbelstoff, Läufer, Linoleumreste jetzt zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125 im Hause der Möbelfabrik. 2784R*

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Puppenwagen, Kinderbettstellen, Herrengarderobe. Pelzstolas. Sende Vertreter. Meisels Nachfolger, Warschauerstraße 80. *

Gaskronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager! Louis Böttcher (selbst!), Kronleuchter-Spezialhäuser. Betriebsleitung: Borhagenerstraße 32 (kein Laden). (Fahrverbindung Warschauerstraße.) Filiale: Neukölln, Kottbuser Damm 41, Eingang Hermannplatz.

Vorwärtsleser fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas

Teppiche, farbfehlerhaft, spottbillig.

Gardinen, Stores, Künstlerfenster, angeschmutzte, fabelhaft billig.

Plüschportieren, Leinenportieren, Restpartien, halben Preis.

Gestickte Plüschdecken 6,85, extragroß 7,85.

Steppdecken 3,65, Schlafdecken 1,15. 2715R*

Teppich-Thomas, Prachtbau Oranienstraße 126, Rosenthalerstraße 54.

Ohne Geld 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen. Besuch oder Postkarte. Meisels selbst, Andreasstraße 4 (Schlesischer Bahnhof). *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Betten prachtvolle, 6,90, 8,75, 12,75. Aussteuerbetten 15,75, 18,75. Daunenbetten 19,75. Pfandleihe, Brunnenstraße 47. *

Wanduhren! Taschenuhren! Schmucksachen! Ringe! Auktionspfänder spottbillig! Pfandleihe, Brunnenstraße 47.

Skunksstolas! echte, 37,50, 45,00. Opossumstolas! Nerzmurmel! Tibetstolas spottbillig! Pfandleihe, Brunnenstraße 47. *

Teppiche! prachtvolle 5,85, 8,75. Salonteppiche 12,75, 15,75, 25,00. Vorleger! Felle! Läuferstoffe spottbillig. Pfandleihe, Brunnenstraße 47.

Steppdecken! Diwandecken! Tischdecken! Tülldecken! Schlafdecken! spottbillig! Pfandleihe, Brunnenstraße 47. *

Portieren! Leinenportieren, reich gestickt, 3,45, 4,50, 5,85. Bettdecken mit Volant 2,95, 3,75. Pfandleihe, Brunnenstraße 47. *

Gardinen! prachtvolle! 1,95 bis 5,75! Künstler-Madrasgardinen! Stores! Tülldecken! spottbillig. Pfandleihe, Brunnenstraße 47. *

Winterpaletots! Auktionspfänder, neue, getragene Anzüge! Hosen! Alles spottbillig; nur Pfandleihe. Paul Krüger, Brunnenstraße 47. 12—2 geschlossen. Sonntags geöffnet. 2583R*

Sinnsprüche und Büsten, Marx, Lassalle usw. Max Richter, Friedrichsfelderstraße 20. 1598b*

Federbetten, Stand 11,00, 15,00, 22,00, Brautbetten, Aussteuerwäsche Gardinen, Teppiche, Portieren, Pelzstolas spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. *

Goldwaren, Uhren, Ketten, Broschen, Ringe, Brillanten anerkannt billigste Preise. Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. *

Wundervolle Plüschtischdecken jetzt 6,75, Plüschportieren 8,50, Teppiche 200/300 12,50, herrliche Künstlergardinen 6,50, Erbstüllstores 3,95, Bettdecken 2,50 Prachtvolle Weihnachtsgeschenke. „Vorwärts"-leser noch fünf Prozent Extrarabatt. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. *

In Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Reizende Weihnachtsgeschenke sind feine Lederwaren, hochschicke moderne Damentaschen, Photographie-Albums, Reisetaschen, Schulmappen, Portemonnaies in Riesenauswahl. Versäumen Sie bitte deshalb nicht, das altbekannte Lederwaren-Geschäft Speier, Große Frankfurterstraße 87, zwischen Markus- und Marsiliusstraße, aufzusuchen. Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt. 288/2*

Gebrauchte Nähmaschinen billig Bellmann, Gollnowstraße 26. 2058R*

Steppdecken! Spottbilliger Weihnachtsverkauf! Prachtvolle Similiseidene: 3,85, 4,75, 6,00 bis 15,00, Tüllbettdecken 2,50. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kottbusertor). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. *

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge 9,—, Ulster, Paletots 5,—, Joppen 4,—, Silberuhren 3,—, goldene Damenuhren 8,—, Goldwaren, Pelzstolas, Betten, Wäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Divandecken, Freischwinger, Bilder, Fahrräder. Alles enorm billig. Sonntags von 12—8 geöffnet.

Zum Weihnachtsfest. Herrenuhren 3,10, Damenuhren 4,50 an. Goldsachen, wie Ketten, Ringe, Armbänder, Kolliers, Operngläser, im Versatz verfallen. Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34, eine Treppe.

Sommerfelds Monatsgarderobenhaus und Pfandleihe, früher 25 Jahre Heinrichsplatz, jetzt Prinzenstraße 34 I, neben Bauzaun Wertheim, kleiner Eingang, bietet jedem Käufer große Geldersparnis. Winterulster 6,50 an, Winterpaletots 8,25 an, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Joppen, für jede Figur passend. Ferner Pelzstolas, Damenulster, Blusen, Aussteuerwäsche, Steppdecken. 2758R*

Beobachten Sie staunendbillige Weihnachtsangebote. Spottbilliger Ulsterverkauf, Anzugverkauf, Pelzstolalager, Steppdeckenlager, Plüschtischdecken, Gardinenauswahl, reichhaltiges Teppichlager, Brautausstattungen, extrabilliger Bettenverkauf. Uhrenlager, Kettenauswahl, Ringeauswahl, Festgeschenke. Augusta-Pfandleihe, Wilmersdorf, Augustastraße 66. Vergüte Fahrgeld. 2760R*

Leihhaus „Schöneberg", gegenüber Bahnhof, Sedanstraße 1. Telephon Amt 6, 15687, bietet stets Gelegenheitskäufe in verpfändet gewesenen und neuen Anzügen, Sommer- und Winterpaletots, einzelnen Hosen, goldenen, silbernen Herren- und Damen-Remontoire-Uhren, Ketten 3,50 an, ferner goldene Ringe, Broschen, Ohrringe, Pianinos, Fahrräder, Freischwinger 10 Mark an. Richard Eichelmann. 200R

Pfandleihhaus Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Spottbillige Pelzstolas, staunenderregend. Prachtexemplare Skunksstolas, Opossumstolas, Nerzmurmelstolas, Alaskafüchse, Pelzgarnituren. Hochelegante Winterpaletots, Winterulster, Jackettanzüge, Gehrockanzüge. Extrabillig. Massenauswahl goldener Damenuhren, Herrenuhren, Uhrketten, Schmucksachen Riesengroßer Bettenverkauf, Aussteuerwäsche, Gardinenauswahl, Steppdeckenlager, Plüschtischdecken, Prachtteppiche. Spottpreise. Zweites Geschäft Leihhaus Potsdamer Straße 86b. Verkauf täglich, auch Sonntags. 2795R*

Puppenwagen spottbillig. Kottbuserdamm 90. †141*

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 1.95, 2.35, 2.85, 3.50, 4.65, 5.75, 6.50 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Tüllstores, Bettdecken 1.75, 2.25, 2.85, 3.75, 4.50, 6.35 usw.

Künstlergardinen, weiß, creme und buntgewebt, Garnitur 3.85, 4.75, 5.95, 6.65, 8.50, 9.75 usw. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Leinenportieren, entzückend gestickt, Garnitur 2.85, 3.65, 4.35, 5.50, 6.75, 7.25, 8.50.

Tuchportieren 3.45, 3.85, 4.50, 5.25, 6.75 usw.

Plüschportieren. 5.65, 6.75, 7.85, 9.50, 11.50 bis 40 Mark. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Steppdecken 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.35, 9.75, 12.85 usw.

Tuchdecken 1.25, 1.75, 2.50, 3.35, 4.50, 5.85 usw.

Plüschdecken mit kleinen Fehlern 4.25, 5.50, 6.75, 7.85, 9.35, 11.50, 13,75 bis 50 Mark. E. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Diwandecken 3.75, 4.50, 5.45, 6.85, 7.25, 8.50 bis 40 Mark.

Abfall- und fehlerhafte Teppiche in den allerneuesten Mustern mit 10 Prozent Extra-Rabatt. E. Weitzenbergs Teppichhaus und Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 2771R*

Brennholz, ofenfertig, Buche, Erle oder Kiefer, 10 Sack (1 Meter Inhalt) 9,—; Anzündeholz 20 Sack 9,50, 10 Sack 5,—, alles frei Keller. Sägewerk Heinrich Scholz, Lohmühlenstraße 4, Moritzplatz 781. 2746R*

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Ohne Anzahlung, auf Teilzahlung, keine Kassierer, Teppiche, Gardinen, Portieren, Stores, Stepp- und Plüschdecken. Ratzner, Hufelandstraße 41, Bilderladen, auch Bilderrahmungen. †2*

Nähmaschine, neu, tadellos, privat, spottbillig verkäuflich. Kirschstein, Charlottenburg, Goethestraße 76, I.

Photo-Apparat, 9×12, Geschichte der Revolutionen, billig. Standke, Richthofenstraße 14. †39

Nur Mark 9,50 frei Haus echte Silber-Remontoir-Taschenuhr, Goldränder, inkl. ff. Kette. Dreijährige Garantie. Preisliste frei. R. Moser, Hornberg 75, Schwarzwaldbahn. *

Blusen, Tüll, Seide, Wolle, an Private billig. Fröhlich, Stralauerstraße 11 II. 295/10

Sehr billig verkauft sämtliche Waren. Partiewarenhaus, Schonenschestr. 34.

Geschäftsverkäufe.

Wegen Todesfall Tischlerei zu verkaufen. Auskunft darüber Sonntag mittags von 12 Uhr ab. Schliep, Charlottenburg, Spreestraße 35. †65

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38.—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 89, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Teilzahlung. Reelles Möbelgeschäft liefert Möbel für Stube und Küche mit 20 M. Anzahlung, kleinste Raten. Auch einzelne Möbel. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen und gegen moderne umgetauscht. Zum Weihnachtsfest Teppiche, Portieren, Läufer usw. ohne Anzahlung. Offerten Postlagerkarte 12, Postamt 22. 2399R*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße.

Englische Wohnungseinrichtung, Stube, bildschöne Küche. Alles noch neu, staunend billig. Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III. 287/18*

Preisauszug der Möbelfirma Josef Kamerling u. Co., Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg, und Brückenstraße 6, Jannowitzbrücke, Ladeneingang. Geschnitzte Hutbodenschränke, Spiegelvertiko 45,00, Auszugsofa, Muschelschränke 27,00, Kommoden, Spiegelspinden, Trumeau 29,00, Ausziehtisch, Stühle, Küchenschränke, Speisezimmerbüfetts 85,00, Schreibtische. Sofaumbaue, Spiegelschränke 45,00, englische Bettstellen 33,00, Ruhebetten 21,00. Durch Barmasseneinkäufe sind unsere Lager überfüllt, daher unsere Leistungsfähigkeit. 1633b*

Hochmoderne Nußbaumwirtschaft, Prachtküchenmöbel, Teppich, Wandbilder, Federbetten für 197,00, nur an Privatleute. Casper, Lottumstraße 2, I. 2730R*

Moebel - Boebel. Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 373,— 462,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 2057R*

Billiger Weihnachtsverkauf. Ankleideschränke, Schreibtische, Waschbüfette, Sofas, Garnituren 75,—, Kleiderschränke 21,—, Wohnzimmer 125,—, Küche 40,—. Dwinatzki, Andreasstraße 30, gerade über Markthalle. 2729R*

Möbel, ältere Muster, verkaufe nach Inventur bis 50 Prozent ermäßigt; unter anderem komplette Speise-, Herren-, Schlafzimmer und Salons, Vertikos, Kleiderschränke, Trumeaus, Tische, Umbauten, Plüschsofas sowie einige elegante Garnituren, komplette Küchen mit Anrichte usw. Julius Apelt, Tischlermeister, Adalbertstraße 6 (Kottbusertor). 2712R

Einrichtung, Stube und Küche, 195,—, Einzelmöbel spottbillig. Schneider, Prinzenstraße 98. *

Eine Sensation bildet meine große Ausstellung modernster Küchen, welche ich an Private zu denkbar billigsten Preisen verkaufe. Fabrik Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn.

Salonschrank, Damenschreibtisch, dunkelmahagoni, nicht benutzt, elektrische, elegante Krone für Restaurant, Café, Salon geeignet, sofort zu verkaufen bei Goslinski, Spenerstr. 1.

Gebrauchtes Vertiko, Nußbaum, Metallbettstelle, gut erhalten, billig verkäuflich. Hamburger, Geibelstr. 2.

Umzugshalber bis Ende Dezember: herrliche Nußbaumwirtschaft mit bildschönen Küchenmöbeln, Gaskrone, Federbetten 195,—, Umbausofa 40,—. Trumeau 33,—. Avram, Neue Königstraße 66 I. Händler ausgeschlossen. 239/11

Prachtvolles Plüschsofa, Umbau, Nußbaumbüfett, Trumeau, Hutbodenschrank, Spiegelvertiko, Englischbetten, Ankleideschrank, dreiteilig, Gaskrone, Chaiselongue, billig. Zorndorferstraße 4, Liese. Händler verbeten.

Plüschsofas, Chaiselongue, Kleiderschrank, Ausziehtisch, Trumeau, englische Bettstellen 22,00. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. †69*

Wirtschaftsmöbel. Zu ganz spottbilligen Preisen als Gelegenheitskauf sind wieder prachtvolle, sehr wertvolle Herrenzimmer, Salons, Speisezimmer, moderne Küchen, Wohnzimmer, Schlafzimmer in allen Holzarten, einzelne Büfette, Schreibtische, Bücherschränke 40, Spiegelschränke, Kleiderschränke, Vertikos, Waschtoiletten, Klubsessel, Lederstühle, Sofas, Chaiselongue mit schöner Decke 22,50, Plüschgarnituren, Ausziehtische, Trumeaus 30,00 an, Bettstellen, Rohrstühle, Sofatische, Nähtische, Flurgarderoben, über 500 Prachtteppiche extra billig, Tischdecken, Steppdecken, Plüschportieren 7,50 an, Gaskronen, Gardinen, Erbstüllstores 3,50 an, Tüllbettdecken, Chaiselonguedecken, Standuhren, Freischwinger 12,00, eine Partie Bilder mit Prachtrahmen sowie andere Gelegenheitskäufe in meinem bekannten großen Möbelspeicher, Anhalter Bahnspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25, Hochbahnstation Möckernbrücke. Gekaufte Möbel können unentgeltlich lagern. Otto Lideke, Warenspeicher für Gelegenheitskäufe. Für Brautleute, Pensionate, Hotels extra billige Preise. 2580R*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Harnack, Stallschreiberstr. 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. *

Musikinstrumente.

Pianino, wenig gebraucht, stabiles, tonschönes Instrument, billig verkäuflich. F. Manthey u. Co., Potsdamerstraße 31. *

Nußbaumpianino, Ausnahmepreis 400,—. Tismer, Badstraße 42/43.

Spottbillige Gelegenheit: fast neues Pianino, hochfeines Harmonium. Hartwig, Neukölln, Reuterstraße 85. 288/17*

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*

Pianino, schwarz, 120 Mark, Gelegenheit. Warschauerstraße 58 I, Menzel. 2802R

Pianino, wenig gebraucht, herrliche Tonfülle, 200,—. Hänel, Alexanderstraße 14a. 239/12

Pianino, tadelloses Aeußere, guter Klang, 150,—. Konetzny, Alexanderstraße 37 (Alexanderplatz). 239/13

Mein Pianino verkaufe schnellstens. Anfragen Neukölln 3, Lagerkarte 1. *

Sprechapparate. Wochenrate 1,—. Gebrüder Weber, Alexanderstr. 16. *

Grammophon, neu, umständehalber. Schirn, Woldenbergerstr. 5. *

Grammophon, wunderschöner mit Platten, 16,—, Messingtrichter. Brandt, Große Frankfurterstraße 121, Seitenflügel. 290/11*

Musik. Instrumente und Reparaturen billigst. Liebsch, Skalitzerstraße 24a. †13*

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248R

Bilder, billigste Bezugsquelle, solide Preise für Einrahmungen. Große Frankfurterstraße 64. †2*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, Mädchenfahrrad, Knabenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44

Knabenfahrrad, einmal benutzt, Damenfahrrad sowie Brennabor-Herrenfahrrad, 20,00, Weberstraße 42, Quergebäude. 290/18*

Herrenfahrrad, gutes, 30,00, Damenfahrrad nebst Garantieschein, allen Zubehörsachen. Grosser, Frankfurter Allee 104. 289/15*

Brennaborrad, 25,00 Freilaufrad Kraus, Andreasstraße 54. 290/17*

Brennaborrad 20,—, Freilaufrad sowie Damenfahrrad. Brandt, Große Frankfurterstraße 121, Seitenflügel. *

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Fahrradvertrieb „Groß-Berlin" hat in seinen Geschäften Neue Schönhauserstraße 9, Brunnenstraße 145, Badstraße 9, Müllerstraße 13, Turmstraße 25, Charlottenburg, Spandauerberg 29, allergrößte Auswahl und kolossal billige Preise. Beste Bezugsquelle für jedermann. Neue Fahrräder, ohne Gummi 29,— an, mit Gummi 35,—, 42,—, 48,—, 55,—. Gebrauchte 10,— an. Laufdecken 1,75 an, Gebirgsreifen mit extra starker Lauffläche 4,50, 5,50, 6,50. Luftschläuche 1,75, 2,25, 3,—, Sättel 1,45, Karbidlaternen mit großer Blende 1,50, 1,75, 2,25, 3,50, Oellaternen 0,65, 1,—, Rucksäcke 0,60, Gepäckträger 0,90, Pedale 0,65, Ketten 0,95, Engländer 0,20, Schraubenzieher 0,05. Reparaturen in eigenen Werkstätten gewissenhaft, schnellstens und billigst. Emaillierung 3,50, Vernickelung. Elektrische Taschenlampen und Taschenfeuerzeuge. *

Kaufgesuche.

Zahngebisse, Stanniol. Spezialgeschäft, Elsasserstraße 66. 2608R*

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Platinabfälle, Gramm 5,70, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Schmelzerei Auguststraße 19. †2*

Briefmarken-Sammlung, Münzen kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. 290/20*

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend, „Geldkontor", Hollmannstraße 30. *

5.70 Platin, Goldankauf, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstzahlend. Müller, Teltowerstraße 10. 1694b*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kafka, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle 5,75, Goldsachen, Silbersachen, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber 3,80, Stanniolpapier, Zinn 3,75, Kupfer 1,30, alle „Metalle" höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 31. 2691R*

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt (den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor (Telephon.) 763R*

Für den **Bezirks-Bildungsausschuß von Groß-Berlin** wird ein

Sekretär

gesucht. Verlangt werden entsprechende Vorbildung und Vertrautheit mit der Arbeiterbewegung.

Bewerbungen sind bis zum **4. Januar 1913** zu richten an das Berliner Verbandsbureau, Adresse: **Theodor Fischer,** Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

Der Zentralvorstand
des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins u. Umg.
Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. *

Zahngebisse, Platinabfall, Silberabfall, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend, Schmelzerei, Friedrichstr. 130 (Karlstraße). 291/11

Unterricht.

Violinunterricht nach doppelt fördernder Methode erteilt erfahrener Künstler. Eine Stunde Einzelunterricht 1,25, ½ Stunde 75 Pfennig, für 2 Schüler pro Stunde 2 Mark. Unterweisungen zum Zweck des Solospiels vor großem Publikum pro Stunde 3 Mark. Offerten unter Z. 2, Hauptexpedition des „Vorwärts". 1841R*

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Smienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Verschiedenes.

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. 1603b*

Patentanwalt Wenzel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Kunststopferei von Frau Kolossa Schlachtensee, Kurstraße 8 III

Festdichtungen. Große Frankfurterstraße 67. 1973R*

Jede Uhr zu reparieren 1,25 (außer Bruch), kleinere Reparaturen billiger. Kariel, Uhrmacher und Juwelier, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße 1026R*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2390R*

Vermietungen.

Wohnungen.

Andreasstraße 70 kleine Vorderwohnung billig. 1686b*

Soldinerstraße 16. Ein-, Zweizimmerwohnungen sofort auch später.

Sonnenburgerstraße 27, Vorder-, Hinterwohnungen sofort auch später, sämtlicher Zubehör. 1652b*

Freundliche Zweizimmerwohnung mit Bad und Balkon umständehalber zum 1. Januar 1913 oder zu einem anderen passenden Termine zu vergeben. E. Paap, Charlottenburg, Cosanderstraße 16, 4 Treppen, Gartenhaus. Preis der Wohnung p. a. 444,—. 291/15

2 Dreizimmerwohnungen, Küche, Bad, Zubehör, Gas, Wasser, Garten, M. 48 bezw. 50 pro Monat per 1. April 1913. Baugenossenschaft „Freie Scholle", Tegel-Waidmannslust. 1707b

1 Dreizimmerwohnung, Küche, Bad, Zubehör, Gas, Wasser, Garten, M. 49 pro Monat, per sofort. Baugenossenschaft „Freie Scholle", Tegel-Waidmannslust. 1706

Schlafstellen.

Schlafstelle, junges Mädchen kann mit einwohnen. Neubert, Jahnstraße 3, Hof 1 links. 1704b

Mietsgesuche.

Junge anständige Dame sucht einfach möbliertes kleines Zimmer, Nähe Bahnhof Bülowstraße. „E. 55" Postamt 44. 1701b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Gesucht Dirigent für Mundharmonikaklub Königs-Wusterhausen. Offerten mit Gehaltsansprüche schriftlich einzureichen beim Gastwirt Geberl.

Tüchtige Belegerin für dauernde Beschäftigung gesucht. Schmidt, Goldleistenfabrik, Bülowstraße 66. 1703b

Blumenfabrik sucht sofort Gröscherinnen. Oranienstraße 117/118. *

Neukölln.

Der **Sekretärposten** ist besetzt, allen Bewerbern besten Dank. 239/12

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Für Kistenmacher die Firma **Coulnick & Co.,** Reichenberger Str. 155, sowie sämtliche Betriebe in Hamburg.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadierplatz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Achtung! Maler!

Bei der Firma **P. Kühne** in **Steglitz,** Zimmermannstraße, bekommen die Kollegen auf ihren Lohn nur Abschlagszahlungen, und wenn sie den Rest verlangen, müssen sie erst klagen. 131/2*
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.